



Wachstum erleben.

/ Lagebericht und Jahresabschluss 2010

K+S Aktiengesellschaft
Kassel

Inhalt

Lagebericht	1
Gewinn- und Verlustrechnung	51
Bilanz	52
Entwicklung des Anlagevermögens	52
Anhang	54
Aufstellung über den Anteilsbesitz	69
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	82

LAGEBERICHT DER K+S AKTIENGESELLSCHAFT

Konzernstruktur und Geschäftstätigkeit

Rechtliche Konzernstruktur

Die K+S AG ist die Holding der K+S Gruppe. Die wirtschaftliche Entwicklung der K+S Gruppe und damit auch der K+S Aktiengesellschaft wird maßgeblich durch die direkt und indirekt gehaltenen Tochtergesellschaften im In- und Ausland bestimmt. In ihrer Funktion als Holding erbringt die K+S Aktiengesellschaft vielfältige Dienstleistungen für Tochtergesellschaften. Daneben umfasst die Geschäftstätigkeit der K+S Aktiengesellschaft die Granulierung des Tierhygieneprodukts CATSAN® für den Partner Mars. Die Aktivitäten der K+S Gruppe sind in vier Geschäftsbereiche unterteilt, die strategisch, technisch und wirtschaftlich eng miteinander verknüpft sind. Die Leitungen der Geschäftsbereiche sind mit den Geschäftsführungen der bedeutenden operativ tätigen Tochtergesellschaften identisch.

Geschäftsbereiche der K+S Gruppe

Bedeutende Tochtergesellschaften sind die direkt gehaltenen K+S KALI GmbH, K+S Nitrogen GmbH, K+S Salz GmbH und die K+S Finance Belgium BVBA. Über die K+S Nitrogen GmbH werden die COMPO GmbH & Co. KG und die fertiva GmbH gehalten. Unter der K+S Salz GmbH sind die esco – european salt company GmbH & Co. KG und die K+S Salt of the Americas Holding B.V. zusammengefasst, die die Anteile an den mit den Geschäftsaktivitäten der Sociedad Punta de Lobos S.A. (SPL), Chile, in Verbindung stehenden Gesellschaften hält. Die K+S Finance Belgium BVBA hält über die K+S North America Salt Holdings LLC die Anteile an der Morton Gruppe. Während bei der K+S KALI GmbH sowie bei der K+S Salz GmbH die ausländischen Gesellschaften im Wesentlichen unter eigenen Tochtergesellschaften zusammengefasst sind, werden die ausländischen Aktivitäten des Geschäftsbereichs Stickstoffdüngemittel weitestgehend unter der K+S Beteiligungs GmbH geführt, einer direkten Tochtergesellschaft der K+S Aktiengesellschaft. Auch die Ergänzenden Geschäftsbereiche sind weitgehend über Tochtergesellschaften mit der K+S Aktiengesellschaft verbunden.

Der Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte gewinnt in sechs Bergwerken in Deutschland Kali- und Magnesiumrohsalze, die dort zu End- oder Zwischenprodukten weiterverarbeitet werden. Der in der Region Hannover gelegene ehemalige Bergwerksstandort Bergmannsseggen-Hugo ist seit 1995 reiner Weiterverarbeitungsstandort. Darüber hinaus verfügt der Geschäftsbereich über drei Weiterverarbeitungsstandorte in Frankreich. Gemessen an den Endprodukten beträgt die jährliche Produktionskapazität des Geschäftsbereichs bis zu 7,5 Mio. t Kali- und Magnesiumprodukte. Durch die Akquisition der kanadischen Potash One verfügt der Geschäftsbereich zukünftig über die Möglichkeit, die Produktionskapazität mit dem Legacy Projekt langfristig um mindestens 2,7 Mio. t zu erhöhen. Ein weitgespanntes Vertriebsnetz ermöglicht den Verkauf der Produkte auf nahezu allen Märkten in Europa und in vielen Überseemärkten. Der Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte ist überwiegend in der K+S KALI GmbH und deren Tochtergesellschaften abgebildet. Der Sitz der Geschäftsführung befindet sich in Kassel.

Der Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel besteht im Wesentlichen aus der Gesellschaft K+S Nitrogen GmbH sowie deren Tochtergesellschaft COMPO GmbH & Co. KG. K+S Nitrogen vermarktet stickstoffhaltige Düngemittel mit einer Ausrichtung auf Großverbraucher in der Landwirtschaft und in Spezialkulturen wie Obst-, Gemüse- und Weinanbau. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Mannheim. Neben den exklusiv von BASF für sie produzierten Düngemitteln vermarktet K+S Nitrogen auch Waren anderer namhafter europäischer Düngemittelproduzenten. COMPO hat ihren Sitz in Münster; sie verfügt über Produktionsstandorte in Deutschland und Westeuropa. Daneben lässt COMPO einen Teil der Produkte bei der BASF in Ludwigshafen herstellen. COMPO vertreibt ihre Produkte in den Bereichen Consumer und Expert direkt und über Tochtergesellschaften im In- und Ausland. Mitte des Jahres 2010 wurde bekannt gegeben, dass eine Veräußerung von COMPO innerhalb eines Jahres geprüft wird, da die Wachstumsstrategie der K+S Aktiengesellschaft vorsieht, Managementressourcen und finanzielle Mittel künftig insbesondere auf die Bereiche Kali- und Magnesiumprodukte sowie Salz zu fokussieren.

Im Geschäftsbereich Salz gewinnt und vertreibt die K+S Gruppe Speise-, Gewerbe-, Industrie- und Auftausalze. K+S ist der weltweit größte Anbieter von Salzprodukten, die jährliche Produktionskapazität beläuft sich auf rund 30 Mio. t Salz. Der Geschäftsbereich umfasst die Teileinheiten esco – european salt company GmbH & Co. KG (esco), Hannover, mit Tätigkeitsschwerpunkt in Europa, die chilenische Sociedad Punta de Lobos S. A. (SPL), Santiago de Chile, mit Aktivitäten in Südamerika und den USA sowie Morton Salt, Inc., Chicago, einen der größten Salzproduzenten in Nordamerika. esco verfügt über drei Steinsalzbergwerke, zwei Solbetriebe sowie mehrere Siedesalzanlagen in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Portugal und Spanien sowie über zahlreiche Vertriebsstandorte in Europa. Die jährliche Produktionskapazität von esco liegt in Europa bei rund 8,0 Mio. t Festsalz und bei 1,7 Mio. t Salz in Sole. Die chilenische SPL gewinnt im Salar Grande de Tarapacá Steinsalz im kostengünstigen Tagebau. Die Produktionskapazität beträgt dort rund 6,5 Mio. t pro Jahr. Außerdem betreibt die zur SPL-Gruppe gehörende Salinas Diamante Branco im Nordosten von Brasilien eine Meersalzanlage mit 0,5 Mio. Tonnen Jahreskapazität. In den USA vertreibt die SPL ihre Salzprodukte über die International Salt Company (ISCO). Darüber hinaus ist die chilenische Reederei Empremar, die mit einer Flotte von sechs eigenen sowie zusätzlichen gecharterten Schiffen die Seelogistik für die SPL-Gruppe in Südamerika abwickelt, Teil des Geschäftsbereichs Salz. Morton Salt betreibt sechs Steinsalzbergwerke, sieben Solar- und zehn Siedesalzanlagen in den USA, in Kanada und auf den Bahamas; die jährliche Produktionskapazität beläuft sich auf rund 13 Mio. t Salz. Der Geschäftsbereich Salz ist in Europa sowie Nord- und Südamerika mit eigenen Vertriebseinheiten und über Plattformgesellschaften der K+S Gruppe vertreten.

Unter dem Begriff „Ergänzende Geschäftsbereiche“ sind neben den Recyclingaktivitäten, der untertägigen Beseitigung und der Verwertung von Abfällen in Kali- bzw. Steinsalzbergwerken (Entsorgung und Recycling) sowie der Granulierung von CATSAN® am Standort Salzdorf für die K+S Gruppe wichtige Aktivitäten gebündelt. Mit der Kali-Transport Gesellschaft mbH (KTG) in Hamburg verfügt die K+S Gruppe über

einen eigenen Logistik-Dienstleister. Die Chemische Fabrik Kalk GmbH (CFK) handelt mit einer Auswahl von Basischemikalien.

Rechtliche und wirtschaftliche Einflussfaktoren

Die K+S Gruppe muss eine Vielzahl von nationalen und internationalen Rechtsvorschriften beachten: Neben den allgemeinen Rechtsvorschriften sind für uns insbesondere das Berg- sowie das Umweltrecht (z. B. Wasser-, Abfall-, Immissionsschutz-, Bodenschutzrecht etc.) und das Arbeitssicherheits- und Gesundheitsschutzrecht relevant. Auch die Sicherung vorhandener und ebenso der Erwerb neuer Abbaurechte sind für die K+S Gruppe von elementarer Bedeutung.

Zu den für die K+S Gruppe relevanten wirtschaftlichen Einflussfaktoren sind insbesondere Tarifabschlüsse in Deutschland und Nordamerika zu zählen, da rund 67% der Belegschaft in Deutschland und seit der Übernahme von Morton Salt rund 20% in Nordamerika tätig sind und der Personalaufwand eine wesentliche Kostenposition der K+S Gruppe darstellt. In den letzten Jahren konnten wir unser Reaktionsvermögen auf Ergebnisentwicklungen sowohl mit flexiblen Arbeitszeitmodellen als auch durch variable Gehaltsanteile erhöhen. Letztere sind u. a. an den Unternehmenserfolg gekoppelt. Transport-, Energie- und Rohstoffkosten sowie die Wechselkursentwicklung des US-Dollars haben ebenfalls großen Einfluss auf den wirtschaftlichen Erfolg der K+S Gruppe.

Erklärung zur Unternehmensführung

Entsprechenserklärung 2010/2011

Vorstand und Aufsichtsrat der K+S Aktiengesellschaft haben im Dezember 2010 folgende gemeinsame Entsprechenserklärung gemäß § 161 Aktiengesetz abgegeben:

Diese sowie alle früheren Entsprechenserklärungen sind auch im Internet unter www.k-plus-s.com im Bereich Corporate Governance veröffentlicht.

„Wir erklären, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex mit nachfolgenden Maßgaben im Jahr 2010 entsprochen wurde bzw. im Jahr 2011 entsprochen werden wird:

2010

Den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 18. Juni 2009 wurde in 2010 mit der Ausnahme entsprochen, dass lediglich für den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats Vorsitz und Mitgliedschaft bei der Vergütung berücksichtigt werden (Ziffer 5.4.6 des Kodex); für die übrigen Ausschüsse wird über die Gewährung eines gesonderten Sitzungsgeldes hinaus keine zusätzliche Vergütung für erforderlich angesehen.

2011

Den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 26. Mai 2010 wird in 2011 mit der Ausnahme entsprochen, dass lediglich für den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats Vorsitz und Mitgliedschaft bei der Vergütung berücksichtigt werden (Ziffer 5.4.6 des Kodex); für die übrigen Ausschüsse wird über die Gewährung eines gesonderten Sitzungsgeldes hinaus keine zusätzliche Vergütung für erforderlich angesehen.“

Von den zahlreichen Anregungen des Kodex werden von K+S lediglich die folgenden beiden nicht bzw. nicht vollständig umgesetzt:

- Die Hauptversammlung wurde bislang nicht in voller Länge live im Internet übertragen (Kodex Ziffer 2.3.4), sondern nur bis zum Ende der Rede des Vorstandsvorsitzenden.
- Die variable Vergütung des Aufsichtsrats ist an die Gesamtkapitalrendite des jeweiligen Geschäftsjahres geknüpft und enthält keine auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogenen Bestandteile (Kodex Ziffer 5.4.6 Abs. 2 Satz 2).

Compliance

Unser Compliance-System schafft die organisatorischen Voraussetzungen dafür, dass das jeweils geltende Recht, unsere internen Regelungen und Richtlinien sowie die vom Unternehmen anerkannten regulatorischen Standards konzernweit bekannt sind und ihre Einhaltung überwacht werden kann. Wir wollen so nicht nur Haftungs-, Straf- und Bußgeldrisiken sowie sonstige finanzielle Nachteile für das Unternehmen vermeiden, sondern auch die positive Reputation des Unternehmens und seiner Mitarbeiter in der Öffentlichkeit sicherstellen. Es ist für uns selbstverständlich, dass Compliance-Verstöße systematisch verfolgt und geahndet werden.

Mit der Koordinierung und Dokumentation der konzernweiten Compliance-Aktivitäten hat der Vorstand einen Chief Compliance Officer betraut, der direkt dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt ist. Er leitet den zentralen Compliance-Ausschuss, dem die Compliance-Beauftragten der Holding und der Geschäftsbereiche sowie die Leiter von Holdingseinheiten angehören, die Compliance-relevante Aufgaben wahrnehmen (z.B. Revision, Risikomanagement, Recht, Personal, Umweltschutz, Arbeitssicherheit, Qualitätsmanagement).

Für K+S sind die einschlägigen Rechtsvorschriften, insbesondere das Aktien-, Mitbestimmungs- und Kapitalmarktrecht, die Satzung, der Deutsche Corporate Governance Kodex sowie die Geschäftsordnungen des Aufsichtsrats und des Vorstands die Grundlagen für die Ausgestaltung von Führung und Kontrolle im Unternehmen. Über die gesetzlichen Pflichten hinaus haben wir für uns Grundwerte und daraus abgeleitete Verhaltensgrundsätze definiert, die den Rahmen für unser Verhalten und unsere Entscheidungen verbindlich vorgeben und Orientierung für unser unternehmerisches Handeln sind. Unsere Grundwerte und die Verhaltensgrundsätze sind auf unserer Homepage unter www.k-plus-s.com im Bereich Über K+S veröffentlicht. Jeder Mitarbeiter wird mit diesen konzernweit geltenden Grundwerten und Verhaltensgrundsätzen (Code of Conduct) sowie den sich daraus ableitenden Unternehmensrichtlinien vertraut gemacht. Zu speziellen Themen finden Pflichtschulungen für potenziell betroffene Mitarbeiter statt (z. B. Kartellrecht, Antikorruption, Umweltschutz, Arbeitssicherheitsrecht). Die Mitarbeiter haben die Möglichkeit, sich über interne Helplines Rat in Compliance-relevanten Angelegenheiten zu holen. Außerdem haben wir externe Help- und Hotlines (Ombudsleute) zur Beratung und – wenn gewünscht, auch anonymen – Meldung von Compliance-Verstößen eingerichtet.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Hauptversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat. Die Kompetenzen dieser Organe sind im Aktiengesetz, in der Satzung und den Geschäftsordnungen für Vorstand und Aufsichtsrat geregelt.

Aktionäre und Hauptversammlung

Die Aktionäre nehmen ihre Rechte in der Hauptversammlung wahr und entscheiden über grundlegende Angelegenheiten der K+S Aktiengesellschaft durch die Ausübung ihres Stimmrechts. Jede Aktie besitzt eine Stimme (One-share-one-vote-Prinzip). Alle für die Entscheidungsbildung wichtigen Unterlagen stehen den Aktionären auch auf unserer Internetseite zur Verfügung. Zudem wird die Hauptversammlung bis zum Ende der Rede des Vorstandsvorsitzenden live im Internet übertragen. Die Aktionäre können ihr Stimmrecht durch einen Bevollmächtigten ihrer Wahl, z. B. durch einen von K+S benannten Stimmrechtsvertreter, ausüben lassen und ihm Weisungen erteilen. Die Erteilung einer Vollmacht bzw. von Weisungen an einen von K+S benannten Stimmrechtsvertreter ist auch über ein elektronisches Vollmachten- und Weisungssystem auf der Internetseite der K+S möglich. Kurz nach dem Ende der Hauptversammlung veröffentlichen wir die Präsenz sowie die Abstimmungsergebnisse im Internet.

Arbeitsweise des Vorstands

Der Vorstand leitet die Gesellschaft in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung und seiner Geschäftsordnung sowie unter Berücksichtigung der Beschlüsse der Hauptversammlung. Der Vorstand vertritt die Gesellschaft gegenüber Dritten. Die Steuerung der K+S Gruppe erfolgt über regelmäßige strategische Erörterungen auf Vorstandsebene sowie mit den Geschäftsbereichsleitungen und Leitern der Holdingeinheiten, um dann die entsprechenden Ergebnisse sowohl in Form der Jahres- und Mittelfristplanung als auch über Zielvereinbarungen systematisch und zeitnah umzusetzen. Vorstand und oberes Management werden monatlich über die Entwicklung wesentlicher Kenngrößen sowie operativer Frühindikatoren der Unternehmensgruppe und ihrer Geschäftsbereiche informiert – dabei stehen die Kommentierungen der Entwicklungen bzw. Zielabweichungen bei Produktion, Absatz, Umsatz, Kosten, Ergebnis, Personal und Investitionen im Vordergrund. Weitere Informationen zur Unternehmenssteuerung finden sich auf den Seiten 22 ff. Der Vorstand hat geeignete Maßnahmen getroffen, insbesondere ein Überwachungssystem eingerichtet, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, früh erkannt werden. Dieses System wird kontinuierlich weiterentwickelt und an veränderte Rahmenbedingungen angepasst. Einzelheiten zum Risiko- und Chancenmanagement finden sich im Risikobericht auf den Seiten 26 ff.

Der Vorstand der Gesellschaft besteht gemäß § 5 Abs. 1 der Satzung der Gesellschaft aus mindestens zwei Mitgliedern. Die Anzahl der Mitglieder wird vom Aufsichtsrat festgelegt; gegenwärtig hat der Vorstand fünf Mitglieder. Die Geschäftsordnung regelt deren Zusammenarbeit und die Geschäftsverteilung. Über Angelegenheiten von ressortübergreifender Bedeutung sind die betroffenen Vorstandsmitglieder zu informieren; Maßnahmen, die auch andere Ressorts berühren oder in ihrer Tragweite vom

Weitere Informationen zur Hauptversammlung finden Sie unter: www.k-plus-s.com/hv

Die Geschäftsordnung des Vorstands finden Sie auf unserer Internetseite unter der Rubrik Corporate Governance.

Weitere Informationen zur Besetzung des Vorstands und Ressortverteilung finden Sie auf unserer Internetseite unter der Rubrik Corporate Governance.

üblichen Tagesgeschäft abweichen, sind mit den anderen Vorstandsmitgliedern abzustimmen. Solche Angelegenheiten sollen möglichst in den Vorstandssitzungen besprochen und Maßnahmen gegebenenfalls dort beschlossen werden; über wichtige personelle und strukturorganisatorische Maßnahmen sowie Geschäfte und Maßnahmen, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen, ist stets eine Abstimmung bzw. Beschlussfassung herbeizuführen.

Arbeitsweise des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft setzt sich gemäß § 8 Abs. 1 der Satzung der Gesellschaft nach Maßgabe der zwingenden gesetzlichen Vorschriften zusammen. Er besteht derzeit aus 16 Mitgliedern und unterliegt der Mitbestimmung nach dem Mitbestimmungsgesetz. Die Aufsichtsratsmitglieder werden daher je zur Hälfte als Vertreter der Anteilseigner von der Hauptversammlung und von den Arbeitnehmern der K+S Gruppe in Deutschland gewählt. Die Wahl erfolgt für jeweils fünf Jahre.

Der Aufsichtsrat überwacht und berät den Vorstand bei der Führung der Geschäfte. Dabei wird er in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung rechtzeitig und angemessen eingebunden. Der Vorstand unterrichtet ihn regelmäßig, zeitnah und umfassend über den Geschäftsverlauf, die Ertrags- und Finanzlage, die Beschäftigungssituation sowie die Planungen und die Weiterentwicklung des Unternehmens. Zur Vorbereitung der Sitzungstermine erhält der Aufsichtsrat regelmäßig schriftliche Berichte vom Vorstand. Nach sorgfältiger Prüfung und Beratung fasst der Aufsichtsrat zu den Berichten und Beschlussvorschlägen – soweit erforderlich – Beschlüsse. Zu besonderen Geschäftsvorgängen, die für das Unternehmen von wesentlicher Bedeutung waren, wird der Aufsichtsrat durch den Vorstand auch zwischen den turnusmäßigen Sitzungen unverzüglich und umfassend schriftlich informiert. Außerdem führt der Aufsichtsrat in Form eines Fragebogens mindestens einmal jährlich eine Effizienzprüfung durch, um Anregungen für die künftige Arbeit im Aufsichtsrat wie auch in den Ausschüssen zu erhalten.

Der Aufsichtsrat hat sich eine Geschäftsordnung gegeben und aus dem Kreis seiner Mitglieder vier Ausschüsse gebildet:

- Der Prüfungsausschuss (Audit Committee) hat die sich aus dem Aktiengesetz sowie Ziffer 5.3.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex ergebenden Aufgaben. Er befasst sich insbesondere mit der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems, des internen Revisionssystems, des Compliance-Systems sowie der Abschlussprüfung. Er erörtert auch die Halbjahres- und Quartalsfinanzberichte vor der Veröffentlichung mit dem Vorstand. Herr Dr. Süner, Vorsitzender des Prüfungsausschusses, verfügt aus seiner beruflichen Praxis als Leiter des Zentralbereichs Recht, Steuern und Versicherung (bis Ende 2007) und als Chief Compliance Officer der BASF SE über umfassende Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren. Der Prüfungsausschuss setzt sich aus fünf Mitgliedern zusammen, drei Anteilseigner- sowie zwei Arbeitnehmervertreter.

Weitere Informationen zur Besetzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse finden Sie auf unserer Internetseite unter der Rubrik Corporate Governance.

Weitere Einzelheiten zur Tätigkeit des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2010 finden sich im Bericht des Aufsichtsrats auf den Seiten 6 ff. des Finanzberichts.

Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats finden Sie auf unserer Internetseite unter der Rubrik Corporate Governance.

- Dem Personalausschuss obliegt die Vorbereitung der Bestellung von Vorstandsmitgliedern, einschließlich der langfristigen Nachfolgeplanung. Hinsichtlich der Festlegung der Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder unterbreitet der Ausschuss dem Aufsichtsratsplenium Beschlussvorschläge. Der Aufsichtsratsvorsitzende ist zugleich Vorsitzender dieses Ausschusses. Der Personalausschuss besteht aus vier Mitgliedern und ist zu gleichen Teilen durch Anteilseigner- sowie Arbeitnehmervertreter besetzt.
- Der Nominierungsausschuss empfiehlt dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Aufsichtsratskandidaten. Der Aufsichtsratsvorsitzende ist zugleich Vorsitzender dieses Ausschusses. Der Ausschuss besteht aus vier Mitgliedern und ist ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt.
- Der Vermittlungsausschuss nimmt die in § 31 Abs. 3 Satz 1 Mitbestimmungsgesetz beschriebenen Aufgaben wahr. Der Aufsichtsratsvorsitzende ist zugleich Vorsitzender dieses Ausschusses. Die vier Mitglieder des Ausschusses vertreten zu gleichen Teilen die Anteilseigner und die Arbeitnehmer.

Zielsetzung für die Besetzung des Aufsichtsrats

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehören derzeit 16 Mitglieder an, von denen je 8 von der Hauptversammlung bzw. den Arbeitnehmern der deutschen Betriebe der K+S Gruppe (2 dieser Mitglieder sind Vertreter der Gewerkschaften) gewählt wurden. Die Amtszeit des Vorsitzenden endet mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung 2012, die von Herrn Cardona mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung 2015 und die der übrigen Mitglieder mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung 2013.

Aus der letzten Entsprechenserklärung der Gesellschaft ergibt sich, dass u. a. der Empfehlung der Ziffer 5.4.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex gefolgt wird, nach der der Aufsichtsrat für seine Besetzung konkrete Ziele benennen soll. Dazu ist anzumerken, dass der Aufsichtsrat nicht selbst über seine Besetzung entscheidet und daher auf die Verwirklichung der von ihm verfolgten Zielsetzung nur durch entsprechende Wahlvorschläge an die Hauptversammlung hinwirken kann; eine Einflussnahme auf Vorschläge zur Wahl der Arbeitnehmervertreter steht ihm als Gesellschaftsorgan nicht zu.

Eingedenk dessen hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 24. November 2010 Folgendes beschlossen:

„Der Aufsichtsrat wird sich dafür einsetzen, dass seine Mitglieder integre, der sozialen Marktwirtschaft verbundene Persönlichkeiten sind und über Kompetenz und langjährige Erfahrung in der Führung und/oder Beratung von Wirtschaftsunternehmen oder wirtschaftsnahen Institutionen verfügen. Wünschenswert sind dabei Erfahrungen und spezielle Kenntnisse in den Haupttätigkeitsfeldern des Unternehmens. Dem Aufsichtsrat muss mindestens ein unabhängiger Finanzexperte angehören.

Dem Aufsichtsrat soll mindestens ein Mitglied angehören, das der gewachsenen Internationalität des Unternehmens aufgrund seiner Staatsangehörigkeit oder beruflichen

Erfahrung in besonderem Maße Rechnung trägt. Dabei erscheinen Erfahrungen bezüglich der Regionen, in denen die K+S Gruppe verstärkt präsent ist, besonders wünschenswert.

In diesem Rahmen wird angestrebt, dass dem Aufsichtsrat ein prozentualer Anteil weiblicher Mitglieder angehört, der mindestens dem prozentualen Anteil von Frauen an der Gesamtzahl der in der K+S Gruppe beschäftigten Mitarbeiter entspricht.

Angestrebt wird ferner, dass mindestens die Hälfte der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat unabhängig ist. Dies setzt insbesondere voraus, dass die betreffenden Personen keine Organ- oder Beraterfunktion bei bedeutenden Kunden, Lieferanten, Kreditgebern, sonstigen Geschäftspartnern oder wesentlichen Wettbewerbern wahrnehmen und auch sonst in keiner wesentlichen geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zu der Gesellschaft oder deren Vorstand stehen. Potentielle Interessenkonflikte von zur Wahl in den Aufsichtsrat vorgeschlagenen Personen sollen möglichst ausgeschlossen sein.

Der Aufsichtsrat wird der Hauptversammlung Wahlvorschläge nur für solche Kandidaten unterbreiten, die zum Zeitpunkt ihrer Wahl das 70. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.“

Der Aufsichtsrat ist der Auffassung, dass er gegenwärtig die vorstehenden Zielsetzungen mit einer Ausnahme erfüllt: Mit Frau Benner-Heinacher hat der Aufsichtsrat nur ein weibliches Mitglied; angesichts des aktuellen Frauenanteils von ca. 10 % an der Gesamtbelegschaft der K+S Gruppe wird die Mitgliedschaft von mindestens 2 Frauen angestrebt.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Gesamtunternehmen relevanten Fragen der Unternehmensstrategie, der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Finanz- und Ertragslage sowie über besondere unternehmerische Risiken und Chancen. Wesentliche Geschäfte und Maßnahmen erfordern die Zustimmung des Aufsichtsrats; weitere Informationen hierzu finden sich in §12 der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats.

Interessenkonflikte

Interessenkonflikte von Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern, über die die Hauptversammlung zu informieren wäre, sind dem Aufsichtsrat gegenüber im Berichtszeitraum nicht offengelegt worden. Zur Vermeidung potentieller Interessenkonflikte haben Herr Cardona und Herr Dr. Süner in jeweils zwei Plenumsitzungen an Beratungen zu Themen, bei denen auch Interessen der OAO EuroChem bzw. der BASF SE berührt werden könnten, nicht teilgenommen. Herr Vassiliadis hat erklärt, er werde für den Fall, dass korrespondierende Themen im Aufsichtsrat der BASF SE behandelt werden sollten, nicht an diesen Beratungen teilnehmen. Beschlüsse wurden zu diesen Themen nicht gefasst.

Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung (D&O)

K+S unterhält eine sogenannte Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung (D&O-Versicherung) u.a. für den Fall, dass Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder wegen einer bei der Ausübung ihrer Tätigkeit begangenen Pflichtverletzung aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen für einen Vermögensschaden auf Schadenersatz in Anspruch genommen werden. Der Selbstbehalt beträgt 10% des jeweiligen Schadens bis maximal zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung. Die D&O-Versicherung findet auch auf Führungskräfte sowie sonstige leitende Angestellte Anwendung.

Aktiengeschäfte von Mitgliedern des Aufsichtsrats und Vorstands

Nach § 15a Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) müssen die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der K+S Aktiengesellschaft den Erwerb und die Veräußerung von K+S-Aktien offenlegen.

Im Jahr 2010 sind der K+S Aktiengesellschaft folgende Directors' Dealings-Meldungen zugegangen:

Eine stets aktuelle Tabelle finden Sie auf unserer Homepage unter www.k-plus-s.com/de/meldungen/directors-dealings/

VORSTANDSMITGLIEDER

	Datum	Transaktion	Stückzahl	Kurs in €	Betrag in €
Norbert Steiner	15.11.2010	Verkauf von Aktien	5.000	49,79	248.950,00
Joachim Felker	15.11.2010	Verkauf von Aktien	3.956	49,14	194.397,84
Gerd Grimmig	15.11.2010	Verkauf von Aktien	3.000	49,79	149.370,00
Dr. Thomas Nöcker	19.05.2010	Kauf von Aktien	1.300	39,54	51.404,60

AUFSICHTSRATSMITGLIEDER

	Datum	Transaktion	Stückzahl	Kurs in €	Betrag in €
Dr. Ralf Bethke	11.03.2010	Verkauf von Aktien	6.004	45,65	274.104,69

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats hielten am 31. Dezember 2010 zusammen einen Anteil von weniger als 1% der von der K+S Aktiengesellschaft ausgegebenen Aktien.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Der Jahresabschluss der K+S Aktiengesellschaft wird nach den Regeln des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt. Erstmals wurden im Jahr 2010 die Neuerungen aus dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) berücksichtigt. Seit Beginn des Jahres 2005 werden für den Konzernabschluss der K+S Aktiengesellschaft die internationalen Rechnungslegungsgrundsätze IFRS angewendet. Die Abschlussprüfungen für das Jahr 2010 wurden von der Deloitte & Touche GmbH, Hannover, durchgeführt, die die Unabhängigkeitserklärung nach Ziffer 7.2.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex abgegeben hat. Die Erteilung des Prüfungsauftrags erfolgt durch den Aufsichtsrat auf Vorschlag des Prüfungsausschusses, nachdem mit dem durch die Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer die Prüfungsschwerpunkte sowie dessen Honorar vereinbart wurden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats und der Vorsitzende des Prü-

fungsausschusses werden vom Abschlussprüfer unverzüglich über während der Prüfung auftretende mögliche Ausschluss- oder Befangenheitsgründe unterrichtet, soweit diese nicht umgehend beseitigt werden. Ferner soll der Abschlussprüfer über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse umgehend berichten, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben. Außerdem hat der Abschlussprüfer den Aufsichtsrat zu informieren bzw. im Prüfungsbericht zu vermerken, wenn er im Zuge der Abschlussprüfung Tatsachen feststellt, die mit der von Vorstand und Aufsichtsrat nach §161 AktG abgegebenen Entsprechenserklärung nicht vereinbar sind.

Transparenz

Unser Ziel ist es, Aktionäre, Aktionärsvereinigungen, Finanzanalysten, Medien sowie die interessierte Öffentlichkeit durch regelmäßige, offene und aktuelle Kommunikation gleichzeitig und gleichberechtigt über die Lage sowie über bedeutende geschäftliche Veränderungen des Unternehmens zu unterrichten. Alle wesentlichen Informationen wie z. B. Informationen zur Hauptversammlung, Presse-, Ad-hoc- und Stimmrechtsmitteilungen, sämtliche Finanzberichte, Unternehmens-/Nachhaltigkeitsberichte, aber auch Analystenempfehlungen und Konsensschätzungen sowie Unternehmenspräsentationen von Roadshows und Investorenkonferenzen veröffentlichen wir im Internet.

Der Finanzkalender befindet sich sowohl im Finanzbericht, in den Halbjahres- sowie Quartalsfinanzberichten als auch auf der Internetseite der Gesellschaft. Die Satzung der Gesellschaft sowie die Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat sind ebenso auf dieser Internetseite abrufbar wie detaillierte Informationen zur Umsetzung der Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Ein E-Mail-Newsletter informiert stets über Neues aus dem Konzern.

Vergütungsbericht

Mit dem nachstehenden Vergütungsbericht kommt der Vorstand seinen Berichtspflichten gemäß § 289 Abs. 2 Nr. 5 HGB sowie gemäß Ziffer 4.2.4, 4.2.5 und 5.4.6 Abs. 3 des Deutschen Corporate Governance Kodex nach.

Vergütung des Vorstands

Vergütungsstruktur

Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden insbesondere die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Gesamtvorstands, der Vergleich mit den übrigen Führungskräften sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfelds.

Die Vergütung für die Vorstandsmitglieder setzt sich aus jahresbezogenen Bestandteilen sowie Bestandteilen mit langfristiger Anreizwirkung zusammen. Die jahresbezogenen Vergütungsbestandteile beinhalten sowohl erfolgsunabhängige als auch erfolgsbezogene Komponenten. Die erfolgsunabhängigen Teile bestehen aus fixer Ver-

gütung sowie Sach- und sonstigen Bezügen; die Tantieme ist der erfolgsbezogene Anteil. Außerdem besteht eine kennzahlenbasierte variable Vergütungskomponente mit langfristiger Anreizwirkung (sogenannter „Long Term Incentive“ (LTI)). Darüber hinaus haben die Mitglieder des Vorstands Pensionszusagen erhalten.

Die fixe Vergütung als erfolgsunabhängige Grundvergütung wird monatlich ausbezahlt. Zusätzlich erhalten die Vorstandsmitglieder Nebenleistungen, insbesondere Zuschüsse zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie Sachbezüge, die im Wesentlichen aus der Dienstwagennutzung bestehen.

Um die Interessen der Anteilseigner mit denen des Vorstands im hohen Maße in Übereinstimmung zu bringen, bestimmt sich ein Teil der Tantieme nach der Gesamtkapitalrendite des Konzerns. Außerdem wird die persönliche Leistung der Mitglieder des Vorstands bei der Berechnung der Tantieme berücksichtigt; die Auszahlung erfolgt im jeweils folgenden Geschäftsjahr.

Die Struktur der Jahresvergütung sieht in einem Normaljahr eine fixe Vergütung von 40% sowie variable, kurzfristige Erfolgsbausteine von 60% vor. Der variable Anteil ist wiederum zu 80% an die Unternehmensperformance, d. h. an die erzielte Gesamtkapitalrendite gebunden; die übrigen 20% sind von der persönlichen Leistung abhängig. Eine Vergütung von 100% wird dann erreicht, wenn zum einen die erzielte Gesamtkapitalrendite mindestens 115% des jeweiligen Kapitalkostensatzes erreicht und zum anderen die persönliche Leistung mit 100% bewertet wurde. Die Vergütung auf Basis der Gesamtkapitalrendite ist bei einer Obergrenze von 20 Prozentpunkten über der Mindestrendite gedeckelt. Die Zielerreichungsspannen beider variabler Vergütungsbestandteile bewegen sich zwischen 0 und rund 150%. Die Vergütungshöhe auf Basis eines Normaljahres wird jährlich überprüft.

Im Folgenden ist eine Beispielrechnung für die Jahresvergütung eines ordentlichen Vorstandsmitglieds dargestellt:

Angaben in €	Zielerreichung 100% ¹⁾	Zielerreichung 0% ²⁾	Maximale Zielerreichung ³⁾
Fixum: 40%	380.000	380.000	380.000
Tantieme: 60%	570.000	0	867.000
- davon Unternehmensperformance: 80%	456.000	0	696.000
- davon persönliche Zielerreichung: 20%	114.000	0	171.000
Gesamtjahresvergütung	950.000	380.000	1.247.000

¹⁾ Gesamtkapitalrendite \geq Mindestrendite; persönliche Zielerreichung \geq 100%

²⁾ Gesamtkapitalrendite \leq 0%; persönliche Zielerreichung \leq 0%

³⁾ Gesamtkapitalrendite \geq Mindestrendite + 20 Prozentpunkte; persönliche Zielerreichung \leq 150%

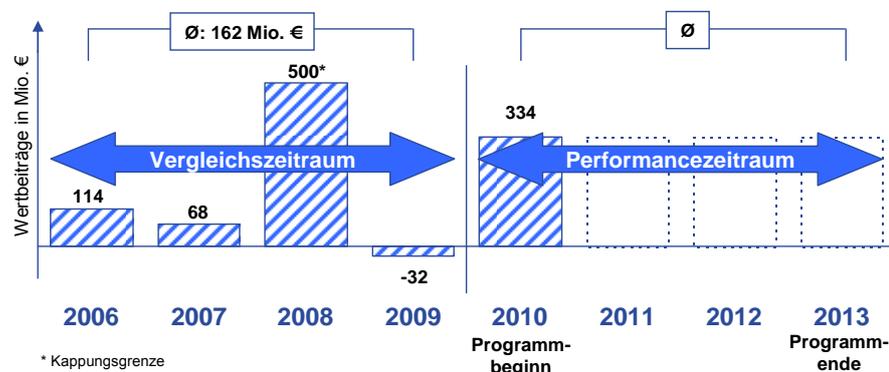
Zusätzlich besteht ab 2010 die Möglichkeit, als variable Vergütungskomponente mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter Einkommen aus einem kennzahlenbasierten „Long Term Incentive“-Programm zu beziehen. Diese beruht auf einer mehrjährigen Bemessungsgrundlage nach Maßgabe der erzielten Wertbeiträge. Dabei wird

jeweils anhand von Vierjahreszeiträumen der Beitrag des Vorstands zum Unternehmenserfolg ermittelt. Der Wertbeitrag ergibt sich folgendermaßen:

$$\begin{aligned}
 & \text{Operatives Ergebnis (EBIT I)} \\
 & + \text{Zinserträge des Geschäftsjahres} \\
 & - \text{Kapitalkosten (vor Steuern) des Geschäftsjahres} \\
 & = \text{Wertbeitrag}
 \end{aligned}$$

Eine Kappungsgrenze für den Wertbeitrag besteht bei +/- 500 Mio. € pro Geschäftsjahr.

Zur Ermittlung des Ergebnisses einer LTI-Tranche werden zwei Vierjahreszeiträume („Vergleichszeitraum“ und „Performancezeitraum“) verglichen. Der Vergleichszeitraum umfasst die vier Jahre vor dem jeweiligen LTI-Beginn, der Performancezeitraum die vier Jahre der jeweiligen LTI-Laufzeit. In der folgenden Grafik werden die Zeiträume des Programms 2010 dargestellt:



Zu Beginn eines LTI's wird der Durchschnitt der vier Wertbeiträge des Vergleichszeitraums und nach Programmablauf der Durchschnitt der vier Wertbeiträge des Performancezeitraums ermittelt. Die Differenz dieser durchschnittlichen Wertbeiträge wird an einer Skalierung von -200 bis +200 Mio. € prozentual gespiegelt. Eine stabile Entwicklung d.h. eine Differenz von 0 Mio. € entspricht 100% und ist als Normaljahr definiert. In einem solchen Normaljahr beträgt die variable Vergütungskomponente mit langfristiger Anreizwirkung für ein ordentliches Vorstandsmitglied 350.000 €. Bei einer Minderperformance sinkt die Auszahlung linear entsprechend der prozentualen Abweichung bis auf 0%. Bei einer Überperformance steigt die Auszahlung entsprechend bis zu einer Obergrenze von 200% (= 700.000 €). Für den Vorstandsvorsitzenden beträgt die Vergütungskomponente das 1,5-fache, d.h. 525.000 € in einem Normaljahr und 1.050.000 € bei Erreichen der Obergrenze.

Die Auszahlung erfolgt jeweils im April des dem Programmende folgenden Jahres. Für den Fall der Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder bei Eintritt in den Ruhestand

erfolgt eine anteilige, abgezinste Auszahlung aller laufenden Tranchen am Ende des darauffolgenden Jahres.

Für die aufgrund der Umstellung der variablen Vergütungskomponente mit langfristiger Anreizwirkung von einer zweijährigen auf eine vierjährige Laufzeit entstehenden Zuflusslücken in den Jahren 2012 und 2013 wurde das neue LTI-Programm virtuell bereits in den Jahren 2008 und 2009 mit jeweils einer Tranche gestartet.

Das neue Vorstandsvergütungssystem wurde von der Hauptversammlung 2010 mit großer Mehrheit gebilligt und vom Verband der Aktionärsvereinigungen in Europa, Euroshareholders, als besonders aktionärsfreundliches Vergütungssystem ausgezeichnet.

Das LIT-Programm ersetzt das zwischen 1999 und 2009 geltende System mit der Möglichkeit, als variable Vergütungskomponente mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter Einkommen aus der Ausübung von Aktienoptionen zu beziehen. Im Rahmen eines virtuellen Optionsprogramms, das in seiner Ausgestaltung identisch ist mit dem der übrigen Optionsprogrammteilnehmer, konnte der Vorstand im Jahr 2009 letztmalig 30% seiner erfolgsabhängigen Vergütung für ein Eigeninvestment in K+S-Aktien verwenden. Mit dem Erwerb dieser Basisaktien erhielten die Teilnehmer virtuelle Optionen, bei denen im Fall der Ausübung eine Barauszahlung erfolgt. Die Höhe der Barauszahlung bestimmt sich nach der Entwicklung der K+S-Aktie gegenüber dem Referenzindex DAX. Die für die Berechnung der Performance maßgeblichen Basiskurse der K+S-Aktie und des DAX entsprechen dem Durchschnittskurs der 100 Börsentage bis zum jeweiligen Basistichtag (der drittletzte Freitag vor der ordentlichen Hauptversammlung). Eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele oder der Vergleichsparameter ist ausgeschlossen.

Die Gesamtlaufzeit der bis zum Jahr 2009 gewährten Optionen beträgt fünf Jahre, danach verfallen die nicht ausgeübten Optionen entschädigungslos. Die Ausübung der Optionen ist nach einer Sperrfrist von zwei Jahren innerhalb zweier Zeitfenster je Jahr im Mai und November nach der Veröffentlichung der Quartalszahlen möglich. Um die Optionen ausüben zu können, müssen die Basisaktien durchgängig bis zum Ausübungstag gehalten werden. Im Übernahmefall („Change of Control“) öffnet sich für sämtliche noch ausstehenden Optionen ein Sonderfenster für die Ausübung.

Bei Abberufung bzw. Eigenkündigung verfallen die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausgeübten virtuellen Optionen.

Vergütungshöhe

Einzelheiten der Vergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2010 sind in individualisierter Form in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Die Vorjahreszahlen sind jeweils in Klammern angegeben:

VERGÜTUNG DES VORSTANDS

Angaben in T€	Jahreseinkommen			Gewährte Optionsrechte		Insgesamt
	Fixum	Nebenleistungen	Tantieme	Anzahl in Stücken	Wert ¹⁾	
Norbert Steiner	590,0 (590,0)	24,7 (24,1)	1.017,7 (527,7)	– (190.000)	– (959,3)	1.632,4 (2.101,1)
Joachim Felker	380,0 (380,0)	19,9 (20,5)	645,0 (320,0)	– (152.900)	– (772,0)	1.044,9 (1.492,4)
Gerd Grimmig	380,0 (380,0)	30,1 (26,8)	645,0 (325,7)	– (153.060)	– (772,8)	1.055,1 (1.505,3)
Dr. Thomas Nöcker	380,0 (380,0)	23,5 (22,2)	645,0 (320,0)	– (152.900)	– (772,0)	1.048,5 (1.494,2)
Jan Peter Nonnenkamp ²⁾	380,0 (221,7)	23,2 (42,6)	645,0 (186,7)	– (–)	– (–)	1.048,2 (451,0)
Summe	2.110,0 (1.951,7)	121,4 (136,1)	3.597,7 (1.680,1)	– (648.860)	– (3.276,1)	5.829,1 (7.044,0)

¹⁾ zum Gewährungszeitpunkt; eine Ausübung der Optionsrechte ist frühestens zwei Jahre nach Gewährung möglich.

²⁾ seit dem 1. Juni 2009.

Die Gesamtbezüge des Vorstands entfielen im Berichtsjahr auf fünf Vorstandsmitglieder, die jeweils zwölf Monate im Amt waren. Im Vorjahr waren mit Ausnahme von Herrn Nonnenkamp, der vom Aufsichtsrat mit Wirkung vom 1. Juni 2009 als Mitglied des Vorstands bestellt wurde, alle Mitglieder zwölf Monate im Amt. Herr Nonnenkamp hat für das Jahr 2009 keinen Anspruch auf Optionsrechte erlangt, da er sich zum maßgeblichen Stichtag, dem 31. Dezember 2008, noch nicht im Amt befand. Der gegenüber dem Vorjahreszeitraum ausgewiesene Anstieg der Tantiemen beruht insbesondere auf der im Jahr 2010 deutlich gestiegenen Gesamtkapitalrendite. Der Rückgang der ausgewiesenen Gesamtvergütung gegenüber dem Vorjahr ist auf die im Rahmen des Aktienoptionsprogramms im Jahr 2009 letztmalig gewährten Optionsrechte zurückzuführen. Im Jahr 2010 kommt es zu keinem Ausweis des neuen LTI-Programms, da dieses zum Zeitpunkt der Auszahlung als Vergütungsbestandteil anzugeben ist.

Die Zahlungen für die im Jahr 2010 von Vorstandsmitgliedern vollständig ausgeübten virtuellen Optionen des Optionsprogramms 2008 betragen für die einzelnen Vorstandsmitglieder (Vorjahreszahlen in Klammern): Herr Steiner 278,2 T€ (650,5 T€), Herr Felker 525,9 T€ (596,2 T€), Herr Grimmig 526,8 T€ (597,9 T€) und Herr Dr. Nöcker 525,9 T€ (596,2 T€).

Die Werte der im Rahmen des letztmalig 2009 angebotenen Optionsprogramms erworbenen und noch nicht ausgeübten Aktienoptionen werden in der nachfolgenden Tabelle dargestellt (Wert bei fiktiver Ausübung am 31. Dezember 2010). Die Vorjahreszahlen sind in Klammern angegeben:

VERGÜTUNG MIT LANGFRISTIGER ANREIZWIRKUNG

Optionsprogramm 2009

	Anzahl Optionen	Wert in T€ am 31.12.
Norbert Steiner	190.000 (190.000)	531,8 (387,0)
Joachim Felker	152.900 (152.900)	427,9 (311,4)
Gerd Grimmig	153.060 (153.060)	428,4 (311,7)
Dr. Thomas Nöcker	152.900 (152.900)	427,9 (311,4)
Jan Peter Nonnenkamp	– (–)	– (–)
Summe	648.860 (648.860)	1.816,0 (1.321,5)

Pensionszusagen

Die Pensionen der aktiven Vorstandsmitglieder bestimmen sich nach einem Bausteinsystem, d. h., für jedes Jahr der Vorstandstätigkeit wird ein Pensionsbaustein gebildet.

Die Basis für die Berechnung der Pensionsbausteine wurde im Jahr 2010 von der variablen Vergütung abgekoppelt und ausschließlich auf das fixe Einkommen des jeweiligen Vorstandsmitglieds bezogen. Um eine Bausteinbildung auf Basis der Vergütung für ein Normaljahr zu erreichen, bilden 40% der fixen Vergütung die Berechnungsgrundlage. Die jährliche Gesamtpension aus diesem Bausteinsystem wurde nach oben limitiert, um unangemessene Pensionen bei langjährigen Berufungen (>15 Jahre) zu vermeiden. Die Obergrenze beträgt für ein ordentliches Vorstandsmitglied 225.000 € und für den Vorstandsvorsitzenden 300.000 €. Die Werte werden in einem Dreijahresrhythmus – erstmals für das Geschäftsjahr 2014 – überprüft und ggf. angepasst.

Der Betrag wird mittels versicherungsmathematischer Faktoren verrentet; die Faktoren für die Bildung der Bausteine 2010 liegen bei den Vorständen je nach Alter zwischen 16,5 und 10,0% – die Faktoren verringern sich mit zunehmendem Lebensalter. Die einzelnen in den jeweiligen Geschäftsjahren erworbenen Pensionsbausteine werden aufsummiert und bestimmen im Versorgungsfall die dem jeweiligen Vorstandsmitglied oder ggf. seinen Hinterbliebenen zustehende Versorgungsleistung. Erst bei Auszahlung von Rentenleistungen werden diese entsprechend der Veränderung des „Verbraucherpreisindex für Deutschland“ angepasst. Die Ansprüche aus den erworbenen Bausteinen sind unverfallbar.

Endet ein Vorstandsmandat, beginnt die Alterspension nach Vollendung des 65. Lebensjahres, es sei denn, es handelt sich um einen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsfall oder um eine Hinterbliebenenpension im Todesfall. Im Falle einer Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit eines Vorstandsmitglieds vor Erreichen des Pensionsalters erhält dieser eine Invalidenrente in Höhe der bis zum Eintritt der Invalidität gebildeten Rentenbausteine. Tritt die Invalidität vor Erreichen des 55. Lebensjahres ein, werden Bausteine auf

Basis eines Mindestwerts für die Jahre fiktiv gebildet, die bis zum 55. Lebensjahr fehlen. Im Falle des Todes eines aktiven oder ehemaligen Vorstandsmitglieds erhalten der hinterbliebene Ehegatte 60%, jede Halbweise 15% und jede Vollweise 30% der Versorgungsleistung. Die Höchstgrenze für die Hinterbliebenenleistung kann 100% der Versorgungsleistung nicht überschreiten – in diesem Fall werden sie verhältnismäßig gekürzt. Scheidet ein Vorstandsmitglied ab dem vollendeten 60. Lebensjahr aus, gilt dies als Eintritt des Versorgungsfalls im Sinne der Versorgungszusage. Für die Mitglieder des Vorstands wurden im Jahr 2010 folgende Beträge den Pensionsrückstellungen zugeführt; die Vorjahreszahlen berücksichtigen nicht die Neuerungen nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) und sind in Klammern angegeben:

PENSIONEN

Angaben in T€	Alter	Zeitwert zum		
		1.1.	Pensionsaufwand ¹⁾	31.12.
Norbert Steiner	56	2.050,7 (2.066,1)	552,2 (-188,9)	2.602,9 (1.877,2)
Joachim Felker	58	1.331,5 (890,6)	340,5 (51,7)	1.672,0 (942,3)
Gerd Grimmig	57	2.021,7 (1.501,5)	425,0 (15,5)	2.446,7 (1.517,0)
Dr. Thomas Nöcker	52	1.134,6 (847,5)	336,0 (-57,5)	1.470,6 (790,0)
Jan Peter Nonnenkamp ²⁾	47	90,4 (-)	278,5 (66,9)	368,9 (66,9)
Summe		6.628,9 (5.305,7)	1.932,2 (-112,3)	8.561,1 (5.193,4)

¹⁾ Einschließlich Zinsaufwand.

²⁾ Seit dem 1. Juni 2009.

Der deutliche Anstieg des Pensionsaufwands gegenüber dem Vorjahresniveau beruht auf den im Vorjahr ergebnisbedingt geringeren Pensionsbausteinen, die noch auf Basis der alten Berechnungsmethode ermittelt wurden.

Vorzeitige Beendigung der Vorstandsverträge

Im Falle eines wirksamen Widerrufs der Bestellung zum Vorstandsmitglied erhält das Vorstandsmitglied im Zeitpunkt der Beendigung eine Abfindung in Höhe von dem 1,5-fachen der Festvergütung, maximal aber in Höhe der Gesamtbezüge für die Restlaufzeit des Dienstvertrags.

Für den Fall der vorzeitigen Auflösung eines Vorstandsvertrags infolge eines Übernahmefalls („Change of Control“) erfolgt die Auszahlung der bis zum Ende der ursprünglichen Bestelldauer noch ausstehenden Grundvergütung und Tantieme zuzüglich einer Ausgleichszahlung, sofern kein Grund vorliegt, der eine fristlose Beendigung des Vertrags des Betroffenen rechtfertigt. Die Tantieme bemisst sich nach dem Durchschnitt der vorausgegangenen zwei Jahre, zuzüglich einer Ausgleichszahlung. Die Ausgleichszahlung beträgt das 1,5-fache des Jahresfixums. Jedes Vorstandsmitglied hat bei einem „Change of Control“-Fall noch bis Ende Juli 2011 ein Sonderkündigungsrecht, wobei bei

der Ausübung des Rechts kein Anspruch auf Ausgleichszahlung besteht. In diesem Fall besteht nur ein Anspruch auf die Auszahlung der noch anstehenden Grundvergütung und Tantieme.

Sonstiges

Im Berichtsjahr wurden den Vorstandsmitgliedern Leistungen von Dritten im Hinblick auf die Vorstandstätigkeit weder zugesagt noch gewährt. Über die genannten Dienstverträge hinaus gibt es keine vertraglichen Beziehungen der Gesellschaft oder ihrer Konzerngesellschaften mit Mitgliedern des Vorstands oder diesen nahestehenden Personen.

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen beliefen sich im Berichtsjahr auf 987,8 T€ (Vorjahr: 2.288,7 T€). Der gegenüber dem Vorjahreszeitraum ausgewiesene Rückgang der Bezüge beruht insbesondere auf der im Jahr 2009 letztmalig erfolgten Ausübung von Aktienoptionen des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 12 der Satzung geregelt. Danach erhält ein Mitglied des Aufsichtsrats eine jährlich feste Vergütung von 55.000 € sowie eine jährliche variable Vergütung, die durch die Höhe der von der K+S Gruppe im jeweiligen Geschäftsjahr erzielten Gesamtkapitalrendite wie folgt bestimmt wird: Voraussetzung für den Anspruch auf Zahlung einer variablen Vergütung ist das Erreichen einer Mindestrendite; diese entspricht 115 % der Kapitalkosten vor Steuern der K+S Gruppe im betreffenden Geschäftsjahr; bei Erreichen der Mindestrendite erhält ein Mitglied des Aufsichtsrats eine variable Vergütung von 15.000 €; für jeden Prozentpunkt, um den die Gesamtkapitalrendite die Mindestrendite übersteigt, erhöht sich die variable Vergütung um jeweils 1.500 €. Die variable Vergütung ist begrenzt auf maximal 45.000 € pro Jahr. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Doppelte, der stellvertretende Vorsitzende das 1,5-fache der Vergütungen. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses erhalten eine weitere Vergütung von 7.500 € pro Jahr. Auch der Vorsitzende dieses Ausschusses erhält das Doppelte dieser Vergütung. Die Gesellschaft gewährt jedem Mitglied des Aufsichtsrats für die Teilnahme an einer Sitzung des Aufsichtsrats oder eines seiner Ausschüsse, denen er angehört, ein Sitzungsgeld von 500 €, bei mehreren Sitzungen an einem Tag jedoch maximal 1.000 € pro Tag. Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben gegenüber der Gesellschaft Anspruch auf Ersatz der zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben notwendigen und angemessenen Auslagen. Sie haben ferner Anspruch auf Ersatz der von ihnen aufgrund ihrer Aufsichtsrats Tätigkeit zu entrichtenden Umsatzsteuer.

Einzelheiten der Vergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2010 ergeben sich in individualisierter Form aus der nachfolgenden Tabelle; die Vorjahreszahlen sind jeweils in Klammern angegeben:

VERGÜTUNG DES AUFSICHTSRATS ¹⁾

Angaben in €	Fixe Vergütung	Variable Vergütung	Prüfungsausschuss	Sitzungsgelder	Gesamt
Dr. Ralf Bethke (Vorsitzender)	110.000 (110.000)	39.000 (-)	7.500 (7.500)	6.000 (8.000)	162.500 (125.500)
Michael Vassiliadis (Stellvertretender Vorsitzender)	82.500 (82.500)	29.250 (-)	7.500 (7.500)	5.500 (7.000)	124.750 (97.000)
Ralf Becker (seit 01.08.2009)	55.000 (22.917)	19.500 (-)		3.000 (1.500)	77.500 (24.417)
Jella S. Benner-Heinacher	55.000 (55.000)	19.500 (-)		3.000 (3.500)	77.500 (58.500)
Dr. Uwe-Ernst Buße (bis 31.08.2009)	- (36.616)	- (-)		- (2.500)	- (39.116)
George Cardona (seit 09.10.2009)	55.000 (12.658)	19.500 (-)		3.000 (500)	77.500 (13.158)
Harald Döll (seit 01.08.2009)	55.000 (22.917)	19.500 (-)		3.000 (1.500)	77.500 (24.417)
Dr. Rainer Gerling	55.000 (55.000)	19.500 (-)		3.000 (4.000)	77.500 (59.000)
Rainer Grohe	55.000 (55.000)	19.500 (-)		3.500 (6.000)	78.000 (61.000)
Dr. Karl Heidenreich	55.000 (55.000)	19.500 (-)	7.500 (7.500)	4.500 (4.500)	86.500 (67.000)
Rüdiger Kienitz	55.000 (55.000)	19.500 (-)		3.000 (3.500)	77.500 (58.500)
Klaus Krüger	55.000 (55.000)	19.500 (-)	7.500 (7.500)	6.000 (8.000)	88.000 (70.500)
Dieter Kuhn	55.000 (55.000)	19.500 (-)		3.000 (4.000)	77.500 (59.000)
Heinz-Gerd Kunaschewski (bis 31.07.2009)	- (32.083)	- (-)		- (2.000)	- (34.083)
Dr. Bernd Malmström	55.000 (55.000)	19.500 (-)		3.000 (3.500)	77.500 (58.500)
Dr. Rudolf Müller	55.000 (55.000)	19.500 (-)		2.500 (3.000)	77.000 (58.000)
Friedrich Nothhelfer (bis 31.07.2009)	- (32.083)	- (-)		- (3.000)	- (35.083)
Renato De Salvo	55.000 (55.000)	19.500 (-)		3.000 (4.000)	77.500 (59.000)
Dr. Eckart Sünner	55.000 (55.000)	19.500 (-)	15.000 (15.000)	4.500 (5.500)	94.000 (75.500)
Summe	962.500 (956.774)	341.250 (-)	45.000 (45.000)	59.500 (75.500)	1.408.250 (1.077.274)

¹⁾ Angaben ohne Entschädigung für die von Aufsichtsratsmitgliedern aufgrund ihrer Tätigkeit zu entrichtende Umsatzsteuer.

Zusätzlich wurden im Jahr 2010 an die Aufsichtsratsmitglieder Aufwandsentschädigungen von insgesamt 29,7 T€ gezahlt (Vorjahr: 20,7 T€).

Im Geschäftsjahr 2010 wurden keine Vergütungen für Tätigkeiten im Aufsichtsrat von Tochterunternehmen gezahlt, auch Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, wurden den Aufsichtsratsmitgliedern nicht gewährt.

Angaben gemäß § 289 Abs. 4 HGB

Ziffer 1: Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das Grundkapital beträgt 191,4 Mio. € und ist in 191.400.000 Aktien eingeteilt. Die auf den Inhaber lautenden Aktien der Gesellschaft sind Stückaktien ohne Nennbetrag. Darüber hinaus bestehen keine weiteren Aktiengattungen.

Ziffer 2: Beschränkungen der Stimmrechte oder der Übertragung von Aktien

Jede Aktie besitzt eine Stimme; es existieren weder Beschränkungen der Stimmrechte noch Beschränkungen, die die Übertragung von Aktien betreffen. Entsprechende Gesellschaftervereinbarungen sind dem Vorstand nicht bekannt.

Ziffer 3: Direkte oder indirekte Beteiligungen über 10 % am Kapital

Nach Meldung gemäß § 21 WpHG besitzt die Meritus Trust Company Limited, Bermuda, über die EuroChem Group SE und ihr zuzurechnende Tochterunternehmen knapp 15 % der Aktien. Meritus hält treuhänderisch Industriebeteiligungen von Andrey Melnichenko. Die BASF SE, Ludwigshafen, hält weiterhin etwas über 10 % unserer Aktien.

Ziffer 4: Inhaber von Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Es existieren keine Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen.

Ziffer 5: Stimmrechtskontrolle bei Beteiligung von Arbeitnehmern am Kapital

Es existieren keine Stimmrechtskontrollen.

Ziffer 6: Gesetzliche Vorschriften und Bestimmungen der Satzung über die Ernennung und Abberufung der Vorstandsmitglieder und über Satzungsänderungen

Bestellung und Abberufung des Vorstands regelt § 84 AktG. Danach werden die Vorstandsmitglieder für die Dauer von höchstens fünf Jahren durch den Aufsichtsrat bestellt. Nach § 5 der Satzung besteht der Vorstand der K+S Aktiengesellschaft aus mindestens zwei Mitgliedern. Die Anzahl bestimmt der Aufsichtsrat. Er kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied oder die Ernennung zum Vorstandsvorsitzenden aus wichtigem Grund widerrufen.

Die Hauptversammlung kann Satzungsänderungen mit der einfachen Mehrheit des vertretenen Grundkapitals beschließen (§ 179 Abs. 2 AktG i.V.m. § 17 Abs. 2 der Satzung), sofern keine gesetzlich zwingenden höheren Mehrheitserfordernisse bestehen.

Ziffer 7: Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 9. Mai 2011 gegen Bar- oder Sacheinlagen einmal oder mehrmals, insgesamt jedoch um höchstens 56.100.000,00 €, durch Ausgabe von höchstens 56.100.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen (Genehmigtes Kapital). Bei Durchführung der Kapitalerhöhung ist den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats das

gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen ausschließen, wenn die Kapitalerhöhung 10% des Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabebetrag für die neuen Aktien den maßgeblichen Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet. Bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen kann der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre insgesamt bis zu einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von 41,25 Mio. € ausschließen, wenn die neuen Aktien beim Erwerb des Unternehmens oder einer Unternehmensbeteiligung durch die Gesellschaft als Gegenleistung eingesetzt werden sollen. Außerdem kann der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre für Spitzenbeträge, die infolge des Bezugsrechts entstehen, ausschließen.

Erwerb und Verwendung eigener Aktien

Der Vorstand ist ermächtigt, bis zum 10. Mai 2015 eigene Aktien im Umfang von höchstens 10% der gesamten Stückaktien des Grundkapitals der K+S Aktiengesellschaft zu erwerben. Die Gesellschaft darf zu keinem Zeitpunkt mehr als 10% der gesamten Stückaktien ihres Grundkapitals halten. Der Erwerb erfolgt über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots. Im Falle des Erwerbs über die Börse darf der gezahlte Kaufpreis je Aktie den maßgeblichen Börsenpreis um nicht mehr als 10% über- oder unterschreiten; als maßgeblicher Börsenpreis gilt dabei der am Tag des Erwerbs durch die Eröffnungsauktion ermittelte Kurs der K+S-Aktie im Computer-Handelssystem XETRA. Im Falle des Erwerbs mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots darf der angebotene Kaufpreis je Aktie den maßgeblichen Börsenpreis um nicht mehr als 10% über- oder unterschreiten; als maßgeblicher Börsenpreis gilt dabei der gewichtete durchschnittliche Börsenkurs der K+S-Aktie im Computer-Handelssystem XETRA während der letzten zehn Börsenhandelstage vor der Veröffentlichung des Kaufangebots.

Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Aktien der Gesellschaft, die aufgrund einer Ermächtigung nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworben wurden, über die Börse oder durch öffentliches Angebot an alle Aktionäre zu veräußern. Die Aktien dürfen in folgenden Fällen auch in anderer Weise und damit unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre veräußert werden:

- Veräußerung gegen Zahlung eines Geldbetrags, der den maßgeblichen Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet;
- Begebung der Aktien als Gegenleistung zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen;
- Bedienung von Wandel- und Optionsschuldverschreibungen, die aufgrund einer Ermächtigung der Hauptversammlung begeben worden sind.

Die Ermächtigung zum Bezugsrechtsausschluss gilt insgesamt für Aktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu 10% des Grundkapitals zum Zeitpunkt der Beschlussfassung oder zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung, je nachdem, in welchem Zeitpunkt das Grundkapital auf einen kleineren Betrag lautet. Die Höchstgrenze von 10% des Grundkapitals vermindert sich um den anteiligen Betrag des Grundkapitals,

der auf diejenigen Aktien entfällt, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung im Rahmen einer Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital oder aus bedingtem Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben werden.

Der Vorstand ist schließlich ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Aktien der Gesellschaft, die aufgrund einer gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erteilten Ermächtigung erworben wurden, einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die Einziehung hat nach § 237 Abs. 3 Nr. 3 AktG ohne Kapitalherabsetzung in der Weise zu erfolgen, dass sich durch die Einziehung der Anteil der übrigen Stückaktien am Grundkapital gemäß § 8 Abs. 3 AktG erhöht.

Die Ermächtigungen zum Erwerb eigener Aktien, zu ihrer Veräußerung bzw. zu ihrem Einzug können jeweils ganz oder teilweise, im letzteren Fall auch mehrmals, ausgeübt werden.

Ziffer 8: Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

K+S hat im Jahr 2010 eine syndizierte Kreditlinie über 800 Mio. € abgeschlossen. Gemäß den Vertragsbedingungen werden alle im Rahmen der Kreditlinie gezogenen Ausleihungen unmittelbar zur Rückzahlung fällig und zahlbar sowie die Kreditlinie insgesamt kündbar, sollten eine allein handelnde Person oder mehrere gemeinschaftlich handelnde Personen die Kontrolle über die K+S Aktiengesellschaft erhalten. Außerdem hat K+S im Jahr 2009 eine Anleihe über 750 Mio. € emittiert. Im Fall eines Kontrollwechsels haben die Anleihegläubiger das Recht, die noch nicht zurückgezahlten Schuldverschreibungen zu kündigen.

Ziffer 9: Entschädigungsvereinbarungen, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen sind

Derartige Vereinbarungen bestehen mit den Mitgliedern des Vorstands der K+S Aktiengesellschaft und sind auf den Seiten 16 f. im Vergütungsbericht detailliert erläutert. Das im Jahr 2009 letztmals gewährte Aktienoptionsprogramm für Vorstand und Führungskräfte sieht vor, dass sich im Übernahmefall ("Change of Control") für sämtliche noch ausstehende Optionen ein zeitliches Sonderfenster für die Ausübung öffnet. Die genaue Ausgestaltung dieses Programms, die für Vorstand und Führungskräfte identisch ist, wird ebenfalls im Vergütungsbericht erläutert (siehe Seite 14 f.). Das seit dem Jahr 2010 für Vorstand und Führungskräfte eingeführte Programm mit langfristiger Anreizwirkung (LTI) sieht keine Entschädigungsvereinbarungen vor.

Erläuternder Bericht des Vorstands zu den Angaben nach §§ 289 Abs. 4 HGB

Da die zu den Ziffern 1 bis 6 des § 289 Abs. 4 HGB gemachten Angaben für sich selbst sprechen, beschränken wir uns an dieser Stelle auf folgende Erläuterungen gemäß § 176 Abs. 1 Satz 1 AktG:

Ziffer 7: Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

- Durch die dem Vorstand noch bis zum 9. Mai 2011 eingeräumte Möglichkeit, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine Kapitalerhöhung mit begrenztem Bezugsrechtsausschluss durchzuführen (Genehmigtes Kapital), wird der Gesellschaft ein weit verbreitetes Instrument an die Hand gegeben, mit dessen Hilfe zum Beispiel sich bietende Gelegenheiten zur Durchführung von Akquisitionen schnell und flexibel genutzt werden können. Der Vorstand darf von dieser Möglichkeit nur dann Gebrauch machen, wenn der Wert der neuen Aktien und der Wert der Gegenleistung in einem angemessenen Verhältnis stehen.
- Die dem Vorstand von der Hauptversammlung ferner erteilte Ermächtigung, in begrenztem Umfang eigene Aktien der Gesellschaft zu erwerben, ist ebenfalls ein in vielen Unternehmen übliches Instrument. Durch die Möglichkeit, die eigenen Aktien wieder zu veräußern, wird die Gesellschaft in die Lage versetzt, z. B. langfristig orientierte Anleger im In- und Ausland zu gewinnen oder Akquisitionen flexibel zu finanzieren. Die weiter bestehende Möglichkeit zur Einziehung eigener Aktien stellt eine ebenfalls übliche Verwendungsalternative im Interesse der Gesellschaft und ihrer Aktionäre dar.

Ziffer 8: Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die in den Kreditverträgen und Anleihebedingungen für den Fall eines Kontrollwechsels vereinbarten Regelungen sind bei vergleichbaren Transaktionen üblich und zum Schutz der berechtigten Gläubigerinteressen angemessen.

Ziffer 9: Entschädigungsvereinbarungen, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen sind

Die mit den Mitgliedern des Vorstands bestehenden Entschädigungsvereinbarungen sowie das im Aktienoptionsprogramm für Vorstand und Führungskräfte geregelte zeitliche Sonderfenster für die Ausübung im Fall eines Übernahmeangebots, welches im Jahr 2009 letztmals gewährt wurde, berücksichtigen in angemessenem Umfang sowohl die berechtigten Interessen der Betroffenen als auch der Gesellschaft und ihrer Aktionäre.

Unternehmenssteuerung

Die K+S Aktiengesellschaft ist die Konzernobergesellschaft der K+S Gruppe. Daher haben wesentliche Sachverhalte der K+S Gruppe auch einen mittelbaren Einfluss auf die K+S Aktiengesellschaft. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden die Unternehmenssteuerung der K+S Gruppe dargestellt.

Unternehmensinternes Steuerungssystem

Die Geschäftsbereiche und Holding-Einheiten der K+S Gruppe arbeiten in einer Matrixorganisation zusammen; das Gruppeninteresse steht dabei stets im Vordergrund. Die Matrixorganisation unterstützt folgende Ziele:

- optimale Nutzung der Chancen und Erzielung von Synergien bei bestmöglicher Begrenzung von Risiken
- optimale Nutzung des gruppenweit vorhandenen Know-hows („Wissensmanagement“)

Das unternehmensinterne Steuerungssystem der K+S Gruppe besteht im Wesentlichen aus folgenden Komponenten:

- regelmäßige Vorstandssitzungen im Zwei-Wochen-Rhythmus
- monatlich rollierende Ergebnis- und Liquiditätshochschätzung für das laufende Geschäftsjahr sowie für die beiden Folgejahre
- Monatsberichte der Geschäftsbereiche
- vierteljährlicher Management-Dialog zwischen Vorstand und den Leitungen der Geschäftsbereiche Kali- und Magnesiumprodukte, Stickstoffdüngemittel und Salz
- Kommissionen für Investitionen, Akquisitionen/Devestitionen und Personal sowie gruppenweite Gremien wie z. B. Compliance-Ausschuss, IT-Gremium, Marketing-Forum, Ausschuss zu Sicherheit, Gesundheit und Umweltschutz etc.
- Risiko- und Chancenmanagement

Die Steuerung der K+S Gruppe erfolgt über regelmäßige Erörterungen zwischen dem Vorstand und den Leitungen der Geschäftsbereiche. Dabei wird die Unternehmensstrategie diskutiert und festgelegt, wie diese im Rahmen der Jahres- und Mittelfristplanung systematisch umgesetzt wird. Dazu werden zwischen Vorstand und Geschäftsbereichsleitungen Zielvereinbarungen abgeschlossen. Die Geschäftsbereiche berichten monatlich über die Entwicklung wesentlicher externer Frühindikatoren sowie über interne Unternehmenskenngrößen. Die Beobachtung einer Vielzahl von externen Frühindikatoren, wie z.B. die Einschätzung des Marktpotenzials, bildet die Grundlage für unsere geschäftspolitischen Entscheidungen, um unsere Chancen zu nutzen und mögliche Fehlentwicklungen zu vermeiden. Bei den internen Unternehmenskenngrößen steht die Kommentierung der aktuellen Entwicklungen bzw. Zielabweichungen bei Produktion, Absatz, Umsatz, Kosten, Ergebnis, Personal, Investitionen und weiteren Kennzahlen im Vordergrund. Auf Basis monatlich aktualisierter Hochschätzungen wird über die Entwicklung der Ergebnisgrößen des laufenden Jahres informiert. Ziel ist es, die Veränderungen der wichtigsten Erlös- und Kostengrößen der Ergebnisrechnung sowohl gegenüber der Schätzung des Vormonats als auch gegenüber dem Plan zu analysieren, um gegebenenfalls Korrekturmaßnahmen einzuleiten. Auch die Entwicklung der Liquidität wird mittels einer hochgerechneten Kapitalflussrechnung monatlich aufgezeigt. Als Informationsbasis dient ein elektronisches Management-Informationssystem (MIS).

Der Austausch zwischen dem Vorstand und den Leitern der Geschäftsbereiche Kali- und Magnesiumprodukte, Stickstoffdüngemittel und Salz ist im Rahmen von quartalsweise stattfindenden Management Dialogen institutionalisiert. In jeder der vier Veranstaltungen wird ein Überblick über die jeweils aktuelle Marktsituation sowie die rollierende Hochschätzung gegeben. Darüber hinaus werden im Verlauf des Jahres u.a. Schwerpunkte auf Zielerreichung und Strategie gelegt.

Zur Unterstützung des Managements beschäftigen sich gruppenweite Gremien regelmäßig u.a. mit den Themen Personal, Compliance, Informationstechnologie und Marketing. Für die Prüfung, Bewertung und Genehmigung von Investitionen bzw. Akquisitionen/Devestitionen sind spezielle Kommissionen eingerichtet; die Bewertung von Projekten erfolgt i. d. R. nach dem Ertragswertverfahren. Schließlich werden im Rahmen von Akquisitionen spezielle Teams gebildet, um die organisatorischen Voraussetzungen für eine zügige und effektive Integration zu schaffen.

Die permanente Einbindung aller Unternehmensbereiche in das interne Steuerungssystem, welches das interne Risiko- und Chancenmanagement beinhaltet, gewährleistet kurze Reaktionszeiten auf Veränderungen in allen Bereichen und auf allen Entscheidungsebenen der K+S Gruppe. Bei wesentlichen ergebnisrelevanten Veränderungen innerhalb eines Beobachtungsfelds wird unverzüglich an Geschäftsführungen und Vorstand berichtet.

Forschung und Entwicklung

Mit unseren Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten verfolgen wir grundsätzlich drei Ziele:

- Eine Erhöhung des Kundennutzens
- Die Schonung der Ressourcen
- Die Sicherstellung des Wachstums der K+S Gruppe

Vor diesem Hintergrund konzentrieren sich unsere Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten auf zwei Schwerpunkte: die Verfahrensoptimierung sowie die Produktneu- und Weiterentwicklung. Die kontinuierliche Überprüfung und Weiterentwicklung der Verfahren und Prozesse in der unter- und übertägigen Produktion soll einen nachhaltigen Einsatz der uns zur Verfügung stehenden Ressourcen sowie eine effiziente Nutzung von Kapital, Energie und Personal sicherstellen. Dazu bewerten wir neue Technologien und Materialien und betreiben ein eigenes Forschungsinstitut mit den Schwerpunkten Aufbereitung, Verfahrenstechnik und Analytik. Im Rahmen der Neuentwicklung und Verbesserung der von uns angebotenen Produkte setzen wir uns für die praxisorientierte Forschung auf dem Gebiet der Pflanzenernährung ein und erarbeiten Lösungen für den erhöhten Nahrungs- und Futtermittelbedarf aufgrund einer wachsenden Weltbevölkerung sowie sich ändernder Ernährungsgewohnheiten, die Ertragssicherung angesichts sich verändernder Klimabedingungen sowie einen Wissenstransfer für die weniger entwickelten Regionen. Unsere landwirtschaftliche Anwendungsberatung unterstützt insbesondere Kunden beim weltweiten Einsatz unserer Produkte.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2010 waren 567 Mitarbeiter (Vorjahr: 563 Mitarbeiter) bei der K+S Aktiengesellschaft beschäftigt. Davon waren 14 Auszubildende (Vorjahr: 16 Auszubildende).

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Der Umsatz der K+S Aktiengesellschaft lag mit 64,0 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres (64,5 Mio. €). Während sich konzerninterne Verrechnungen von Serviceleistungen an Gruppengesellschaften verringerten, gab es positive mengenbedingten Veränderungen bei der Granulierung von CATSAN®.

Das Ergebnis vor Ertragsteuern lag mit 344,5 Mio. € deutlich über dem Vorjahreswert von 44,5 Mio. € (+300,0 Mio. €). Ursächlich war ein mit 480,6 Mio. € deutlich höheres Beteiligungsergebnis (Vorjahr 228,1 Mio. €). Das Beteiligungsergebnis stieg insbesondere durch die aus dem Ergebnisabführungsvertrag mit der K+S KALI GmbH resultierende Gewinnabführung von 449,8 Mio. €. Im Vorjahr hatte der Ergebnisbeitrag der K+S KALI GmbH bei 223,9 Mio. € gelegen. Die Ergebnisabführung der K+S Salz GmbH lag mit 49,5 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahres (59,4 Mio. €). Weitere Beteiligungserträge resultierten aus den Gewinnabführungen der Kali-Transport Gesellschaft mbH mit 10,9 Mio. € (Vorjahr: 7,4 Mio. €) und der K+S Entsorgung GmbH mit 5,6 Mio. € (Vorjahr: 6,5 Mio. €). Die Ergebnisabführung der K+S Nitrogen GmbH betrug 32,9 Mio. €. Im Vorjahr entstanden für diese Tochtergesellschaft Aufwendungen aus der Verlustübernahme von -112,1 Mio. €. Das Beteiligungsergebnis wurde im Berichtsjahr durch Aufwendungen aus der Übernahme des Verlusts der K+S Beteiligungs GmbH mit -67,3 Mio. € belastet. Im Vorjahr lag der Ergebnisbeitrag bei 1,8 Mio. €. Das Ergebnis nach Steuern unserer Gesellschaft erhöhte sich auf 217,8 Mio. € und liegt damit um 175,1 Mio. € über dem Vorjahreswert (42,8 Mio. €). Der Rückgang des Zinsergebnis von -52,3 Mio. € auf -65,0 Mio. € ist im Wesentlichen auf höhere Zinsaufwendungen aus einer Unternehmensanleihe zurückzuführen. Ein geringeres Zinsniveau sowie eine verminderte Geldanlage von Gruppengesellschaften im Cashpool der K+S AG konnten diesen Effekt nicht ausgleichen. Im Vorjahr wurde das Zinsergebnis darüber hinaus durch Effekte aus einer Unternehmensanleihe und einem Konsortialkredit belastet.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen ist bedingt durch eine Kapitalerhöhung bei einer Tochtergesellschaft von 2.280,0 Mio. € auf 2.308,7 Mio. € (+28,7 Mio. €) gestiegen und hat einen Anteil von 65 % an der um 276 Mio. € gestiegenen Bilanzsumme (Vorjahr: 69%). Wir weisen per 31. Dezember 2010 insgesamt 556,6 Mio. € (Vorjahr: 312,1 Mio. €) Guthaben bei Kreditinstituten aus. Das im Vergleich zum Vorjahr höhere Guthaben ist im Wesentlichen auf den positiven Geschäftsverlauf und den damit verbundenen Geldanlagen von Tochtergesellschaften im Cashpool der K+S AG zurückzuführen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind von 300,0 Mio. € im Vorjahr auf 0,7 Mio. € zurückgegangen. Diese Veränderung von -299,3 Mio. € ist auf die Rückzahlung einer Kreditlinie zurückzuführen. Den Verbindlichkeiten aus dem Cashpool stehen zum Stichtag noch nicht zahlungswirksame Ergebnisabführungen von Tochtergesellschaften gegenüber. Der Großteil der Verbindlichkeiten hat eine Laufzeit von bis zu einem Jahr. Die Eigenkapitalquote beträgt nun 39% (Vorjahr: 37%). Bedingt durch den positiven Geschäftsverlauf und damit verbundene höhere Ergebnisse weisen wir zum Stichtag Steuerrückstellungen von 49,4 Mio. € aus (Vorjahr: 1,3 Mio. €). Die Sonstigen Rückstellungen haben überwiegend langfristigen Charakter. Das außerordentliche Ergebnis

(-11,0 Mio. €) resultiert aus der Umstellung der handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften auf die neue Regelung nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG). Die Pensionsverpflichtungen sowie die Rückstellungen für Altersteilzeit wurden im Geschäftsjahr erstmals nach den BilMoG-Bestimmungen (§ 246 Absatz 2 Satz 2 HGB) mit dem zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Planvermögen saldiert. Die Finanzierung unserer Gesellschaft erfolgt in erheblichem Maße aus langfristig zur Verfügung stehenden Mitteln.

Anleihe

Die K+S Aktiengesellschaft hat im September 2009 erstmals eine Anleihe am Kapitalmarkt platziert. Die Schuldverschreibung hat ein Volumen von 750 Mio. € und eine Laufzeit von fünf Jahren. Mit einem Zinskupon von 5,0 % p. a. und einem Emissionskurs von 99,598 % betrug die Rendite bei Ausgabe 5,093 % p. a. Der Mittelzufluss aus der Anleiheemission wurde zur Finanzierung eines Teils des Kaufpreises zur Übernahme von Morton Salt verwendet. Die Platzierung ermöglichte es, eine ausgewogene Laufzeitenstruktur der ausstehenden Finanzierungsinstrumente zu schaffen.

Wesentliche Ereignisse

- Der internationale Düngemittelmarkt zeichnete sich im Jahr 2010 durch einen starken Nachfrageanstieg aus. Dies führte dazu, dass die Kapazitätsauslastung der meisten Kaliproduzenten vor dem Hintergrund deutlich rückläufiger Lagerbestände im Verlauf des Jahres wieder ein relativ hohes Niveau erreichte, so dass K+S auch angesichts eines steigenden Weltmarktpreisniveaus die Preise für granuliertes Kaliumchlorid in Europa im Verlauf des Jahres von 285 €/t auf 335 €/t anheben konnte. Die europäischen Produktionsanlagen für Stickstoffdüngemittel liefen bereits im ersten Halbjahr mit hoher Auslastung und im zweiten Halbjahr sogar auf Volllast; die Preise für Stickstoffdüngemittel zogen angesichts steigender Einstandskosten deutlich an.
- Die Verkäufe von Auftausalz sind erheblich von der jeweiligen winterlichen Witterung während des ersten und vierten Quartals abhängig. Vor diesem Hintergrund führte das in den branchenspezifischen Rahmenbedingungen beschriebene positive und über dem langjährigen Absatzdurchschnitt liegende Auftausalzgeschäft in Europa zu einer deutlichen Umsatz- und Ergebnissteigerung im Geschäftsbereich Salz.

Risikobericht

Die maßgeblichen Risiken der K+S Aktiengesellschaft resultieren nicht aus der operativen Geschäftstätigkeit. Dagegen können Risiken jedoch aus dem Halten von Beteiligungen resultieren. Ein potenzielles Schadenereignis in den Beteiligungen der K+S Aktiengesellschaft könnte eine direkte oder indirekte Auswirkung auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der K+S Aktiengesellschaft haben.

Risikopolitik

Die Geschäftspolitik der K+S Gruppe ist darauf ausgerichtet, den Bestand des Unternehmens zu sichern, dauerhaft risikoadäquate Renditen zu erwirtschaften sowie den Unternehmenswert systematisch und kontinuierlich zu steigern. Um dieses Ziel zu erreichen, erfordern die weltweiten Aktivitäten ein permanentes, verantwortungsvolles Abwägen von Chancen und Risiken. Dabei verstehen wir Risiken als das potenzielle Eintreten interner wie externer Ereignisse, die das Erreichen unserer kurzfristigen sowie strategischen Ziele negativ beeinflussen können. Systematisches Risikomanagement ist die fortwährende Aufgabe des Vorstands und der Führungskräfte in ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen. Langfristig können wir nur erfolgreich sein, wenn wir Chancen nutzen und Risiken frühzeitig identifizieren, analysieren, sie entsprechend steuern und kontrollieren. In Abwägung der Gesamtumstände wird entschieden, inwiefern Risiken eingegangen werden, um Chancen nutzen zu können. Allerdings kann auch ein angemessenes und funktionsfähig eingerichtetes Risikomanagementsystem keine absolute Sicherheit gewährleisten.

Chancenmanagement

In der K+S Gruppe sind Chancen- und Risikomanagement eng miteinander verknüpft. Bei Chancen handelt es sich um interne und externe Entwicklungen, die sich positiv auf den Konzern auswirken können. Unser Chancenmanagement leiten wir im Wesentlichen aus den Zielen und Strategien der Geschäftsbereiche ab und sorgen für ein ausgewogenes Chancen-Risiko-Verhältnis. Die direkte Verantwortung für das frühzeitige und regelmäßige Identifizieren, Analysieren und Nutzen von Chancen obliegt dem operativen Management in den Geschäftsbereichen bzw. den Leitern der zentralen Holding-Einheiten. Das Chancenmanagement ist ein integraler Bestandteil der konzernweiten Planungs- und Steuerungssysteme. Wir beschäftigen uns dazu intensiv mit Markt- und Wettbewerbsanalysen, Marktszenarien, den relevanten Kostentreibern und kritischen Erfolgsfaktoren auch im politischen Umfeld des Unternehmens. Daraus werden konkrete geschäftsbereichsspezifische Chancenpotenziale abgeleitet und im Rahmen von Zielvereinbarungsgesprächen zwischen Vorstand und den Geschäftsbereichsverantwortlichen diskutiert. Ausgewählte Chancenpotenziale der K+S Gruppe werden im Prognosebericht erläutert.

Risikomanagementsystem

Die Geschäftsbereiche der K+S Gruppe weisen unterschiedliche Chancen und Risiken auf, zu deren frühzeitiger Erkennung, Bewertung und Begrenzung wir konzerneinheitliche Planungs-, Steuerungs- und Kontrollsysteme nutzen. Die bei uns eingesetzten Methoden der Risikoermittlung reichen von Markt- und Wettbewerbsanalysen über enge Kontakte zu Kunden, Lieferanten und Institutionen bis zur Verfolgung von Risikoindikatoren aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Umfeld. Die Bewertung der Risiken erfolgt insbesondere im Hinblick auf Eintrittswahrscheinlichkeiten und potenzielle Schadenhöhen. Ein weiterer Baustein des Risikomanagements ist die Entwicklung von gegensteuernden Maßnahmen unter Einbeziehung alternativer Risikoszenarien. Wir sind auf diese Weise bestrebt, Risiken systematisch entgegenzuwirken.

Der Vorstand hat konzernweite Grundsätze und Verhaltensregeln sowie Richtlinien für ein systematisches und effektives Risikomanagement festgelegt. Das Risikomanagementsystem besteht aus folgenden Elementen:

- einem unternehmensspezifischen Handbuch zum Risikomanagement,
- einer Holdingeinheit Risikomanagement,
- Risikomanagementbeauftragten in den Geschäftsbereichen,
- standardisierten, geschäftsbereichsspezifischen Risikoprofilen,
- Informationen über die vollständige, quantifizierte Risikosituation in Zielvereinbarungsgesprächen zwischen Vorstand und den Verantwortlichen der Geschäftsbereiche,
- einer regelmäßigen, einheitlichen Risikoberichterstattung auf Konzern- und Geschäftsbereichsebene sowie
- einer Sofort-Berichterstattung bei Eilbedürftigkeit.

Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sowohl im Prozess der Risikoidentifikation als auch hinsichtlich der Analyse, Steuerung und Kommunikation identifizierter Risiken sind eindeutig geregelt. So obliegt die direkte Verantwortung im Umgang mit Risiken dem operativen Management in den Geschäftsbereichen bzw. den zentralen Holding-Einheiten. Die Risiken der einzelnen Geschäftsbereiche und der Holding werden vierteljährlich identifiziert, die daraus ermittelten Risikopotenziale analysiert, quantitativ bewertet und dem Vorstand berichtet. Kann einem Risiko durch wirksame und angemessene Maßnahmen zuverlässig entgegengewirkt werden, liegt der Fokus der Betrachtung auf dem Restrisiko. Wir beobachten insbesondere die Risiken, deren Eintrittswahrscheinlichkeit 5% oder mehr beträgt und deren Schadenpotenzial gleichzeitig geschäftsbereichsspezifische Grenzwerte überschreitet. Die Risikoprofile haben sowohl einen Bezug zum laufenden Jahr als auch zur Mittelfristplanung und decken somit einen Zeithorizont von drei Jahren ab. Erwartete Risiken mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit ab 50% werden in der Mittelfristplanung bzw. Jahreshochschätzung in Form von Ergebnisabschlägen berücksichtigt. Kurzfristig auftretende Risiken werden bei Eilbedürftigkeit unabhängig von den normalen Berichtswegen unverzüglich direkt an den Vorstand kommuniziert. Der Aufsichtsrat wird durch den Vorstand ebenfalls regelmäßig und zeitnah, bei besonderer Eilbedürftigkeit unverzüglich informiert. Geschäfte und Maßnahmen von besonderer Bedeutung und Tragweite bedürfen nach Maßgabe konzernweit geltender Regelungen der Zustimmung des Vorstands und in besonderen Fällen auch des Aufsichtsrats.

Die Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems der K+S Gruppe wird regelmäßig von der internen Revision geprüft. Weiterhin ist die Prüfung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit des Risikofrüherkennungssystems auch Gegenstand der Abschlussprüfung; danach ist das bestehende System geeignet, solche Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

Risikomanagementsystem in Bezug auf Finanzinstrumente

Die finanzwirtschaftliche Zielsetzung der K+S Gruppe ist es, durch ein systematisches Finanzmanagement finanzielle Risiken (z.B. Preisänderungsrisiko, Ausfallrisiko und Liquiditätsrisiko) zu begrenzen. Dazu ist in der K+S Aktiengesellschaft ein zentrales Finanzierungsmanagement eingerichtet. Darüber hinaus steuert die K+S Gruppe ihre Kapitalstruktur und nimmt unter Berücksichtigung der erwarteten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gegebenenfalls Anpassungen vor. Ziel der Kapitalstruktursteuerung ist es, das Geschäft und die Investitionsfähigkeit des Unternehmens nachhaltig sicherzustellen.

Aus unseren internationalen Aktivitäten können währungsbedingte Marktpreisrisiken entstehen, denen wir im Rahmen unseres Währungsmanagements durch Sicherungsgeschäfte entgegenwirken. Interne Verfahrensanweisungen regeln zulässige Sicherungsinstrumente sowie Sicherungsstrategien, Zuständigkeiten, Abläufe und Kontrollmechanismen. Weitere Marktpreisrisiken können sich aus Rohstoffpreisen (z.B. Energie) bzw. Transportkosten (z.B. Seefrachten) ergeben. Sofern hierzu selektiv Derivate eingesetzt werden, gelten analoge Regelungen. Die Sicherungsinstrumente werden ausschließlich zur Sicherung von Grundgeschäften, nicht aber zu Handels- und Spekulationszwecken eingesetzt. Die Finanzgeschäfte werden nur mit Banken guter Bonität abgeschlossen. In diesem Zusammenhang schreibt die Leitlinie u.a. zur Begrenzung von Ausfallrisiken eine Verteilung der Derivate auf verschiedene Institute vor. Der Abschluss von Sicherungsgeschäften erfolgt zum einen für bereits entstandene Grundgeschäfte und zum anderen für zukünftige Geschäfte, mit denen auf Basis empirisch belastbarer Erkenntnisse mit hoher Wahrscheinlichkeit gerechnet werden kann (antizipative Sicherungsgeschäfte). Eine weitergehende Erläuterung der Sicherungsgeschäfte finden Sie in der Darstellung der Risiken aus Wechselkursschwankungen auf den Seiten 44 f.

Beschreibung der wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess (§ 289 Abs. 5 HGB)

Das interne Kontrollsystem in der K+S Aktiengesellschaft umfasst Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherstellung der Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen Vorschriften.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften für die Einzelabschlüsse der K+S Aktiengesellschaft und deren inländische Tochtergesellschaften nach den handelsrechtlichen Regelungen und ergänzenden Vorschriften sind in Richtlinien und Buchungsanweisungen dokumentiert.

Neue Vorschriften sowie Änderungen bestehender Regelungen zur Rechnungslegung werden zeitnah auf ihre Auswirkungen analysiert und, sofern für uns relevant, in den Richtlinien und Rechnungslegungsprozessen umgesetzt.

Wir verfügen über ein weitgehend einheitliches IT-System, einen einheitlichen Kontenplan und maschinell standardisierte Rechnungslegungswesenprozesse.

Durch diese Standardisierung ist eine einheitliche, ordnungsgemäße und zeitnahe Erfassung der wesentlichen Geschäftsvorfälle sichergestellt. Für zusätzliche manuelle Erfassungen buchhalterischer Vorgänge bestehen verbindliche Regelungen.

Bilanzielle Bewertungen, wie z.B. die Kalkulation der bergbaulichen Verpflichtungen oder die Überprüfung der Werthaltigkeit der Beteiligungsbuchwerte, erfolgen durch interne Sachverständige, nur in Einzelfällen, wie z.B. bei der Bewertung von Pensionsverpflichtungen, wird die Bewertung durch externe Gutachter durchgeführt.

Prozessintegrierte und prozessunabhängige Überwachungsmaßnahmen bilden die Bausteine des internen Überwachungssystems. Einen wesentlichen Bestandteil der prozessintegrierten Maßnahmen bilden die maschinellen IT-Prozesskontrollen. Zusätzliche Kontrollfunktionen neben manuellen Prozesskontrollen wie z.B. dem „Vier-Augen-Prinzip“ werden durch die organisatorische Trennung von Verwaltungs-, Ausführungs-, Abrechnungs- und Genehmigungsfunktionen gewährleistet. Weitere Überwachungsaufgaben werden durch spezifische Konzernfunktionen wahrgenommen.

Die interne Revision ist mit prozessunabhängigen Prüfungstätigkeiten in das interne Kontrollsystem eingebunden.

Der Jahresabschluss wird durch unabhängige Abschlussprüfer geprüft und bildet die wesentliche prozessunabhängige Überwachungsmaßnahme im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

Übersicht der Unternehmensrisiken

Nachfolgend finden Sie die Darstellung der Risiken, die sich über die Tochtergesellschaften auf die K+S AG auswirken könnten:

Wesentliche Risiken werden in den folgenden Abschnitten beschrieben, wobei aus deren Reihenfolge keine Rückschlüsse auf deren Eintrittswahrscheinlichkeit oder das potenzielle Schadenausmaß zu ziehen sind.

Dabei werden jeweils der mögliche Eintritt und die Wirkung von Risiken nach Gegensteuerungsmaßnahmen unter den derzeitigen Rahmenbedingungen eingeschätzt; dies erfolgt aus Konzernsicht und bezieht sich auf den Zeitraum der Mittelfristplanung.

- unwahrscheinlich (Eintrittswahrscheinlichkeit: < 5%)
- möglich (Eintrittswahrscheinlichkeit: 5-50%)
- wahrscheinlich (Eintrittswahrscheinlichkeit: > 50%)

Die Bewertung der möglichen Wirkung erfolgt nach den qualitativen Kriterien

- moderat
- wesentlich
- bestandsgefährdend

Eine Veränderung der Rahmenbedingungen gegenüber unserer Mittelfristplanung kann im Zeitverlauf zu einer Neubewertung unserer Einschätzungen führen und wird entsprechend in unserer Zwischenberichterstattung kommuniziert.

	Eintritts- wahrscheinlichkeit	Mögliche finanzielle Auswirkungen
Externe und branchenspezifische Risiken		
Einflüsse durch gesamtwirtschaftliche Entwicklung	möglich	wesentlich
Schwankungen bezüglich Nachfrage und Preis	möglich	wesentlich
Saisonale Nachfrageschwankungen	möglich	moderat
Einflüsse von politischen und sozialen Veränderungen	unwahrscheinlich	wesentlich
Veränderungen rechtlicher Rahmenbedingungen		
Risiken aus der Veränderung bzw. Versagung behördlicher Genehmigungen	möglich	wesentlich
Risiken aus der Veränderung von Arbeitsplatzgrenzwerten	möglich	moderat
Risiken aus der Reduzierung des Anti-Dumping-Schutzes	möglich	moderat
Steuerrechtliche Risiken	möglich	moderat
Operative und strategische Risiken		
Risiken aus Akquisitionen und Investitionen	unwahrscheinlich	wesentlich
Risiken aus Lieferantenausfällen und Lieferengpässen	unwahrscheinlich	moderat
Energiekosten- und Energieversorgungsrisiken	möglich	moderat
Risiken aus der Verteuerung von Ammoniak	möglich	moderat
Frachtkosten- und Transportverfügbarkeitsrisiken	möglich	moderat
Produktionstechnische Risiken	möglich	moderat
Risiken aus Umweltschäden durch Gebirgsschlag	unwahrscheinlich	wesentlich
Risiken aus Kohlendioxid-Einschlüssen in Lagerstätten	möglich	moderat
Risiken aus Wasserzutritt	unwahrscheinlich	wesentlich
Risiken aus Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten	unwahrscheinlich	moderat
Personalrisiken	unwahrscheinlich	moderat
Compliance-Risiken	unwahrscheinlich	wesentlich
Informationstechnische Risiken	unwahrscheinlich	moderat
Finanzwirtschaftliche Risiken		
Risiken durch Wechselkursschwankungen	möglich	moderat
Risiken aus einer Veränderung des allgemeinen Zinsniveaus	möglich	moderat
Risiken aus dem Forderungsausfall von Kunden und Ausfallrisiko von Finanzinstituten	unwahrscheinlich	moderat
Liquiditätsrisiken	unwahrscheinlich	wesentlich
Risiken aus einer Veränderung des Unternehmensratings	unwahrscheinlich	moderat

Externe und branchenspezifische Risiken

Einflüsse durch gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das Nachfrageverhalten nach Düngemitteln der K+S Gruppe wird erheblich durch das allgemeine Wirtschaftswachstum sowie die wirtschaftliche Entwicklung und die damit einhergehenden steigenden Lebensstandards in relevanten Märkten beeinflusst. Steigender Wohlstand führt hauptsächlich in Schwellenländern zu einem veränderten Ernährungsverhalten, das sich insbesondere in einem gesteigerten Fleischkonsum widerspiegelt. Da die Produktion von Fleisch ein Vielfaches an Getreide, Soja und anderen als Viehfutter verwendeten Produkten erfordert, führt dies zu einem steigenden Bedarf an Agrarrohstoffen (soft commodities), der wiederum eine erhöhte Nachfrage nach Düngemitteln nach sich zieht.

Die deutliche Erholung der Weltwirtschaft im Jahr 2010 sollte sich auch im Jahr 2011 fortsetzen, auch wenn das Wachstumstempo etwas moderater ausfallen könnte. Der in der zweiten Jahreshälfte 2010 einsetzende starke Anstieg der internationalen Getreidepreise und die damit einhergehende verbesserte Einkommenssituation der Landwirte begünstigt die Düngemittelnachfrage. Sollte sich die wirtschaftliche Erholung als nicht nachhaltig erweisen, könnten die Preise für Agrarprodukte wieder auf ein Niveau fallen, das bei den Landwirten erneut Verunsicherung über ihre künftige Ertragsituation auslöst und damit deren Nachfrageverhalten nach Düngemitteln negativ beeinflusst. In Abhängigkeit von Dauer und Intensität könnte dieses mögliche Szenario einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe haben.

Der Einfluss der allgemeinen Wirtschaftslage auf die Nachfrage nach Auftau-, Speise- und Gewerbesalzen ist hingegen von untergeordneter Bedeutung, da das Geschäft weitgehend konjunkturunabhängig ist.

Schwankungen bezüglich Nachfrage und Preis

Vor allem die Produkte unseres Geschäftsfelds Düngemittel können erheblichen Schwankungen in Nachfrage und Preis unterliegen. Durch äußere Einflüsse, auf deren Eintreten oder Ausbleiben wir in aller Regel keinen Einfluss haben, kann die Nachfrage nach unseren Produkten auf den relevanten Absatzmärkten stark zurückgehen und zu einem Druck auf das Preisniveau führen. Zu diesen Einflüssen zählen etwa weltweite oder auch regionale Konjunkturschwankungen, sinkende Weltmarktpreise von wichtigen Agrarerzeugnissen, der Markteintritt neuer Anbieter, eine Konzentration auf der Nachfrageseite sowie eine bewusste Kaufzurückhaltung unserer Kunden.

Diese möglichen Ereignisse können in Abhängigkeit von Dauer und Intensität einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe haben. Da die Nachfrage nach Agrarprodukten und damit nach Düngemitteln von Megatrends wie der wachsenden Weltbevölkerung, einem steigenden Lebensstandard in den Schwellenländern und der Entwicklung des Bioenergiesektors getragen wird und Düngemittel mit ihrer ertrags- und qualitätssteigernden Wirkung somit in der Agrarproduktion eine zentrale Rolle spielen, sehen wir langfristig allerdings positive Entwicklungsmöglichkeiten.

Ein Eintritt neuer Wettbewerber in den internationalen Kalimarkt könnte zu einer spürbaren Verschiebung der Branchenstruktur führen. So haben kapitalstarke Bergbaukonzerne, wie z.B. BHP Billiton und Vale, angekündigt, mittel- bis langfristig in neue Kaliprojekte zu investieren. Ein aggressiver Ausbau neuer Kalikapazitäten durch einen bislang branchenfremden Produzenten könnte gegebenenfalls mit einer Verstärkung des Wettbewerbsdrucks einhergehen, wenn der Markt für diese zusätzlichen Mengen nicht in voller Höhe aufnahmebereit ist oder der neue Wettbewerber sich über eine aggressive Preispolitik am Markt zu etablieren versucht. Da jedoch sowohl der Bau neuer Kalikapazitäten als auch der Erwerb eines bedeutenden Kaliproduzenten sehr kapitalintensiv ist, dürfte aufgrund der daraus resultierenden hohen Kapitalkosten eine derartige Verdrängungspolitik – wenn überhaupt – nur von kurzer Dauer sein. Vor diesem Hintergrund erachten wir eine dauerhaft aggressive Preispolitik von Marktteilnehmern, die eine wesentliche Wirkung auf unsere erwarteten Ergebnisse hätte, als unwahrscheinlich.

Saisonale Nachfrageschwankungen

Ein signifikantes Absatzrisiko für die Geschäftsbereiche Kali- und Magnesiumprodukte, Stickstoffdüngemittel sowie Salz resultiert insbesondere aus der Saisonalität der Nachfrage, speziell aufgrund der Witterungsabhängigkeit. Eine dauerhaft nasskalte Witterung während der insbesondere für Europa wichtigen Frühjahrssaison kann beispielsweise zu Absatzverschiebungen oder gar -einbußen bei Düngemitteln und Pflanzenpflegeprodukten führen. Ebenso können milde Winter in den Hauptabsatzgebieten für Auftausalz (Europa, Nordamerika) den Absatz in dieser Produktgruppe erheblich verringern. Dieser Schwankungsanfälligkeit begegnen wir mit regionaler Diversifizierung, bedarfsorientierter Produktionssteuerung und flexiblen Arbeitszeitmodellen. Eine Absicherung durch spezielle Derivate wurde aufgrund der aus unserer Sicht unattraktiven Marktkonditionen für diese Instrumente bisher nicht vorgenommen. Entsprechende Beeinträchtigungen durch Witterungseinflüsse halten wir für möglich, deren Wirkung bewerten wir in Relation zu den erwarteten Ergebnissen jedoch als moderat.

Darüber hinaus führt der Aufbau und Abbau von Lagerbeständen durch unsere Kunden in Abhängigkeit von deren Erwartung hinsichtlich der zukünftigen Marktpreisentwicklung, der Witterung oder deren Liquiditätsmanagement zu einer schwankenden Nachfrage. Dies kann zu einer Unterauslastung der Produktionskapazität und damit zu steigenden Stückkosten führen. Die Bereitschaft der Handelsstufe zur Voreinlagerung von Düngemitteln ist abhängig von deren Erwartungen an die Nachfrage seitens der Landwirtschaft. K+S bietet z.B. über ein Staffelpreissystem finanzielle Anreize, um die Einlagerungsbereitschaft zu fördern. Trotzdem ist nicht auszuschließen, dass die Handelsstufe bei hohen Marktschwankungen auf eine Voreinlagerung verzichtet. Dadurch könnten in der Düngehauptsaison so hohe Mengenanforderungen auf uns zukommen, dass einerseits die Vorräte in unseren Lägern nicht ausreichen oder diese andererseits aufgrund logistischer Engpässe nicht vollständig bedient werden können. Das Gleiche gilt für den Salzbereich, wenn Städte, Gemeinden, Straßenmeistereien – auch mit Blick auf die öffentliche Kassenlage – in der Nebensaison zu geringe Vorräte an Auftausalz aufbauen. Derartige mögliche Effekte können sich moderat auf die

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken sowie die Vergleichbarkeit der Quartalsabschlüsse erschweren.

Einflüsse von politischen und sozialen Veränderungen

Wir üben unsere Geschäftstätigkeit in einer Vielzahl von Ländern aus, von denen etliche außerhalb Westeuropas und Nordamerikas gelegen sind. Tiefgreifende Veränderungen von politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Produktions- und Absatzländern sowie in den Herkunftsländern von Zulieferern können nicht ausgeschlossen werden. In einigen der Länder, in denen unsere Produkte hergestellt bzw. in die sie exportiert werden oder aus denen wir Roh- oder Hilfsstoffe beziehen, sind die allgemeinen wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen weniger stabil als etwa in Westeuropa oder Nordamerika. Wir sind dadurch von einer Reihe von Faktoren abhängig, auf die wir wenig oder gar keinen Einfluss haben. Zu diesen Faktoren zählen unter anderem politische Instabilität, entschädigungslose Enteignungen von Betriebsvermögen, Vorschriften zur Fremdwährungskontrolle und sonstige negative Auswirkungen im Zusammenhang mit Wechselkursen sowie Handelsbeschränkungen. Solche negativen Einflüsse könnten eine wesentliche Wirkung auf die Wachstumsperspektiven und auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe haben, sind derzeit jedoch in den für K+S in Bezug auf Produktion und Absatz relevanten Ländern unwahrscheinlich.

Veränderungen rechtlicher Rahmenbedingungen

Risiken aus der Veränderung bzw. Versagung behördlicher Genehmigungen

Entsorgung von Salzabwässern

Aufgrund von öffentlichen und politischen Diskussionen über künftig höhere Anforderungen an die Umweltverträglichkeit der Produktionsprozesse zur Herstellung von Kali- und Magnesiumprodukten sind Einflüsse auf die Erteilung und den Bestand von Betriebsgenehmigungen, Planfeststellungsbeschlüssen sowie von wasserrechtlichen Erlaubnissen möglich. Im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte entstehen unter anderem flüssige Rückstände (Salzabwässer) sowohl aus der laufenden Produktion als auch durch Niederschläge auf die Rückstandshalden. Auf der Grundlage bestehender Genehmigungen werden die Salzabwässer zum Teil in Flüsse eingeleitet und zum anderen in unterirdische Gesteinsschichten (Plattendolomit) versenkt. Die Feststellung einer wesentlichen Verminderung bisher prognostizierter Versenkmöglichkeiten bzw. die vorzeitige, vollständige Inanspruchnahme genehmigter Versenkräume sowie der Befund einer möglichen Beeinflussung von Trink- oder nutzbaren Grundwasserressourcen durch die Versenkung ließe eine unveränderte Verlängerung bestehender Versenkungsgenehmigungen unwahrscheinlich erscheinen und könnte zudem eine sofortige teilweise oder gar vollständige Aufhebung von Versenkungsgenehmigungen zur Entsorgung flüssiger Rückstände nach sich ziehen. Darüber hinaus gehen wir davon aus, dass auch die gegenwärtig für die Einleitung der Salzabwässer in Oberflächengewässer genehmigten Grenzwerte für zukünftige Einleitungsgenehmigungen herabgesetzt werden. Verlängerungen der bestehenden Versenkungs- und Einleitungsgenehmigungen bzw. deren Neuerteilung können mithin zu wesentlichen Zusatzkosten für eine Vorbehandlung der Produktionsrückstände (etwa durch Eindampfung) oder zu

erheblichen Produktionsreduzierungen an den betroffenen Standorten führen. Wir halten es für möglich, dass auslaufende Genehmigungen nicht verlängert bzw. nicht neu erteilt werden; dies hätte schlimmstenfalls eine Verringerung oder gar Einstellung der Produktion und ggf. Schließung der betroffenen Standorte mit erheblichen negativen Personalauswirkungen zur Folge; daraus würden sich nachhaltige und wesentliche Beeinträchtigungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe ergeben.

Für die an der Werra gelegenen Standorte Hattorf, Unterbreizbach und Wintershall, mit einem Anteil an der gesamten Kali-Produktionskapazität der K+S Gruppe von etwa 45%, sind die bestehenden Versenkungs- und Einleitungsgenehmigungen bis November 2011 bzw. Dezember 2012 befristet. Wir haben bereits im Oktober 2008 ein umfassendes Maßnahmenpaket vorgestellt, das mit einem Investitionsvolumen von 360 Mio. € die Versenkung und die Einleitungen von Salzabwässern bis 2015 nochmals erheblich reduzieren soll. Ergänzend wurde mit den Ländern Hessen und Thüringen eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung geschlossen, in der sich die Vertragspartner gemeinsam zu nachhaltigem wirtschaftlichen Handeln, der Sicherung der Arbeitsplätze und einem schonenden Umgang mit der Natur für die nächsten 30 Jahre bekennen. Es besteht jedoch keine Gewähr, dass die Genehmigungen auf dieser Grundlage verlängert bzw. neu erteilt werden. Mithin kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Investitionen an den betroffenen Standorten notwendig werden, die Produktionskosten weiter steigen und ggf. sogar die Schließung dieser Produktionsstandorte erforderlich sein kann. Die Verminderung fester und flüssiger Produktionsrückstände in der Kaliproduktion wird auch weiterhin zu den Schwerpunkten unserer Forschungs- und Entwicklungstätigkeit gehören.

Am Runden Tisch Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion haben auf Initiative der Länder Hessen und Thüringen sowie von K+S zwischen März 2008 und Februar 2010 Werra-Anrainer, Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Verbände über langfristige Lösungen zur Verbesserung der Gewässerqualität beraten. Der Auftrag an die Teilnehmer am Runden Tisch: Er soll Lösungen vorschlagen, die zugleich weitere Verbesserungen des ökologischen Zustands von Werra und Weser, einen Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Kaliindustrie sowie die Stärkung der wirtschaftlichen Strukturen in den betroffenen Regionen beinhalten. Insgesamt 16 Mal haben sich die Teilnehmer am Runden Tisch getroffen und eine Vielzahl an Maßnahmen für den Umgang mit salzhaltigen Abwässern geprüft. Außerdem wurden externe Vorschläge bewertet und eine Reihe von Gutachten in Auftrag gegeben.

In seiner abschließenden Sitzung am 9. Februar 2010 hat der Runde Tisch empfohlen, spätestens ab 2020 die Einleitung von Salzabwasser in die Werra und dessen Versenkung in den Untergrund vollständig einzustellen und eine Fernleitung zur Nordsee zu realisieren. Dabei lässt er jedoch offen, wie dies auf Grundlage der gemeinsam mit den Ländern Hessen und Thüringen definierten und am Runden Tisch akzeptierten Entscheidungskriterien bis 2020 erreicht werden kann. So findet die Entscheidung des Niedersächsischen Landtags gegen den Bau einer Leitung keine Berücksichtigung,

Fragen der betriebswirtschaftlichen Angemessenheit und Finanzierbarkeit werden ausgeklammert. Darüber hinaus ist noch unklar, inwieweit durch den Fernleitungsbau die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie erreicht werden können. K+S hat daher der Empfehlung des Runden Tisches nicht zugestimmt.

Da die dauerhafte lokale Entsorgung von einigen Seiten in Frage gestellt wird, kann eine langfristige Genehmigung des derzeitigen Konzepts nicht als gesichert angenommen werden. Deshalb hat sich K+S aus Gründen vorausschauender Sorgfalt entschlossen, parallel zur Umsetzung der lokalen Maßnahmen auch Genehmigungsanträge für standortferne Entsorgungswege, d.h. Fernleitungen zur Oberweser und zur Nordsee, vorzubereiten. Dies geschieht ungeachtet des Umstands, dass die mit den Ländern Hessen und Thüringen definierten und vom Runden Tisch akzeptierten Prüfkriterien für Fernleitungen aus Sicht des Unternehmens derzeit nicht erfüllt sind. Dies muss jedoch der Fall sein, bevor eine Entscheidung über den Bau einer Fernleitung getroffen werden kann – eine solche Entscheidung ist mit der Vorbereitung der Anträge daher nicht verbunden.

Das Kaliwerk Neuhoof-Ellers hat die Versenkung von Salzabwässern in den Plattendolomit nach vollständiger Inanspruchnahme des Versenkraums einstellen müssen. Um die ordnungsgemäße Entsorgung der dort anfallenden Haldenwässer gewährleisten zu können, erfolgt im Einklang mit geltenden Genehmigungen bis zur Fertigstellung der Mitte 2010 beantragten Planfeststellung für die Salzabwasserleitung der Transport der Salzabwässer per Bahn und LKW zum nächstgelegenen Standort, dem Werk Werra.

Entsorgung von festen Produktionsrückständen

An den Gewinnungsstandorten des Geschäftsbereichs Kali- und Magnesiumprodukte werden feste Rückstände derzeit im Rahmen bestehender Genehmigungen aufgehaldet. Sollten Aufhaldungsgenehmigungen widerrufen oder notwendige Haldenerweiterungen nicht oder nur unter unzumutbar hohen Auflagen genehmigt werden, fehlt den Betrieben die Entsorgungsmöglichkeit für diese Rückstände. Die alternative Verbringung der Rückstände als Feuchtversatz in die vorhandenen Grubenhohlräume ist nur in begrenztem Umfang möglich. Auf längere Sicht stößt die Versatzeinbringung physisch an Grenzen, da hierbei nur eine wesentlich geringere Verdichtung erreicht wird, als sie das Rohsalz in der Lagerstätte aufweist. Darüber hinaus würden hohe Zusatzkosten verursacht, die in keinem wirtschaftlich vertretbaren Verhältnis zum Aufwand stehen. Mögliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe bewerten wir als wesentlich.

Haldenerweiterung

Das Verwaltungsgericht Hannover hat am 18. November 2009 den Klagen vom BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) und vom Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) stattgegeben und den Planfeststellungsbeschluss des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie Niedersachsen (LBEG) vom 10. August 2007 sowie den Änderungsbeschluss vom 13. März 2009 zur Haldenerweiterung des Werks Sigmundshall aufgehoben. Im Planfeststellungsbeschluss war die Abdeckung

der Halde eine Voraussetzung für die Erweiterung der Aufhaltung von Produktionsrückständen. Die Urteile des Verwaltungsgerichts beziehen sich ausschließlich auf die von K+S vorgesehene Art der Abdeckung der Halde, deren Eignung für eine langzeitsichere, eigenständige Begrünung der Halde in Frage gestellt wurde. Die weitere Aufhaltung von Rückständen aus der Kaliaufbereitung wurde vom Verwaltungsgericht nicht als unzulässig angesehen. Die zuständige Bergbehörde hat gegen die beiden Urteile Berufung eingelegt, die K+S Kali GmbH wird sie im weiteren Prozess unterstützen. Derzeit ergeben sich kurzfristig keine Einschränkungen für den Betrieb des Kaliwerks Sigmundshall. Langfristige Auswirkungen lassen sich derzeit noch nicht abschätzen. Mögliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe bewerten wir mittelfristig als moderat.

Sicherheitsleistungen

Die Forderung nach insolvenz sicheren Sicherheitsleistungen für die Ewigkeitskosten der Haldenverwahrung und für betriebseigene Deponien ist in Zukunft nicht auszuschließen. Bereits heute werden die erforderlichen Aufwendungen für die planmäßige Nachsorge der Halden bilanziell über Rückstellungen abgebildet. Sofern zusätzlich zur Rückstellungsbildung Sicherheitsleistungen hinterlegt werden müssten, würden finanzielle Mittel gebunden; dies könnte den finanziellen Spielraum des Unternehmens begrenzen. Mögliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe bewerten wir mittelfristig als moderat.

Risiken aus der Veränderung von Arbeitsplatzgrenzwerten

Risiken für unsere Bergbauaktivitäten können aus der EU-Initiative zur Festsetzung von indikativen Arbeitsplatzgrenzwerten für Stickstoffmonoxid (NO) und Stickstoffdioxid (NO₂) sowie Kohlenmonoxid (CO) entstehen, da solche Grenzwerte von erheblicher Bedeutung für die Genehmigung der Bergbauaktivitäten, und somit die Produktion unter Tage, sein können. Durch eine intensive Zusammenarbeit zwischen der EU-Kommission, den nationalen Regierungen sowie den betroffenen Unternehmen und deren Interessenverbänden sollen langfristig sinnvolle, realistische Grenzwerte erreicht werden. Würden Grenzwerte deutlich herabgesetzt, könnten erhebliche Investitionen zur Einhaltung der Grenzwerte notwendig werden. Sollten die Arbeitsplatzgrenzwerte derart verschärft werden, dass die Produktion an den betreffenden Standorten unter Einhaltung dieser Grenzwerte mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand oder technisch insgesamt nicht mehr möglich wäre, könnte uns dies sogar zwingen, diese Standorte langfristig zu schließen. Mittelfristig sind Beeinträchtigungen möglich, die wir derzeit als moderat einschätzen.

Risiken aus der Reduzierung des Anti-Dumping-Schutzes

Die K+S Gruppe steht im Düngemittelgeschäft auch mit Produzenten aus Russland und Weißrussland im Wettbewerb, die entweder in Staatseigentum stehen, in erheblichem Maße Subventionen, wie z. B. verbilligte Gaslieferungen oder vergünstigte Eisenbahntransporte, empfangen oder sonst direkt oder indirekt von Seiten des Staates finanzielle Unterstützung erfahren. Diese Wettbewerber können dadurch ihre Produkte zu besseren

Konditionen anbieten als solche Hersteller, die keine vergleichbare staatliche Unterstützung erhalten. Im Jahr 2006 wurden die Regelungen zum Anti-Dumping-Schutz gegen unfairen Wettbewerb mit Kalidüngemitteln aus Russland und Weißrussland für den europäischen Markt bis Mitte 2011 erneuert; eine weitere Verlängerung wird angestrebt. Nachdem sich der Wettbewerbsdruck in der EU in den Jahren bis 2008 aufgrund der hohen Kalinachfrage auf dem Weltkalimarkt und den zwischenzeitlich eingetretenen deutlichen Preiserhöhungen in Grenzen hielt, führte die Veränderung der Marktsituation im Geschäftsjahr 2009 zu einer Zunahme des Wettbewerbsdrucks in Europa, auch aus den genannten Ländern. Eine weitere Verschärfung des Wettbewerbsdrucks könnte dazu führen, dass wir einen größeren Anteil unserer Produkte in Übersee vermarkten müssen. Es ist jedoch nicht gewährleistet, dass die Absatzrückgänge in Europa durch Absatzsteigerungen in Übersee ausgeglichen werden können. Das Schadenpotenzial infolge von zukünftigen abgeschwächten oder entfallenden Anti-Dumping-Maßnahmen hängt vom Absatzerfolg in Übersee und der jeweiligen Kosten- und Preissituation ab. Das mögliche Risiko einer Aufweichung oder eines Wegfalls der europäischen Anti-Dumping-Vorschriften wird vor dem Hintergrund des derzeit auf den Weltmärkten vorherrschenden Preisniveaus als moderat eingeschätzt.

Steuerrechtliche Risiken

Im Bereich der Energiesteuern können die als energieintensive Unternehmen eingestufteten Tochtergesellschaften der K+S Gruppe in Deutschland derzeit den so genannten Spitzenausgleich nutzen. Die maßgeblichen Regelungen wurden von der EU-Kommission bis 2012 genehmigt und gewähren Unternehmen des produzierenden Gewerbes für bestimmte Energieerzeugnisse und Strom, die sie zu betrieblichen Zwecken verwenden, Entlastungen von der Energie- und der Stromsteuer. Im Rahmen des Haushaltskonsolidierungsgesetzes wurde dieser Spitzenausgleich mit Wirkung ab 2011 leicht abgesenkt. Dadurch ergibt sich eine leichte Verteuerung unserer energieintensiven Produktion in Deutschland. Für eine Nachfolgeregelung ab 2013 werden politisch bereits erste Überlegungen angestellt. Wir beteiligen uns aktiv an dieser Diskussion, um einen Fortbestand dieser oder eine vergleichbare Anschlussregelung zu erreichen. Ein vollständiger Wegfall des Spitzenausgleichs ist möglich und würde im Vergleich zu der in 2010 noch bestehenden Rechtslage zu energiesteuerlichen Mehrbelastungen und zu Wettbewerbsnachteilen für unsere inländischen energieintensiven Unternehmen führen, die wir jedoch als moderat einschätzen.

Operative und strategische Risiken

Risiken aus Akquisitionen und Investitionen

Unsere Vision und Mission stecken den Rahmen für unsere Geschäftstätigkeit und die strategische Ausrichtung der K+S Gruppe ab und sollen unseren Mitarbeitern, Aktionären, Fremdkapitalgebern, Kunden, Lieferanten und der Öffentlichkeit die Grundlage für unser Denken und Handeln erläutern. Dazu berät der Vorstand gemeinsam mit den Geschäftsbereichsleitungen regelmäßig die strategische Ausrichtung mit ihren Chancen und Risiken.

Aus einer Erweiterung der Geschäftstätigkeit durch Akquisitionen ergeben sich Chancen, aber auch Risiken. An jede Akquisition sowie Erweiterungsinvestition stellen wir gruppenweit die anspruchsvollen Renditeanforderungen. K+S beobachtet das Marktumfeld hinsichtlich geeigneter Akquisitionsprojekte bzw. Kooperationen. Wenn es unter strategischen Gesichtspunkten vorteilhaft erscheint, akquirieren oder verkaufen wir Unternehmen bzw. Unternehmensteile. Von zentraler Bedeutung sind insoweit Unternehmensbewertungen, in welche die Erkenntnisse aus Unternehmensdaten (Due Diligence) und weiterer Analysen einfließen. Getätigte Akquisitionen werden von Integrationsteams intensiv begleitet. Zusätzlich erfolgen bei bedeutsamen Investitions- und Akquisitionsprojekten Nachkontrollen. Risiken könnten sich aus der Integration von Mitarbeitern, Prozessen, Technologien und Produkten ergeben. Unerwartet hohe Integrationskosten können die Realisierung der geplanten Ziele und Synergien gefährden. Zudem können Akquisitionen den Verschuldungsgrad und die Finanzierungsstruktur nachteilig beeinflussen sowie zu einem Anstieg der langfristigen Vermögensgegenstände, einschließlich der Geschäfts- und Firmenwerte, führen. Abschreibungen auf solche Vermögensgegenstände aufgrund unvorhergesehener Geschäftsentwicklungen können zu Belastungen führen.

Die K+S Gruppe ist derzeit dabei, das kanadische Unternehmen Potash One vollständig zu übernehmen. Potash One besitzt mehrere Kali-Explorationslizenzen in der kanadischen Provinz Saskatchewan einschließlich eines bereits fortgeschrittenen Greenfield-Projekts zur Errichtung eines Solbetriebs. K+S erwartet im Endausbau des Legacy-Projekts eine Produktionskapazität von mindestens 2,7 Mio. t Kaliumchlorid pro Jahr. Die Realisierung dieser Produktionskapazität würde ein Investitionsvolumen von insgesamt rund 2,5 Mrd. USD in Saskatchewan umfassen. Die Gesellschaft wird in Saskatchewan, Kanada, angesiedelt sein. Alle im Rahmen des Projekts getroffenen Annahmen und Schätzungen unterliegen potenziellen geschäftlichen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Unwägbarkeiten. Das Risiko besteht derzeit darin, dass die Erwartungen nicht erfüllt werden könnten, obwohl im Vorfeld der Übernahme eine intensive Due Diligence durchgeführt wurde und die geologischen, technischen, rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen geprüft wurden. Faktoren, die zu gravierenden Beeinflussungen führen könnten, wären z.B. unerwartete geologische Störungen, technische Schwierigkeiten bei der Erschließung der Lagerstätte sowie Änderungen der lokalen Gesetzgebung, Genehmigungen und Vorschriften. Die genannten Einflüsse könnten unter Umständen zu einem Wertberichtigungsbedarf auf das erworbene Vermögen führen und eine wesentliche Wirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, sind jedoch derzeit unwahrscheinlich. Weitere Informationen zur Akquisition von Potash One finden Sie im Nachtragsbericht auf den Seiten 48 f.

Bei zukünftigen Akquisitionen, Kooperationen und Investitionen besteht das Risiko, dass diese durch politische Restriktionen nur unter erschwerten Bedingungen oder überhaupt nicht getätigt werden können. Dies könnte interessante Rohstofflagerstätten in bestimmten, politisch instabilen Regionen betreffen. Ein daraus resultierender Mangel an geeigneten Akquisitionsobjekten könnte die Wachstumsaussichten der K+S Gruppe deutlich beeinträchtigen. Geeignete Partner könnten diese Risiken mindern bzw. unsere Chancen verbessern. Wesentliche Beeinträchtigungen halten wir hier für unwahrscheinlich.

Risiken aus Lieferantenausfällen und Lieferengpässen

Die Anzahl der Lieferanten für Roh- und Hilfsstoffe wie Ammoniak (siehe Ausführungen zum Preisrisiko aus der Verteuerung von Ammoniak), Phosphat, Sprengstoffe, schwefelarmen Dieseltreibstoff sowie die erforderliche technische Ausstattung einschließlich Ersatzteile, die wir von externen Anbietern beziehen, ist begrenzt. Lieferboykotte, Lieferengpässe oder -ausfälle, auf die wir nur sehr begrenzt oder gar keinen Einfluss haben, könnten zu einer eingeschränkten Verfügbarkeit von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie bergbauspezifischer Maschinenausstattung und Ersatzteilen und damit zu einer erheblichen Kostensteigerung oder einer Produktionsbeeinträchtigung führen. Mit Marktanalysen, gezielter Lieferantenauswahl bzw. -bewertung, langfristigen Liefervereinbarungen, klar definierten Qualitätsstandards sowie modernen Einkaufsmethoden verringern wir diese Beschaffungsrisiken. Ein verbleibendes Beschaffungsrisiko könnte moderate Einflüsse auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben; wir halten den Schadeneintritt jedoch für unwahrscheinlich.

Energiekosten- und Energieversorgungsrisiken

Die Energiekosten der K+S Gruppe (2010: 265,8 Mio. €) werden insbesondere durch den Verbrauch von Erdgas bestimmt. Dies gilt in unterschiedlicher Ausprägung für sämtliche Geschäftsbereiche. Energiepreise sind häufig starken Schwankungen unterworfen. Deutliche Energiepreissteigerungen gegenüber dem aktuellen Preisniveau können in Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Zur Begrenzung dieses Risikos wird der Erdgasbedarf unserer Kali- und Salzproduktion durch die Nutzung von Dampf aus Ersatzbrennstoff-Heizwerken kontinuierlich reduziert. Das Preisrisiko beim Erdgasbezug wird darüber hinaus durch folgende Instrumente abgemildert: Neben der gezielten Nutzung von Festpreisvereinbarungen (z.B. vertragliche Sicherung der Erdgaspreise für bis zu zwei Jahre bei Morton Salt) haben wir mit einigen Lieferanten auch Energielieferverträge mit Zeitverzugsklauseln vereinbart. Für das verbleibende Restrisiko kommen selektiv Absicherungsgeschäfte zum Einsatz. Es besteht keine Gewähr, dass wir uns gegen Preisschwankungen bei Energieträgern vollständig absichern oder Energiekostensteigerungen an unsere Kunden weitergeben können. Ferner sind wir auf die Zuverlässigkeit der Energielieferungen angewiesen, so dass bei kurzfristiger Unterbrechung des Gasbezugs Risiken für die Versorgungssicherheit bestehen. Risiken aus Energiekosten und Energieversorgung, die eine moderate Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, halten wir für möglich.

Risiken aus der Verteuerung von Ammoniak

Die Herstellkosten der von BASF für uns produzierten stickstoff- und phosphathaltigen Düngemittel werden in hohem Maße von den Weltmarktpreisen für Ammoniak und Phosphat bestimmt. Bei schwieriger werdendem Wettbewerbsumfeld mag es bei Stickstoffdüngemitteln nicht immer gelingen, Kostensteigerungen in vollem Umfang über die Preise weiterzugeben; das daraus erwachsende mögliche Risiko für K+S wird jedoch als moderat eingestuft.

Frachtkosten- und Transportverfügbarkeitsrisiken

Die Gesamtkosten der K+S Gruppe werden in nicht unerheblichem Maße von Frachtkosten (2010: 790,0 Mio. €) beeinflusst. Während die Produkte unseres Geschäftsbereichs Kali- und Magnesiumprodukte in unseren sechs Bergwerken in Deutschland gefördert werden, erzielten wir im vergangenen Jahr 40 % des Umsatzes in Europa außerhalb von Deutschland und 45% in Übersee. Im Geschäftsbereich Salz haben wir Produktionsstätten in Europa, Nord- und Südamerika. Kennzeichnend für die Geschäftstätigkeit ist der zum Teil lange Transportweg, den unsere Produkte bei gleichzeitig hohen Transportvolumina zurücklegen müssen. Eine Verknappung des zur Verfügung stehenden Frachtraums könnte zu höheren Kosten für den Transport führen. Ferner entstehen bei steigenden Mineralölpreisen erhebliche Mehrkosten. Es besteht keine Gewähr, dass steigende Transportkosten stets an die Kunden weitergegeben werden können. Durch langfristige Frachtraumsicherung mit hohem Festpreisanteil und Nutzung kostengünstiger Container-Transporte begegnen wir solchen Entwicklungen; darüber hinaus kommen selektiv auch Absicherungsgeschäfte zum Einsatz, um die Effekte aus Preisschwankungen zu begrenzen. Die hohe Transportintensität unserer Geschäftstätigkeit bedingt zudem eine erhebliche Abhängigkeit von Infrastruktureinrichtungen wie Häfen, Straßen, Bahnstrecken und Verladestationen. Ein Ausfall oder Engpass könnte die Produktions- oder Absatzmöglichkeiten einschränken. Entsprechende Beeinträchtigungen aus steigenden Frachtraten oder eingeschränkter Transportverfügbarkeit halten wir für möglich, sehen sie aber in Relation zu den erwarteten Ergebnissen als moderat an.

Produktionstechnische Risiken

Die Produktionsanlagen der K+S Gruppe, die unter anderem für Bergbauaktivitäten, Verarbeitung von Rohstoffen und Einlagerung von Gefahrstoffen genutzt werden, zeichnen sich durch eine hohe Leistungsfähigkeit aus. Aufgrund von Betriebs- und Unfallrisiken, denen die Anlagen, Produktionsstätten, Läger und Verladeanlagen ausgesetzt sind, können Betriebsstörungen eintreten und Personenschäden, Sachschäden und Umweltbelastungen entstehen. Durch den Einsatz vielfältiger Überwachungs-, Erkundungs- und Kontrollsysteme wollen wir potenzielle Produktionsrisiken frühzeitig erkennen und entsprechend reagieren. Mit einer Vielzahl von Maßnahmen zur Qualitätssicherung, vorbeugender Instandhaltung und kontinuierlicher Anlagenkontrolle werden diese Risiken verringert. Dazu tragen auch Zertifizierungen nach internationalen Normen und die ständige Weiterentwicklung unserer Anlagen und Produkte bei. Für Feuer- und damit verbundene Produktionsausfälle sowie für anderweitige Betriebsunterbrechungen haben wir entsprechende Versicherungen abgeschlossen. Aufgrund unserer Vorsorgemaßnahmen bewerten wir die verbleibenden möglichen produktionstechnischen Risiken als moderat.

Risiken aus Umweltschäden durch Gebirgsschlag

Unsere Bergbauaktivitäten beinhalten das bergbauspezifische Risiko einer plötzlich auftretenden großflächigen und unter Umständen starken Absenkung der Erdoberfläche (Gebirgsschlag). Sollte dies eintreten, könnte es neben dem teilweisen oder vollständigen Verlust des Bergwerks und der Beschädigung der Anlagen zu erheblichen Schädigung-

gen am Eigentum Dritter sowie zu Personenschäden und Todesfällen kommen. Zur Sicherung der Tagesoberfläche, der langzeitsicheren Standfestigkeit und somit der Vermeidung von solchen Gebirgsschlägen trägt unsere auf umfangreiche Forschungsarbeiten gestützte, fachgerechte Dimensionierung der Salzpfeiler in den Grubengebäuden bei. Eine ständige Überwachung der Grubengebäude liefert ggf. rechtzeitig Hinweise, ob zusätzliche Maßnahmen zur Sicherung der Grubengebäude und zur Vermeidung von Bergschäden erforderlich sind. Solche negativen Einflüsse hätten eine wesentliche Wirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe, sind jedoch unwahrscheinlich.

Risiken aus Kohlendioxid-Einschlüssen in Lagerstätten

Kohlendioxid-Einschlüsse stellen in bestimmten Bergwerken ein latentes Gefahrenpotenzial dar. Sollte Kohlendioxid aus diesen Einschlüssen unkontrolliert ausbrechen, könnte die K+S Gruppe für damit im Zusammenhang stehende Schäden oder Verletzungen haftbar gemacht werden, Schäden an eigenem Gerät erleiden und Produktionseinschränkungen oder -ausfällen ausgesetzt sein. Um Auswirkungen auf Menschen, Maschinen und Lagerstätten so gering wie möglich zu halten, wird die Gewinnung unter Tage stets unter Beachtung von besonderen Sicherheitsrichtlinien für eventuelle CO₂-Ausbrüche durchgeführt. Das mögliche Schadenpotenzial halten wir für moderat.

Risiken aus Wasserzutritt

Grundsätzlich bestehen in Grubenbetrieben unter Tage hydrogeologische Risiken, die – sofern nicht beherrschbar – wesentliche Schäden nach sich ziehen könnten. Zur Absicherung der Gruben erfolgt eine umfangreiche Exploration mittels Seismik, Bohrungen und Georadar. Die Einhaltung von Schutzschichten gegen wasserführendes Gebirge und die Dimensionierung der Sicherheitspfeiler gewährleisten eine höchstmögliche Grubensicherheit. Durch kontinuierliche, planmäßige Instandhaltungsmaßnahmen ist ein Zuflussrisiko von Grundwasser über den Schachtausbau nahezu auszuschließen. Wegen der Höhenlage der Schachtansatzpunkte ist auch bei Hochwasser nicht mit dem Zutritt von Oberflächenwässern in die Grubengebäude zu rechnen. Aufgrund unserer umfangreichen Vorsorgemaßnahmen halten wir dieses Risiko für unwahrscheinlich.

Risiken aus Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten

Die für uns relevanten Märkte unterliegen nur einem begrenzten technologischen Wandel. Unsere eigenen Entwicklungsaktivitäten haben wir durch Forschungsk Kooperationen mit industriellen Partnern und auch Hochschulen intensiviert. So werden laufend technische Möglichkeiten zur Optimierung von Produktionsverfahren untersucht. Dabei stehen die Verringerung fester und flüssiger Produktionsrückstände in der Kaliproduktion sowie Chancen zur Kostensenkung im Vordergrund. Zudem betreiben wir bei landwirtschaftlichen Kunden eine intensive Anwendungsberatung, durch die wir künftige Bedürfnisse frühzeitig erkennen können. Selbst moderate Beeinträchtigungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aus unseren Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten halten wir für unwahrscheinlich.

Personalrisiken

Kompetenz und Engagement unserer Mitarbeiter sind wichtige Faktoren für unsere erfolgreiche Entwicklung. Zur Sicherung und Stärkung dieser Faktoren trägt unsere Berufsausbildung bei, auch im Hinblick auf den demografischen Wandel. Durch praxisorientierte Nachwuchsförderung, gezielte Weiterbildungsmaßnahmen und Förderung von Potenzialträgern erweist sich die K+S Gruppe als attraktiver Arbeitgeber, der insbesondere auch Führungskräfte langfristig an sich binden kann. Mit dieser Strategie und einer verstärkten Zusammenarbeit mit ausgewählten Hochschulen bieten wir qualifizierten Mitarbeitern vielversprechende berufliche Perspektiven. Schlüsselpositionen werden regelmäßig im Hinblick auf eine vorausschauende Nachfolgeplanung analysiert, geeignete Kandidaten werden auf diese Aufgaben vorbereitet. Weitere Elemente unserer Personalstrategie sind eine zielgruppenorientierte Betreuung und Beratung sowie attraktive Anreizsysteme. Darüber hinaus pflegt die K+S Gruppe ein gutes und konstruktives Verhältnis zu ihren Mitarbeitern und deren Gewerkschaften, in denen diese, insbesondere in Deutschland und in Nordamerika, traditionell weitgehend organisiert sind. Insgesamt halten wir selbst moderate Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aufgrund der beschriebenen Personalrisiken für unwahrscheinlich.

Compliance-Risiken

Die Einhaltung von geltendem Recht, Unternehmensrichtlinien und vom Unternehmen anerkannte regulatorische Standards sind integrierter Bestandteil der Unternehmenskultur und damit Aufgabe und Verpflichtung eines jeden Mitarbeiters. Zur Sicherstellung regelkonformen Verhaltens haben wir ein konzernweites Compliance-Programm etabliert, welches u. a. Mitarbeiterschulungen zu den Risikofeldern Kartell-/Wettbewerbsrecht und Anti-Korruption vorsieht. Schwerwiegende Verstöße durch einzelne Mitarbeiter, die eine wesentliche Wirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, halten wir für unwahrscheinlich. Eine detaillierte Darstellung unseres Compliance-Systems finden Sie in der Erklärung zur Unternehmensführung auf Seite 4.

Informationstechnische Risiken

Unsere IT-Systeme unterstützen nahezu alle Unternehmensfunktionen in hohem Maße. Unser Management von informationstechnischen Risiken orientiert sich an der Norm DIN ISO 31000 Risikomanagement – Grundsätze und Richtlinien. Mit der Einrichtung eines an der Norm DIN ISO 27001 ausgerichteten IT-Sicherheits-Management-Systems wurde eine wesentliche Voraussetzung für das Management von IT-Risiken geschaffen. Um unsere Geschäftsprozesse vor derartigen Risiken zu schützen, wurden Strukturen eingerichtet und Maßnahmen ergriffen, die das Eintreten von Risiken unwahrscheinlich machen. Hierbei ist die redundante Auslegung der IT-Systeme und ihrer Infrastruktur von besonderer Bedeutung. So wird unser Rechenzentrum als Zwei-Standorte-System betrieben, und auch die Komponenten der Infrastruktur (Stromversorgung, Datenleitungen etc.) sind doppelt ausgelegt. Den gewachsenen Sicherheitsanforderungen an die IT-Organisation werden wir durch die Funktionen IT-Compliance, den IT-Sicherheitsbeauftragten und den Datenschutzbeauftragten gerecht. Unsere betrieblichen Konzepte, z.B. in den Bereichen Monitoring, Datensicherung, Zugangs-

kontrolle, Störungsmanagement und Business Continuity Management, sichern in einem hohen Maße die Verfügbarkeit der IT-Systeme. Kurzfristige Auswirkungen aufgrund von IT-Risiken schätzen wir als moderat ein. Den Schadeneintritt halten wir für unwahrscheinlich. Die Anfang 2010 begonnene IT-technische Integration von Morton Salt wird voraussichtlich im Jahr 2012 mit der Bereitstellung aller benötigten IT-Funktionalitäten abgeschlossen sein. Für Potash One ist geplant, alle SAP-Module für das Projekt- und Investitionscontrolling im ersten Halbjahr 2011 zur Verfügung zu stellen.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Die K+S Gruppe ist aufgrund der weltweiten operativen Geschäftstätigkeit verschiedenen finanziellen Risiken ausgesetzt. Hierzu zählen das Preisänderungsrisiko (bestehend aus Währungs- und Zinsänderungsrisiko), das Ausfallrisiko, das Liquiditätsrisiko sowie daraus resultierende Zahlungsstromschwankungen. Marktpreisrisiken im Sinne von Energiepreisrisiken, Risiken aus der Veränderung von Frachtraten und aus der Verteuerung von Ammoniak bewerten wir als operative Risiken; diese werden auf Seite 40. beschrieben. Kommen zur Absicherung gegen die jeweiligen Risiken derivative Finanzinstrumente zum Einsatz, werden diese bei der Beschreibung des Risikomanagements in Bezug auf Finanzinstrumente auf Seite 29 weitergehend erläutert.

Risiken durch Wechselkursschwankungen

Ein Währungsrisiko resultiert aus Geschäften, die nicht in unserer funktionalen Währung (Euro) abgeschlossen werden. Bei diesem Risiko unterscheiden wir weiter zwischen Transaktions- und Translationsrisiken.

Während ein großer Anteil der Umsätze der K+S Gruppe in Euro abgerechnet wird, lag der Umsatzanteil in US-Dollar im Geschäftsjahr 2010 bei knapp 40% des Konzernumsatzes. Daneben wurden Umsätze in untergeordneter Größenordnung auch in anderen Landeswährungen (z.B. kanadischer Dollar, chilenischer Peso und britisches Pfund) getätigt. Unsere Geschäftstätigkeit ist deshalb den Schwankungen der Wechselkurse zwischen dem Euro und den verschiedenen anderen Währungen ausgesetzt. Dies kann dazu führen, dass bei Geschäften der Wert der erbrachten Leistung nicht mit dem Wert der erhaltenen Gegenleistung übereinstimmt, weil Einnahmen und Ausgaben in unterschiedlichen Währungen entstehen (Transaktionsrisiken). Wechselkursschwankungen, insbesondere gegenüber dem US-Dollar, spielen vor allem im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte eine bedeutende Rolle.

Darüber hinaus wirken sich Währungseffekte auch im Geschäftsbereich Salz aus, wo ein wesentlicher Teil der Ergebnisse und Cashflows in US-Dollar und kanadischem Dollar erzielt und in die Konzernwährung Euro umgerechnet wird (Translationsrisiken). Derartige Translationsrisiken bestehen auch in Bezug auf das Nettovermögen von Tochtergesellschaften, deren funktionale Währung nicht der Euro ist, was zu stichtagsbedingten Schwankungen im Eigenkapital führen kann. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf den im Oktober 2009 abgeschlossenen Erwerb von Morton Salt, der zu einem bedeutenden Anteil an Fremdwährungs-Aktiva geführt hat.

Wechselkursschwankungen können sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken. Um diesen Wechselkursrisiken entgegenzuwirken, setzen wir derivative Finanzinstrumente ein (siehe Risikomanagement in Bezug auf Finanzinstrumente auf Seite 29). Im Rahmen der Transaktionssicherung werden die Nettopositionen, also die aus Fremdwährungsumsätzen resultierenden Einzahlungen abzüglich der Auszahlungen in Fremdwährung mit Hilfe von Derivaten, i. d. R. durch Optionen und Termingeschäfte, gegen Kursschwankungen gesichert. Sicherungsgeschäfte werden auf fakturierte Forderungen und auf erwartete Nettopositionen auf der Grundlage geplanter Umsätze abgeschlossen. Die Nettopositionen werden hierbei anhand der Erlös- und Kostenplanung unter Anwendung von Sicherheitsabschlägen bestimmt und fortlaufend aktualisiert, um Über- oder Untersicherungen zu vermeiden. Daneben werden auch geplante Ergebnisse gegen Translationsrisiken gesichert, sofern diese von wesentlicher Bedeutung sind. In Relation zu den derzeitigen Ergebnissen halten wir das mögliche Risiko aus Wechselkursschwankungen für moderat.

Risiken aus einer Veränderung des allgemeinen Zinsniveaus

Das Zinsänderungsrisiko resultiert aus marktbedingten Schwankungen des allgemeinen Zinsniveaus. Eine Veränderung wirkt sich einerseits auf die Höhe von Zinszahlungen, andererseits auf die Marktwerte von Finanzinstrumenten aus.

Die Finanzverbindlichkeiten zum 31. Dezember 2010 sind nahezu komplett durch Festzinsfinanzierungen gegen einen Zinsanstieg gesichert. Die Geldanlagen haben überwiegend eine kurzfristige Zinsbindung. Steigende Zinsen würden das Finanzergebnis und die damit einhergehenden Zahlungsströme auf Basis der Vermögens- und Kapitalstruktur zum 31. Dezember 2010 tendenziell verbessern, fallende Zinsen würden zu einer Verschlechterung führen. Zur Steuerung dieses Risikos werden daher regelmäßig Zinsanalysen erstellt. Eine Veränderung, insbesondere einen Anstieg, des allgemeinen Zinsniveaus gegenüber der in der Mittelfristplanung unterstellten Annahme halten wir für möglich, die Auswirkungen bewerten wir als moderat.

Risiken aus dem Forderungsausfall von Kunden und Ausfallrisiko von Finanzinstituten

Unter diesem Ausfallrisiko ist das teilweise oder vollständige Ausbleiben von vertraglich zugesicherten Verpflichtungen seitens eines oder mehrerer Vertragspartner zu verstehen.

Wir unterhalten mit vielen Kunden ausgedehnte Geschäftsbeziehungen. Sollten einer oder mehrere Großkunden nicht in der Lage sein, ihre vertraglichen Verpflichtungen uns gegenüber zu erfüllen oder zahlungsunfähig werden, könnten uns hieraus entsprechende Verluste entstehen. Risiken aus Zahlungsausfällen sind bei uns größtenteils durch Kreditversicherungen gedeckt. Der Verzicht auf eine Forderungssicherung erfolgt nur nach einer kritischen Überprüfung der Kundenbeziehung und einer ausdrücklichen Genehmigung, die abhängig von der Größenordnung durch die Geschäftsbereichsleitung bzw. durch das zuständige Vorstandsmitglied erfolgen muss. Konzernweit sind mehr als 80% aller versicherbaren Forderungen gegen einen Ausfall gesichert.

Ausfallrisiken bestehen auch im Hinblick auf Finanzinstitute, mit denen wir Sicherungsgeschäfte abgeschlossen haben, bei denen Kreditlinien bestehen oder Geldanlagen getätigt wurden. Dieses Risiko hat sich in jüngster Zeit aufgrund der Finanzkrise erhöht und wird dadurch begrenzt, dass Finanzgeschäfte nur mit Instituten guter Bonität getätigt werden. Hierzu wird die Bonität der Finanzinstitute fortlaufend überwacht.

Bürgschaften und Ausfallgarantien bestehen lediglich zwischen Gesellschaften der K+S Gruppe, nicht jedoch für Dritte.

Ein potenzieller Forderungsausfall bzw. Ausfall einer Bank könnte zu einer moderaten Beeinträchtigung der Finanzlage der K+S Gruppe führen. Aufgrund der vorgenommenen Maßnahmen zur Forderungssicherung bzw. der beschriebenen Auswahl der Finanzinstitute sowie der Diversifizierung halten wir dies jedoch für unwahrscheinlich.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko besteht darin, dass zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen benötigte Finanzmittel nicht termingerecht beschafft werden und infolgedessen erhöhte Refinanzierungskosten anfallen können. Aus diesem Grund bestehen die wesentlichen Ziele unseres Liquiditätsmanagements in der Sicherstellung jederzeitiger Zahlungsfähigkeit und der steten Erfüllung vertraglicher Zahlungsverpflichtungen. Der Liquiditätsbedarf wird grundsätzlich über die Liquiditätsplanung ermittelt und ist über zugesagte Kreditlinien und flüssige Mittel gedeckt.

Die Liquiditätssteuerung erfolgt über ein gruppenweites Cashpool-System durch die zentrale Treasury-Einheit. Bei Geldanlagen verfolgen wir das Ziel, die Erträge aus liquiden Mitteln risikoarm zu optimieren. Bei allen Anlageformen dürfen definierte Bonitätsanforderungen an die Emittenten nicht unterschritten werden. Im Geschäftsjahr 2010 haben wir das Fälligkeitsprofil der Finanzierungsinstrumente der K+S Gruppe optimiert. Dazu wurden zwei revolvingende Kreditlinien zu einer Konsortialkreditlinie mit günstigeren Konditionen zusammengefasst und ihre Fälligkeit von April 2012 bis Juli 2015 verlängert. Darüber hinaus bestehen derzeit nicht in Anspruch genommene bilaterale Rahmenkreditvereinbarungen. Besondere Abhängigkeiten von einzelnen Kreditgebern bestehen nicht. Im Rahmen der bestehenden Kreditlinien ist die K+S Gruppe Verpflichtungen (Financial Covenants) eingegangen, bestimmte Finanzkennzahlen einzuhalten. Im Fall eines Verstoßes gegen diese Verpflichtungen ist eine vorzeitige Kündigung dieser Finanzierungen durch die Fremdkapitalgeber möglich. Eine Verletzung der derzeit gültigen Financial Covenants erscheint aufgrund deutlich positiver Finanzkennzahlen jedoch unwahrscheinlich. Die im September 2009 emittierte Anleihe mit einem Volumen von 750 Mio. € und einer Laufzeit von fünf Jahren unterliegt nicht der Pflicht zur Einhaltung bestimmter Finanzkennzahlen. Mit Blick auf die Fälligkeitsstruktur unserer Verbindlichkeiten halten wir für die K+S Gruppe ein wesentliches Liquiditäts- oder Finanzierungsrisiko für unwahrscheinlich.

FÄLLIGKEITSPROFIL DER FINANZVERBINDLICHKEITEN DER K+S GRUPPE (ANGABEN IN MIO. €)



Risiken aus einer Veränderung des Unternehmensratings

Ratings dienen der Beurteilung der Bonität von Unternehmen und werden i. d. R. von externen Ratingagenturen durchgeführt. Das Rating liefert insbesondere für Kreditinstitute und institutionelle Investoren Anhaltspunkte zur Zahlungsfähigkeit von Unternehmen und hat u. a. Auswirkungen auf die Kosten und Verfügbarkeit von Finanzierungsmöglichkeiten.

Wir sind derzeit von den Ratingagenturen „Standard & Poor’s“ und „Moody’s Investors Service“ im „Investment Grade“ bewertet. Während der Ausblick von Standard & Poor’s angesichts unserer starken Finanzkennzahlen „positiv“ lautet, wird er von Moody’s „stabil“ eingestuft (Standard & Poor’s Emittenten-Rating: BBB positiver Ausblick, Moody’s Emittenten-Rating: Baa2 stabiler Ausblick). Ratingherabstufungen, insbesondere der Verlust der Einstufung in die Kategorie „Investment Grade“, könnten sich negativ auf Finanzierungsbedingungen auswirken. Herabstufungen können beispielsweise die Stellung von Sicherheiten gegenüber Gläubigern erfordern sowie die Bereitschaft von Geschäftspartnern, mit der K+S Gruppe Geschäfte zu tätigen, beeinträchtigen. Bei bestehenden Kreditlinien müssten unter Umständen höhere Zinsmargen gezahlt werden; gleichzeitig könnten sich neue Kreditlinien verteuern. Wir halten das Risiko einer Herabstufung des Kreditratings, insbesondere in den „Non-Investment“-Bereich, für unwahrscheinlich; die Wirkung bewerten wir als moderat.

Entwicklung der Kreditratings

STANDARD & POOR'S

Datum	Rating	Ausblick
17. Januar 2011	BBB	positiv
29. Oktober 2010	BBB	stabil
30. November 2009	BBB	stabil
27. August 2009	BBB	negativ
18. Juni 2009	BBB+	negativ
23. April 2009	BBB+	stabil

MOODY'S

Datum	Rating	Ausblick
29. November 2010	Baa2	stabil
31. März 2010	Baa2	stabil
4. September 2009	Baa2	negativ
23. April 2009	Baa2	stabil

Beurteilung der Gesamtrisikosituation

Die Einschätzung des Gesamtrisikos erfolgt auf Grundlage des Risikomanagementsystems in Kombination mit den eingesetzten Planungs-, Steuerungs- und Kontrollsystemen. Zu den wesentlichen potenziellen Risiken der zukünftigen Entwicklung der K+S Gruppe gehören insbesondere Risiken aus Schwankungen von Angebot und Nachfrage und Risiken aus der Veränderung bzw. Versagung behördlicher Genehmigungen. Zum jetzigen Zeitpunkt sind auf Basis der Erkenntnisse unserer mittelfristigen Planung keine gravierenden Risiken für die zukünftige Entwicklung erkennbar, die einzeln oder in Wechselwirkung mit anderen Risiken zu einer dauerhaften und bestandsgefährdenden Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe führen könnten. Künftige Chancen sind in die Beurteilung des Gesamtrisikos nicht eingeflossen. Organisatorisch haben wir alle Voraussetzungen geschaffen, um mögliche Chancen und Risiken frühzeitig erkennen und entsprechend handeln zu können.

Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres ergaben sich keine signifikanten Änderungen bei den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bzw. unserer Branchensituation.

K+S erwirbt Mehrheitsanteil an Potash One

Die K+S Aktiengesellschaft und Potash One hatten am 22. November 2010 eine Vereinbarung unterzeichnet, wonach K+S allen Potash One Aktionären ein Angebot zum Erwerb sämtlicher Aktien zu einem Preis von 4,50 CAN\$ (Transaktionsvolumen: 434 Mio. CAN\$ bzw. rund 325 Mio. €) unterbreitete. Potash One besitzt mehrere Kali-Explorationslizenzen in der kanadischen Provinz Saskatchewan einschließlich des Legacy Projekts – ein fortgeschrittenes Greenfield-Projekt zur Errichtung eines Solbetriebs.

Das formelle Übernahmeangebot wurde am 13. Dezember 2010 an die Inhaber der Potash One Aktien versandt; die Annahmefrist endete am 18. Januar 2011.

Am 19. Januar 2011 hat K+S bekanntgegeben, dass innerhalb der Angebotsfrist 81% der Potash One Aktien angedient worden waren. Die Frist wurde bis zum 4. Februar verlängert, um den verbleibenden Aktionären die Möglichkeit zu geben, ihre Aktien anzudienen. Am 7. Februar gaben wir bekannt, dass sich die Andienungsquote auf 90,9% erhöht hat. Da das Angebot von mehr als 90% der Potash One Aktionäre angenommen wurde, werden die verbleibenden ausstehenden Potash One Aktien durch ein Ausschlussverfahren im Rahmen des Canada Business Corporations Act erworben. Mitte Mai 2011 sollte die vollständige Übernahme von Potash One erfolgt sein.

Darüber hinaus gibt es keine für die K+S Aktiengesellschaft zu berichtenden Ereignisse von besonderer Bedeutung.

Prognosebericht

Die Ergebnisentwicklung der K+S Aktiengesellschaft hängt maßgeblich von der Entwicklung der Tochtergesellschaften ab. Für die K+S Gruppe wird die folgende Entwicklung prognostiziert:

Derzeit zieht weltweit sowohl die Nachfrage als auch das Preisniveau mineralischer Düngemittel an. Auch das Salzgeschäft wird im laufenden Jahr wahrscheinlich von einer erneut überdurchschnittlichen Auftausalznachfrage profitieren. Für die Geschäftsentwicklung im Jahr 2011 rechnen wir daher aus heutiger Sicht mit einem spürbaren Anstieg des Umsatzes. Da der erwartete Kostenanstieg voraussichtlich hinter dem Umsatzanstieg zurückbleiben wird, sehen wir beim operativen Ergebnis EBIT I wie auch beim Konzernergebnis sogar gute Chancen einer deutlichen Steigerung gegenüber den entsprechenden Vorjahreswerten.

Weltweit nur begrenzt zur Verfügung stehende Agrarflächen und wahrscheinlich über einen längeren Zeitraum erhöhte Agrarpreise werden Landwirte weltweit motivieren, ihre Flächenerträge je Hektar zu steigern. Hierzu bedarf es insbesondere in den Schwellenländern einer erhöhten Düngeintensität, sodass im Jahr 2012 von einer weiteren Nachfragesteigerung bei gleichzeitig hoch ausgelasteten Produktionskapazitäten ausgegangen werden darf. Preispotentiale insbesondere für Kali- und Magnesiumdüngemittel sind daher möglich. Aufgrund des witterungsbedingt guten Starts des Auftausalzgeschäfts sowohl in Europa als auch in Nordamerika erwarten wir für den Geschäftsbereich Salz im Jahr 2011 einen gegenüber dem Spitzenjahr 2010 stabilen Umsatz auf hohem Niveau; auf der Kostenseite werden insbesondere höhere Frachtkosten sowie Verkäufe aus Beständen zu einem moderat rückläufigen operativen Ergebnis führen. Im Vergleich zu den Vorjahreswerten ist daher für die K+S Gruppe im Jahr 2012 insgesamt von einer stabilen Umsatz- und einer sich moderat verbessernden Ergebnisentwicklung auszugehen.

Unser Ausblick für die Jahre 2011 und 2012 stützt sich u. a. auf folgende Prämissen:

- anhaltend attraktive Agrarpreise;
- höhere Durchschnittserlöse sowie stabile Absatzvolumina im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte (erwartete Absatzmenge in beiden Jahren: rund 7 Mio. t);
- 22 bis 23 Mio. t Festsalzabsatz in 2011 sowie etwa 21 Mio. t in 2012 (Normaljahr);
- ein US-Dollarkurs von 1,35 USD/EUR;
- deutlich steigende Energiekosten in 2011 und eine stabile Kostenentwicklung im darauf folgenden Jahr auf Basis eines Ölpreisniveaus von knapp 90 US\$ pro Barrel und der für uns maßgeblichen Energievertragsklauseln;
- eine mit 26 bis 27% stabile bereinigte Konzernsteuerquote.

Darüber hinaus bleibt es Schwerpunkt unserer Strategie, in den angestammten Geschäftsfeldern weiter zu wachsen; dies schließt Akquisitionen und Kooperationen ein.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter der K+S Aktiengesellschaft

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Aktiengesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der K+S AG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der K+S AG beschrieben sind.

Kassel, 1. März 2011

K+S Aktiengesellschaft

Der Vorstand

ZUKUNFTSBEZOGENE AUSSAGEN

DIESER LAGEBERICHT ENTHÄLT ANGABEN UND PROGNOSEN, DIE SICH AUF DIE KÜNFTIGE ENTWICKLUNG DER K+S AG UND IHRER GESELLSCHAFTEN BEZIEHEN. DIE PROGNOSEN STELLEN EINSCHÄTZUNGEN DAR, DIE WIR AUF BASIS ALLER UNS ZUM JETZIGEN ZEITPUNKT ZUR VERFÜGBARHEIT STEHENDEN INFORMATIONEN GETROFFEN HABEN. SOLLTEN DIE DEN PROGNOSEN ZUGRUNDE GELEGTE ANNAHMEN NICHT EINTREFFEN ODER RISIKEN – WIE DIE IM RISIKOBERICHT ANGESPROCHENEN – EINTRETEN, SO KÖNNEN DIE TATSÄCHLICHEN ERGEBNISSE VON DEN ZURZEIT ERWARTETEN ERGEBNISSEN ABWEICHEN.

Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben in T €	2010	2009
Umsatzerlöse	63.959	64.497
Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen	71.251	65.822
Bruttoergebnis vom Umsatz	-7.292	-1.325
Vertriebskosten	2.823	1.738
Allgemeine Verwaltungskosten	34.143	25.628
Forschungskosten	4.732	4.589
Sonstige betriebliche Erträge	27.264	42.172
Sonstige betriebliche Aufwendungen	38.384	140.171
Beteiligungsergebnis	480.548	228.124
Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	10
Zinsergebnis	-64.950	-52.300
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit / Ergebnis vor Ertragsteuern	355.488	44.535
Außerordentliches Ergebnis	-11.006	-
Ergebnis vor Ertragsteuern	344.482	44.535
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	126.660	1.779
Jahresüberschuss	217.822	42.756
Gewinnvortrag	7.870	3.394
Bilanzgewinn	225.692	46.150

Bilanz

Angaben in T€	31.12.2010	31.12.2009
Immaterielle Vermögensgegenstände	161	142
Sachanlagen	16.957	17.102
Finanzanlagen	2.291.593	2.262.749
Anlagevermögen	2.308.711	2.279.993
Vorräte	1.129	3.840
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	699.251	533.751
Wertpapiere	-	151.995
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	556.554	312.073
Umlaufvermögen	1.256.934	1.001.659
Rechnungsabgrenzungsposten	6.408	14.890
AKTIVA	3.572.053	3.296.542

Entwicklung des Anlagevermögens

Angaben in T€	Bruttobuchwerte				Stand am 31.12.2010
	Stand am 01.01.2010	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	
Immaterielle Vermögensgegenstände					
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.197	185	73	16	6.325
Geleistete Anzahlungen	16	-	-	-16	0
	6.213	185	73	0	6.325
Sachanlagen					
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	57.008	10	2.022	13	55.009
Technische Anlagen und Maschinen	29.944	1.081	1.791	-	29.234
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.946	1.163	672	10	16.447
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	28	261	-	-23	266
	102.926	2.515	4.485	0	100.956
Finanzanlagen					
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.260.618	29.718	-	-	2.290.336
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	27.879	42	705	-	27.216
Beteiligungen	66	-	-	-	66
Ausleihungen an sonstige Beteiligungen	600	-	180	-	420
Sonstige Ausleihungen und andere Finanzanlagen	144	5	46	-	103
	2.289.307	29.765	931	-	2.318.141
Anlagevermögen	2.398.446	32.465	5.489	0	2.425.422

Angaben in T€	31.12.2010	31.12.2009
Gezeichnetes Kapital	191.400	191.400
Kapitalrücklage	701.616	701.609
Gewinnrücklagen	285.480	282.980
Bilanzgewinn	225.692	46.150
Eigenkapital	1.404.188	1.222.139
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	31.415	86.311
Steuerrückstellungen	49.379	1.280
Sonstige Rückstellungen	145.997	140.052
Rückstellungen	226.791	227.643
Verbindlichkeiten	1.941.074	1.846.760
PASSIVA	3.572.053	3.296.542

Abschreibungen						Nettobuch-werte	
Stand am 01.01.2010	Zugänge	Abgänge	Umbuchung	Zuschreibung	Stand am 31.12.2010	Stand am 31.12.2010	Stand am 31.12.2009
6.071	166	73	-	-	6.164	161	126
-	-	-	-	-	-	0	16
6.071	166	73	-	-	6.164	161	142
46.981	291	1.977	-	-	45.295	9.714	10.027
26.265	921	1.790	-	-	25.396	3.838	3.679
12.578	1.397	667	-	-	13.308	3.139	3.368
-	-	-	-	-	-	266	28
85.824	2.609	4.434	-	-	83.999	16.957	17.102
26.537	-	-	-	-	26.537	2.263.799	2.234.081
10	-	-	-	10	0	27.216	27.869
-	-	-	-	-	-	66	66
-	-	-	-	-	-	420	600
11	-	-	-	-	11	92	133
26.558	-	-	-	10	26.548	2.291.593	2.262.749
118.453	2.775	4.507	-	10	116.711	2.308.711	2.279.993

Anhang

Allgemeine Grundlagen

Der Jahresabschluss der K+S Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2010 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches und des Aktiengesetzes aufgestellt. Im Interesse einer übersichtlicheren Darstellung sind in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Posten zusammengefasst. Diese Posten werden im Anhang gesondert aufgeführt und erläutert. Die einzelnen Posten des Jahresabschlusses werden in Tausend € (T€) dargestellt.

Die Anwendung der Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) erfolgt erstmals für das Geschäftsjahr 2010. Gemäß den Übergangsvorschriften des BilMoG wurde eine Anpassung der Vorjahreszahlen an die neuen Bilanzierungsvorschriften nicht vorgenommen.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Immaterielle Vermögensgegenstände

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Software wird nach vollständiger Abschreibung als Abgang ausgewiesen. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen wird außerplanmäßig auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben. Selbstgeschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden nicht aktiviert.

Sachanlagen

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich Abschreibungen bewertet. Die Herstellungskosten von selbsterstellten Anlagen enthalten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch anteilige Gemeinkosten einschließlich Abschreibungen.

Bewegliche Anlagegüter, die vor dem 1. Januar 2010 erworben wurden, werden überwiegend degressiv abgeschrieben. Bewegliche Anlagegüter, die nach dem 31. Dezember 2009 erworben wurden sowie unbewegliche Anlagegüter werden linear abgeschrieben. Aus der Änderung der Abschreibungsmethoden für bewegliche Anlagegüter ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens- und Ertragslage.

Die Abschreibungssätze richten sich nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Diese beträgt überwiegend für Bauten 14 bis 33 Jahre, für technische Anlagen und Maschinen 3 bis 25 Jahre, für andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung 3 bis 10 Jahre. Geringwertige Anlagegüter werden im Erwerbsjahr voll abgeschrieben und nach fünf Jahren als Abgänge ausgewiesen.

Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Sind die Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung entfallen, erfolgt eine Wertaufholung. Strecken und Grubenbaue werden nicht aktiviert.

Finanzanlagen

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten oder im Falle einer voraussichtlich dauernden Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag bewertet.

Ausleihungen werden zu Anschaffungskosten oder bei unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Darlehen zum Barwert angesetzt. Erkennbaren Risiken wird durch die Vornahme außerplanmäßiger Abschreibungen Rechnung getragen.

Vorräte

Die Vorräte werden zu Anschaffungskosten oder Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips angesetzt. In die Herstellungskosten sind neben den Einzelkosten angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten und die Abschreibungen des Anlagevermögens einbezogen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen sind entsprechend ihrer Fristigkeit zum Nenn- oder Barwert angesetzt. Einzelrisiken werden durch Abschreibungen, das allgemeine Kreditrisiko durch eine Pauschalwertberichtigung berücksichtigt.

Sonstige Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Wertpapiere

Wertpapiere sind mit Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag bewertet, soweit sie nicht als Deckungsvermögen i.S.d. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit ihrem beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind.

Rechnungsabgrenzungsposten

Das Wahlrecht gemäß § 250 Abs. 3 HGB zur aktivischen Abgrenzung von Disagien aus der Aufnahme von Verbindlichkeiten wird ausgeübt.

Vermögens-, Ertrags- und Aufwandsverrechnung

Für Vermögensgegenstände, die ausschließlich der Erfüllung von Verpflichtungen aus Pensionszusagen sowie von Erfüllungsrückständen aus Altersteilzeitverpflichtungen dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind (Deckungsvermögen i.S.d. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB), erfolgt die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert. In der Gewinn- und Verlustrechnung werden Erträge und Aufwendungen aus diesen Vermögensgegenständen mit dem Aufwand aus der Aufzinsung der entsprechenden Verpflichtungen saldiert und der Saldo im Zinsergebnis ausgewiesen. In der Bilanz werden diese Vermögensgegenstände mit der jeweils zugrunde liegenden Verpflichtung verrechnet. Die sich ergebenden Verpflichtungsüberhänge werden unter den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (Verpflichtungen aus Pensionszusagen) und unter den sonstigen Rückstellungen (Erfüllungsrückstände aus Altersteilzeitverpflichtungen) ausgewiesen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Der Erfüllungsbetrag von Pensionsverpflichtungen wird unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Bei der Festlegung des laufzeitkongruenten Rechnungszinssatzes wird von dem Wahlrecht nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB Gebrauch gemacht. Die Pensionsverpflichtungen werden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Zum Abschlussstichtag ergibt sich ein Rechnungszins in Höhe von 5,16%.

Der angenommene Gehalts- bzw. Rententrend beträgt jeweils 1,8%. Die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren auf den Heubeck'schen Sterbetafeln (2005G).

Der einmalige Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen aus der erstmaligen Anwendung des BilMoG wurde im Geschäftsjahr vollständig im außerordentlichen Ergebnis aufwandswirksam verrechnet. Auf eine Ansammlung des Zuführungsbetrags über maximal 15 Jahre wurde verzichtet.

Übrige Rückstellungen

Übrige Rückstellungen werden für alle ungewissen Verbindlichkeiten und für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften unter Berücksichtigung erwarteter künftiger Preis- und Kostensteigerungen gebildet. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem laufzeitadäquaten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, der von der Deutschen Bundesbank ermittelt und bekannt gegeben wird, abgezinst.

Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen zum Gruben- und Schachtversatz werden mit dem Barwert der zukünftig zu erwartenden Aufwendungen bewertet. Der Barwertermittlung werden dabei der aktuelle Durchschnittsdiskontierungssatz für bergbauliche Verpflichtungen in Höhe von 4,83% und eine jährliche Preissteigerungsrate in Höhe von 1,5% zu Grunde gelegt. Der Diskontierungssatz basiert auf dem gewichteten Durchschnitt der durch die Bundesbank veröffentlichten Diskontierungssätze. Die bergbaulichen Rückstellungen umfassen auch Rückbauverpflichtungen. Rückstellungen für Bergschädenwagnisse werden auf Basis von Schadenfällen der Vergangenheit ermittelt, um dem tatsächlichen Risiko Rechnung zu tragen. Die Rückstellungen für Dienstjubiläen werden für die zurückgelegten Dienstzeiten nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage des modifizierten Teilwertverfahrens ermittelt. Die Ermittlung des Erfüllungsbetrags von Altersteilzeitverpflichtungen erfolgt nach dem Barwertverfahren.

Aufwendungen, die sich durch die Neubewertung der Rückstellungen auf Grund der erstmaligen Anwendung des BilMoG ergaben, werden im außerordentlichen Ergebnis dargestellt. Soweit sich aus der Neubewertung von Rückstellungen ein Auflösungsbeitrag ergeben hätte, der bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste, wurden die zum 31. Dezember 2009 gebildeten Rückstellungsbeträge in

Übereinstimmung mit Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB vollständig beibehalten. Der Betrag der Überdeckung zum Abschlussstichtag ist bei den Erläuterungen zu den Sonstigen Rückstellungen angegeben.

Im Rahmen der erstmaligen Anwendung des BilMoG wurden Aufwandsrückstellungen i.S.v. § 249 Abs. 2 HGB a.F. in Höhe von 2.500 T€ erfolgsneutral aufgelöst. Der Betrag wurde unmittelbar in die Gewinnrücklagen eingestellt.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Latente Steuern

Latente Steuern werden für zeitliche Unterschiede zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten gebildet. Hierbei werden bei der K+S Aktiengesellschaft neben Unterschieden bei eigenen Bilanzpositionen auch Ansatz- und Bewertungsunterschiede bei Organgesellschaften berücksichtigt. Verlust- und Zinsvorträge werden berücksichtigt, insoweit eine Verrechnung mit steuerpflichtigem Einkommen innerhalb der nächsten fünf Jahre realisierbar ist. Bei der Bewertung der latenten Steuern wird der kombinierte Ertragsteuersatz des Organkreises der K+S Aktiengesellschaft in Höhe von 28,2 % zu Grunde gelegt. Dieser enthält neben der Körperschaftsteuer von 15,0 % und dem darauf zu entrichtenden Solidaritätszuschlag von 5,5 % den durchschnittlichen Gewerbesteuersatz in Höhe von 12,4 %.

Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung wird in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt. Im Falle einer insgesamt bestehenden Steuerentlastung wird vom Aktivierungswahlrecht des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB kein Gebrauch gemacht.

Passive Unterschiedsbeträge ergeben sich zum Abschlussstichtag aus Ansatz- und Bewertungsunterschieden bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sonstigen Vermögensgegenständen sowie Rücklagen nach § 6b Abs. 3 EStG. Aktive Unterschiedsbeträge resultieren im Wesentlichen aus Buchwertunterschieden bei bergrechtlichen Rückstellungen, Pensionsrückstellungen und im Anlagevermögen. Nach Saldierung der aktiven und passiven Unterschiedsbeträge verbleibt im Berichtsjahr ein Aktivüberhang, der in der Bilanz nicht angesetzt wurde.

Bewertungseinheiten und derivative Finanzinstrumente

Es wurden im Geschäftsjahr keine Bewertungseinheiten i.S.v. § 254 HGB gebildet. Die Bilanzierung von derivativen Finanzinstrumenten erfolgt in Übereinstimmung mit den allgemeinen handelsrechtlichen Bilanzierungsgrundsätzen imparitätisch. Aktivishe derivative Finanzinstrumente werden maximal zu den Anschaffungskosten bilanziert. Sofern der Zeitwert unter den Anschaffungskosten liegt, erfolgt eine Abwertung auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert. Bei negativem beizulegenden Zeitwert wird eine Rückstellung für drohende Verluste gebildet. Passivishe derivative Finanzinstrumente werden mindestens in Höhe der erhaltenen Stillhalterprämie angesetzt. Soweit

der negative beizulegende Zeitwert die passivierte Verbindlichkeit übersteigt, wird eine Rückstellung für drohende Verluste gebildet.

Umrechnung von Fremdwährungsbeträgen

Die Anschaffungskosten von Vermögensgegenständen aus Bezügen in fremder Währung und die Erlöse aus Verkäufen in fremder Währung werden zu Kursen im Zeitpunkt der Entstehung erfasst.

Verbindlichkeiten in Fremdwährung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bewertet. Alle übrigen Fremdwahrungsverbindlichkeiten werden mit ihrem Umrechnungskurs bei Entstehung oder dem höheren Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bewertet.

Forderungen in Fremdwährung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bewertet. Alle übrigen Fremdwährungsforderungen werden mit ihrem Umrechnungskurs bei Entstehung oder dem niedrigeren Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bewertet.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der Bruttobuchwerte und Abschreibungen der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist gesondert dargestellt.

Finanzanlagen

Die Aufstellung über den Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB ist gesondert in der Anhangsangabe „Aufstellung des Anteilsbesitzes“ dargestellt.

VORRÄTE

Angaben in T €	2010	2009
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.129	946
Unfertige Erzeugnisse	-	2.894
	1.129	3.840

FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSWERTE

Angaben in T €	2010	2009
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	15.094	18.710
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	657.345	478.689
Sonstige Vermögensgegenstände	26.812	36.352
	699.251	533.751

Von den Forderungen gegen verbundene Unternehmen entfallen 76.489 T€ (Vorjahr: 116.958 T€) auf Forderungen aus dem konzerninternen Zahlungsverkehr, 548.922 T€ (Vorjahr: 302.106 T€) auf Forderungen aus Ergebnisabführung und 2 T€ (Vorjahr: 38.082 T€) auf Beteiligungserträge. Im Übrigen betreffen sie vornehmlich Lieferungen und Leistungen.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 5.311 T€ (Vorjahr: 7.115 T€) sowie sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 487 T€ (Vorjahr: 6.083 T€) haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten betrifft in Höhe von 2.318 T€ ein Disagio i.S.v. § 250 Abs. 3 HGB.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital der K+S Aktiengesellschaft beträgt 191,4 Mio. € und ist in 191,4 Millionen nennwertlose Inhaber-Stückaktien eingeteilt. Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der K+S Aktiengesellschaft bis zum 9. Mai 2011 gegen Bar- oder Sacheinlagen einmal oder mehrmals, insgesamt jedoch um höchstens 82,5 Mio. € durch Ausgabe von höchstens 82,5 Mio. neuen auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Im Rahmen einer Kapitalerhöhung sind im Jahr 2009 26,4 Mio. € in Anspruch genommen worden, so dass am Abschlussstichtag ein genehmigtes Kapital in Höhe von 56,1 Mio. € besteht. Bei Durchführung der Kapitalerhöhung ist den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen.

Der Vorstand kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre in den folgenden Fällen ausschließen, und zwar insgesamt bis zu einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von 41,25 Mio. € (entsprechend 41,25 Mio. Stückaktien):

- für Spitzenbeträge, die infolge des Bezugsrechts entstehen
- bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn die Kapitalerhöhung 10 % des Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabebetrag für die neuen Aktien den maßgeblichen Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet; als maßgeblicher Börsenpreis gilt dabei der gewichtete Durchschnitt der Börsenpreise der Aktien im Computer-Handelssystem XETRA während der letzten zehn Börsentage vor Zeichnung der neuen Aktien
- bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen, wenn die neuen Aktien beim Erwerb eines Unternehmens oder einer Unternehmensbeteiligung als Gegenleistung eingesetzt werden sollen.

Der Vorstand wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung aus dem genehmigten Kapital festzulegen.

Angaben zu eigenen Anteilen

Im Geschäftsjahr hat die Gesellschaft 200.024 eigene Aktien zu einem durchschnittlichen Kurs von 41,81 € erworben. Der rechnerisch maximale Anteil der erworbenen Aktien am Grundkapital betrug 0,1 % und der auf die erworbenen Anteile entfallende Betrag des Grundkapitals belief sich auf 200 T€. Die Veräußerung der Aktien an Mitarbeiter und am freien Markt erfolgte zu einem durchschnittlichen Kurs von 41,85 €. Der aus dem Mehrerlös resultierende Differenzbetrag in Höhe von 7 T€ ist entsprechend § 272 Abs. 1b S. 3 HGB in die Kapitalrücklage eingestellt worden. Zum Abschlussstichtag hält die Gesellschaft keine eigenen Anteile.

KAPITALRÜCKLAGE

Angaben in T €	2010	2009
Stand am 1. Januar	701.609	39.140
Zuführung im Rahmen der Kapitalerhöhung	-	662.469
Einstellung Differenzbetrag aus der Veräußerung eigener Anteile	7	-
Stand am 31. Dezember	701.616	701.609

ANDERE GEWINNRÜCKLAGEN

Angaben in T €	2010	2009
Stand am 1. Januar	282.980	282.978
Umbuchung Rücklage für eigene Anteile	-	2
Einstellung von Beträgen aus der erstmaligen Anwendung des BilMoG	2.500	-
Stand am 31. Dezember	285.480	282.980

Die Einstellung des Betrags aus der erstmaligen Anwendung des BilMoG resultiert aus der erfolgsneutralen Auflösung von Aufwandsrückstellungen i.S.v. § 249 Abs. 2 HGB a.F. in Höhe von 2.500 T€.

BILANZGEWINN

Angaben in T €	2010	2009
Stand am 1. Januar	46.150	399.394
Dividendenausschüttung	- 38.280	- 396.000
Jahresüberschuss	217.822	42.756
Stand am 31. Dezember	225.692	46.150

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen bestehen keine Fehlbeträge. Im Rahmen des Bilanzausweises wurden erstmals Pensionsrückstellungen mit Vermögensgegenständen, die dem Zugriff aller Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Pensionsverpflichtungen dienen, verrechnet.

Der Erfüllungsbetrag der Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen beträgt zum Bilanzstichtag 102.820 T€ (ohne Berücksichtigung von Verpflichtungen aus Entgeltumwandlungen von Arbeitnehmern). Verrechnet mit dem beizulegenden Zeitwert des

Deckungsvermögens in Höhe von 71.405 T€ ergibt sich ein Bilanzansatz für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen in Höhe von 31.415 T€. Des Weiteren bestehen Verpflichtungen aus Entgeltumwandlungen von Arbeitnehmern („deferred compensation“) in Höhe von 1.436 T€, die durch kongruente Versicherungsverträge rückgedeckt sind. Der Erfüllungsbetrag wurde vollständig mit dem beizulegenden Zeitwert der Versicherungsverträge (1.436 T€) verrechnet.

Das Deckungsvermögen umfasst Wertpapiere, Rückdeckungsversicherungsverträge und Guthaben bei Kreditinstituten. Die Wertpapiere sind mit ihren Marktpreisen und Guthaben bei Kreditinstituten mit ihrem Nennwert zum Abschlussstichtag bewertet. Der beizulegende Zeitwert der Rückdeckungsversicherungsverträge wurde anhand des geschäftsplanmäßigen Deckungskapitals der Verträge zuzüglich eines ggf. vorhandenen Guthabens aus Überschussbeteiligung ermittelt. Die Anschaffungskosten des Deckungsvermögens betragen 71.145 T€.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen tragen allen erkennbaren Risiken angemessen Rechnung. Sie ergeben sich hauptsächlich aus bergbaulichen Verpflichtungen. Daneben bestehen vornehmlich Rückstellungen für Personalverpflichtungen.

Der sich auf Grund der BilMoG-Umstellung ergebende Überdeckungsbetrag der sonstigen Rückstellungen i.S.v. Art. 67 Abs. 1 S. 4 EGHB beträgt zum Abschlussstichtag 5.911 T€.

Im Rahmen des Bilanzausweises wurden erstmals Rückstellungen für Erfüllungsrückstände aus Altersteilzeitverpflichtungen mit Vermögensgegenständen, die dem Zugriff aller Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Altersteilzeitverpflichtungen dienen, verrechnet.

RÜCKSTELLUNGEN FÜR ALTERSTEILZEIT

Angaben in T €	2010
Erfüllungsbetrag der Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen	4.499
Beizulegender Zeitwert des Deckungsvermögens	2.909
Nettowert der Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen (Rückstellung)	1.590
Anschaffungskosten des Deckungsvermögens	2.645

Das Deckungsvermögen umfasst Wertpapiere und Guthaben bei Kreditinstituten. Die Wertpapiere sind mit ihren Marktpreisen und Guthaben bei Kreditinstituten mit ihrem Nennwert zum Abschlussstichtag bewertet.

VERBINDLICHKEITEN

Angaben in T €	2010	2009
Anleihe	750.000	750.000
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	693	300.008
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.421	11.926
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.169.686	770.508
Sonstige Verbindlichkeiten	16.274	14.318
	1.941.074	1.846.760

Von den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen entfallen 1.058.003 T€ (Vorjahr: 604.990 T€) auf Verbindlichkeiten aus dem konzerninternen Zahlungsverkehr sowie in Höhe von 30.167 T€ aus Darlehensverbindlichkeiten. Im Übrigen betreffen sie vornehmlich Verbindlichkeiten aus Verlustübernahme in Höhe von 67.291 T€ (Vorjahr: 112.064 T€).

Die Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr betreffen:

Angaben in T €	2010	2009
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	693	8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.421	11.926
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.169.576	733.508
Sonstige Verbindlichkeiten	14.795	13.479
	1.189.485	758.921

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen hatten im Vorjahr in Höhe von 37.000 T€ eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren. Sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von 332 T€ (Vorjahr: 839 T€) haben eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren.

Von den sonstigen Verbindlichkeiten entfallen auf:

Angaben in T €	2010	2009
Steuern	3099	561
Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit	-	10

HAFTUNGSVERHÄLTNISSE

Angaben in T €	2010	2009
Patronatserklärung	767	767

Die Patronatserklärung beinhaltet die Sicherungsleistung auf Ausgleichs- und Herrichtungsmaßnahmen der Torf- und Humuswerk Uchte GmbH. Die Gesellschaft ist eine 100 %ige mittelbare Beteiligungsgesellschaft der K+S Aktiengesellschaft. Das Risiko einer Inanspruchnahme aus der Patronatserklärung für die Tochtergesellschaft wird aufgrund deren guter Finanz-, Vermögens- und Ertragslage als gering eingestuft.

NICHT IN DER BILANZ ENTHALTENE GESCHÄFTE UND SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Angaben in T €	2010	2009
Verpflichtungen aus noch nicht abgeschlossenen Investitionen	518	584
Verpflichtungen aus langfristigen Miet-, Leasing- und Serviceverträgen		
fällig im Folgejahr	5.781	5.593
- davon an verbundene Unternehmen	5.015	4.802
fällig im 2. bis 5. Jahr	20.672	20.084
- davon an verbundene Unternehmen	20.060	19.209
	26.971	26.261

Es bestehen Ergebnisabführungsverträge mit verbundenen Unternehmen, die auch eine Verlustübernahme beinhalten.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

UMSATZ NACH TÄTIGKEITSGEBIETEN

Angaben in T €	2010	2009
Tierhygiene	34.198	32.906
Sonstiges	29.761	31.591
	63.959	64.497

UMSATZ NACH REGIONEN

Angaben in T €	2010	2009
Inland	63.444	64.266
Übriges Europa	187	194
Übersee	328	37
	63.959	64.497

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Angaben in T €	2010	2009
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	5.736	8.128
Erträge aus Leistungsverrechnung an Gruppengesellschaften	4.796	659
Erträge aus Vermietung und Verpachtung	2.849	2.829
Erträge aus Kurssicherungsgeschäften	2.794	742
Erträge aus Abgängen von Sachanlagen	2.123	659
Kostenerstattung aus der Übertragung von Vorräten	3.061	8.174
Kursgewinne	1.557	8.558
Übrige Erträge	4.348	12.423
	27.264	42.172

Erträge in Höhe von 8.676 T€ (Vorjahr: 9.327 T€) sind anderen Geschäftsjahren zuzurechnen und ergeben sich im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungen.

Die Erträge aus der Währungsumrechnung betragen 1.558 T€.

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

Angaben in T €	2010	2009
Aufwendungen aus Kurssicherungsgeschäften	11.037	64.011
Aufwendungen aus der strategischen Unternehmensentwicklung	9.498	7.149
Aufwendungen aus der Übertragung von Vorratsvermögen	3.061	8.174
Aufwendungen für Altersvorsorge	2.638	2.675
Aufwendungen für stillgelegte Werke	1.050	21.077
Aufwendungen für Wohnungswirtschaft	996	1.041
Kursverluste	262	3.947
Steuerliche Mehrabschreibung gem. § 6b EStG auf Anlagevermögen	-	512
Nebenkosten der Kapitalerhöhung	-	22.687
Aufwendungen für Konsortialkredit	-	926
Sonstiges	9.842	8.072
	38.384	140.271

Aufwendungen in Höhe von 612 T€ (Vorjahr: 303 T€) sind anderen Geschäftsjahren zuzurechnen.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung betragen 263 T€.

BETEILIGUNGSERGEBNIS

Angaben in T €	2010	2009
Erträge aus Gewinnabführung	548.922	302.106
Erträge aus Beteiligungen	2	38.082
- davon aus verbundenen Unternehmen	-	38.079
Aufwendungen aus Verlustübernahme von verbundenen Unternehmen	68.376	112.064
	480.548	228.124

Die Erträge aus der Gewinnabführung setzen sich im Wesentlichen aus der Ergebnisabführung der K+S KALI GmbH, der K+S Salz GmbH sowie der K+S Nitrogen GmbH zusammen.

Die Aufwendungen aus Verlustübernahme betreffen im Wesentlichen das Jahresergebnis der K+S Beteiligungs GmbH.

ZINSERGEBNIS

Angaben in T €	2010	2009
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.932	3.418
- davon aus verbundenen Unternehmen	779	1.165
Erträge aus anderen Wertpapieren, Ausleihungen und anderen Finanzanlagen	834	2.456
- davon aus verbundenen Unternehmen	796	2.401
Zinsaufwand in den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen	-2.855	-5.056
Aufwendungen aus der Aufzinsung sonstiger langfristiger Rückstellungen (netto)	-3.885	-
Übrige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-63.976	-53.118
- davon an verbundene Unternehmen	-2.223	-6.893
	-64.950	-52.300

Bei den Aufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen und sonstigen langfristigen Rückstellungen handelt es sich seit dem Geschäftsjahr 2010 jeweils um den Nettobetrag nach Verrechnung mit Erträgen und Aufwendungen aus dem Deckungsvermögen. In den Aufwendungen aus der Aufzinsung von Pensionsrückstellungen wurden Erträge aus Deckungsvermögen in Höhe von 3.154 T€ verrechnet (Bruttoaufwendungen vor Verrechnung: 6.009 T€). In den Aufwendungen aus der Aufzinsung sonstiger Rückstellungen wurden Erträge aus Deckungsvermögen in Höhe von 32 T€ verrechnet (Bruttoaufwendungen vor Verrechnung: 3.917 T€).

AUSSERORDENTLICHES ERGEBNIS

Angaben in T €	2010	2009
Außerordentliche Erträge	3.288	-
Außerordentliche Aufwendungen	-14.294	-
	-11.006	-

Die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen des Geschäftsjahres sind durch die erstmalige Anwendung der Vorschriften des BilMoG entstanden. Sie resultieren aus der zum 1. Januar 2010 vorgenommenen Neubewertung der Pensionsrückstellungen (Aufwand 9.210 T€, Ertrag 3.288 T€), der bergbaulichen Rückstellungen (Aufwand 4.583 T€), der Rückstellungen für Altersteilzeit (Aufwand 261 T€) und der Jubiläums-

rückstellungen (Aufwand 240 T€). In den außerordentlichen Aufwendungen (14.294 T€) wurden Erträge aus der erstmaligen Bewertung von Deckungsvermögen zum beizulegenden Zeitwert zum 1. Januar 2010 in Höhe von 10.150 T€ verrechnet (Bruttoaufwendungen vor Verrechnung: 24.444 T€).

STEUERN

Angaben in T €	2010	2009
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	126.660	1.779
Sonstige Steuern	385	383
	127.045	2.162

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen in Höhe von 7.079 T€ (Vorjahr: 1.779 T€) Vorjahre.

Die sonstigen Steuern sind den betrieblichen Funktionsbereichen zugeordnet.

MATERIALAUFWAND

Angaben in T €	2010	2009
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	20.385	19.328
Aufwendungen für bezogene Leistungen	22.431	23.648
	42.816	42.976

PERSONALAUFWAND

Angaben in T €	2010	2009
Löhne und Gehälter	60.479	43.823
Soziale Abgaben	6.692	5.997
Altersversorgung	3.062	3.498
Unterstützung	54	22
	70.287	53.340

Die Aufwendungen für Altersversorgung enthalten nicht den Zinsanteil in den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen. Dieser wird als Zinsaufwand im Zinsergebnis ausgewiesen.

ARBEITNEHMER

Jahresdurchschnitt	2010	2009
Gewerbliche Arbeitnehmer	105	109
Angestellte	441	430
Auszubildende	15	16
	561	555

Sonstige Angaben

Derivative Finanzinstrumente

Es wurden im Geschäftsjahr keine Bewertungseinheiten i.S.v. § 254 HGB gebildet.

Am 31. Dezember 2010 wurden folgende Währungsderivate gehalten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden:

Angaben in T €	Nominalwerte ¹⁾	Beizulegende Zeitwerte	Buchwerte ²⁾
Devisentermingeschäfte USD mit Fälligkeit in 2011			
- positive beizulegende Zeitwerte	43.202	2.014	-
- negative beizulegende Zeitwerte	12.473	- 355	- 355
Gekaufte einfache Devisenoptionen USD mit Fälligkeit in 2011	106.331	4.770	4.296
Verkaufte einfache Devisenoptionen USD mit Fälligkeit in 2011	93.396	- 1.115	- 1.845

¹⁾ umgerechnet in Euro mit gewichteten Sicherungskursen

²⁾ ausgewiesen in den Positionen sonstige Rückstellungen, sonstige Verbindlichkeiten sowie sonstige Vermögensgegenstände

Die ermittelten beizulegenden Zeitwerte entsprechen dem Wert bei vorzeitiger fiktiver Auflösung zum Abschlussstichtag. Die Ermittlung erfolgt auf Basis anerkannter, von den Marktteilnehmern üblicherweise angewandter, finanzmathematischer Methoden. Diesen Berechnungen liegen insbesondere die folgenden am Bilanzstichtag geltenden Parameter zugrunde:

- die Devisenkassakurse der betreffenden Währungen,
- die vereinbarten Sicherungs- bzw. Ausübungskurse,
- die gehandelten Volatilitäten, d. h. die erwartete Schwankungsbreite der betreffenden Devisenkurse, und
- das Zinsniveau der betreffenden Währungen

Angaben zu ausschüttungsgesperren Beträgen

Aus der Aktivierung von Vermögensgegenständen zum beizulegenden Zeitwert (Deckungsvermögen) ergibt sich zum Abschlussstichtag ein Ausschüttungssperrbetrag gem. § 268 Abs. 8 HGB in Höhe von 12.197 T€. Im Rahmen des Bilanzausweises wurde das Deckungsvermögen vollständig mit den Pensionsrückstellungen und den Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen verrechnet.

Honorare für Abschlussprüfer

Das für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar des Abschlussprüfers ist in der entsprechenden Anhangangabe im Konzernabschluss der K+S Aktiengesellschaft enthalten.

GESAMTBEZÜGE DES AUFSICHTSRATS UND DES VORSTANDS

Angaben in T €	2010
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats	1.438
Gesamtbezüge des Vorstands	7.823
Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen	988
Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen	11.363

Die Einzelaufstellung der Vorstands- und Aufsichtsratsbezüge wird in einem Vergütungsbericht veröffentlicht.

Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate-Governance-Kodex

Die Gesellschaft hat im Dezember 2010 eine Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ abgegeben und als Bestandteil der Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB dauerhaft auf der Internet-Homepage der K+S (www.k-plus-s.com/de/corporate-governance) veröffentlicht.

Aufstellung des Anteilsbesitzes

Aufstellung des Anteilsbesitzes der K+S Aktiengesellschaft gemäß § 285 Nr. 11 HGB:

Stand 31.12.2010

Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft		Kapital-anteil	Währ-ung	Eigen-kapital	Jahres-ergebnis
1. K+S Verwaltungs GmbH	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	27	0
1. K+S Verwaltungs GmbH & Co. Erwerbs KG	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	2	0
3. K+S Verwaltungs GmbH & Co. Erwerbs KG	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	2	-1
Algoflash GmbH Düngemittel	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	310	0
Algoflash Kabushiki Kaisha	Tokio	Japan	100,00%	JPN	-3.343	477
Beienrode Bergwerks-GmbH	Kassel	Deutschland	89,80%	EUR	1.170	4
Börde Container Feeder GmbH	Haldensleben	Deutschland	33,30%	EUR	392	97 ²⁾
Canadian Brine, Ltd.	Pointe Claire, Québec	Kanada	100,00%	CAD	453	0
Canadian Salt Finance Company	Halifax, Nova Scotia	Kanada	100,00%	CAD	517.003	0
Canadian Salt Holding Company	Halifax, Nova Scotia	Kanada	100,00%	CAD	517.031	0
Chemische Fabrik Kalk GmbH	Köln	Deutschland	100,00%	EUR	10.550	850
Compania Minera Punta de Lobos Ltda.	Santiago de Chile	Chile	99,64%	USD	17.814	3.077
COMPO Austria GmbH	Wien	Österreich	100,00%	EUR	299	240
COMPO Benelux N.V.	Deinze	Belgien	100,00%	EUR	7.140	949
COMPO do Brasil S.A.	Guaratingueta	Brasilien	100,00%	BRL	2.875	-1.259
COMPO Gesellschaft mbH & Co. KG	Münster	Deutschland	100,00%	EUR	81.625	14.767
COMPO Hellas S.A.	Maroussi	Griechenland	100,00%	EUR	60	0 ³⁾
COMPO Horticulture et Jardin S.A.S.	Roche-lez-Beaupré	Frankreich	100,00%	EUR	-12.246	-48.046
COMPO Jardin AG	Allschwill	Schweiz	100,00%	CHF	3.993	622
COMPO Verwaltungsgesellschaft mbH	Münster	Deutschland	100,00%	EUR	65	4
Deutscher Straßen-Dienst GmbH	Hannover	Deutschland	100,00%	EUR	60	6.302 ¹⁾
Ecuatoiana de Sal y Productos Quimicos C.A.	Guayaquil	Ecuador	50,00%	USD	16.147	4.005 ²⁾
Empresa de Servicios Ltda.	Santiago de Chile	Chile	99,64%	USD	927	47

Empresa Maritima S.A.	Santiago de Chile	Chile	48,67%	USD	49.246	6.070
esco - european salt company GmbH & Co. KG	Hannover	Deutschland	100,00%	EUR	132.564	71.157
esco benelux N.V.	Diegem	Belgien	100,00%	EUR	10.770	1.561
esco france S.A.S.	Levallois-Perret	Frankreich	100,00%	EUR	20.962	3.526
esco Holding France S. A. S.	Dombasle sur Meurthe	Frankreich	100,00%	EUR	11.595	22
esco international GmbH	Hannover	Deutschland	100,00%	EUR	40.903	-1.542
esco Nordic AB	Göteborg	Schweden	100,00%	SEK	4.918	3.272
esco Spain S.L.	Barcelona	Spanien	100,00%	EUR	414	1.770
esco Verwaltungs GmbH	Hannover	Deutschland	100,00%	EUR	44	3
Fachschule f. Wirtschaft und Technik Gem. GmbH	Clausthal	Deutschland	9,40%	EUR	337	145
Fertilizantes COMPO Agro Chile Ltda.	Santiago de Chile	Chile	100,00%	CLP	-46.396	-503.697
fertiva GmbH	Mannheim	Deutschland	100,00%	EUR	1.500	23.621
Frisia Zout B.V.	Harlingen	Niederlande	100,00%	EUR	9.936	1.433
German Bulk Chartering GmbH	Hamburg	Deutschland	100,00%	EUR	60	2.659
GLC Trucking Co, Inc.	Chicago	USA	100,00%	USD	229	-147
Glendale Salt Development LLC	Chicago	USA	100,00%	USD	449	90
Hubwoo.com S.A.	Paris	Frankreich	0,04%	EUR	8.511	-2
Ickenroth GmbH	Staudt	Deutschland	100,00%	EUR	1.790	770
Imperial Thermal Products, Inc.	Chicago	USA	100,00%	USD	inaktiv	inaktiv
Inagua General Store, Ltd.	Chicago	USA	100,00%	USD	1.420	-448
Inagua Transports Inc.	Chicago	USA	100,00%	USD	893	85
International Salt Company LLC	Clarks Summit	USA	100,00%	USD	974	7.418
Inversiones Columbus Ltda.	Santiago de Chile	Chile	2,00%	USD	-9.131	622
Inversiones Empremar Ltda.	Santiago de Chile	Chile	48,87%	USD	130	19
Inversiones K+S Sal de Chile Ltda.	Santiago de Chile	Chile	100,00%	CLP	129.306	1.299.135
Inversiones y Prospecciones Mineras Tarapacá Ltda.	Santiago de Chile	Chile	100,00%	CLP	-205.958	-64.786
K plus S Española S.L.	Barcelona	Spanien	100,00%	EUR	6.027	1.618
K plus S Iberia S.L.	Barcelona	Spanien	100,00%	EUR	3	0
K+S Agricoltura Spa.	Cesano Maderno	Italien	100,00%	EUR	15.769	740
K+S Agro México S.A. de C.V.	Mexico-City	Mexico	100,00%	MXN	6.196	-13.258
K+S AN-Instituts Verwaltungsgesellschaft mbH	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	26	-1
K+S Argentina S.R.L.	Buenos Aires	Argentinien	100,00%	ARS	559	-426
K+S Asia Pacific Pte. Ltd.	Singapur	Singapur	100,00%	SGD	1.877	1.736
K+S Baustoffrecycling GmbH	Sehnde	Deutschland	100,00%	EUR	60	-162

K+S Benelux B.V.	Breda	Niederlande	100,00%	EUR	704	501	
K+S Beteiligungs GmbH	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	210.511	-67.284	¹⁾
K+S Brasileira Fertilizantes e Produtos Industriais Ltda.	Sao Paulo	Brasilien	100,00%	BRL	5.139	2.005	
K+S Canada Holdings Inc.	Vancouver	Kanada	100,00%	CAD	0	0	³⁾
K+S Consulting GmbH	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	810	-55	¹⁾
K+S CZ a.s.	Prag	Tschechien	100,00%	CSK	55.927	17.306	
K+S Denmark Holding ApS	Kopenhagen	Dänemark	100,00%	EUR	288	-116	²⁾
K+S Entsorgung (Schweiz) AG	Delémont	Schweiz	100,00%	EUR	480	190	²⁾
K+S Entsorgung GmbH	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	7.506	5.631	¹⁾
K+S Finance Belgium BVBA	Diegem	Belgien	100,00%	EUR	1.787.018	65.353	
K+S Finance Ltd.	St. Julians	Malta	100,00%	EUR	431.772	2.139	¹⁾
K+S France S.A.S.	Roche-lez-Beaupré	Frankreich	100,00%	EUR	5.880	-4.232	
K+S Gubre ve Endüstri Ürünleri San. ve Tic. Ltd. Sti.	İstanbul	Türkei	100,00%	TRY	312	12	²⁾
K+S Hellas S.A.	Maroussi	Griechenland	100,00%	EUR	9.835	-829	
K+S Investments Ltd.	St. Julians	Malta	100,00%	EUR	14.025	12.704	¹⁾
K+S Italia S. r. L.	Verona	Italien	100,00%	EUR	970	83	
K+S IT-Services GmbH	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	5.050	-1.085	¹⁾
K+S KALI Atlantique S.A.S, in Liquidation	Pre en Pail	Frankreich	100,00%	EUR	-4.467	-3.897	
K+S KALI Du Roure S.A.S.	Le Teil	Frankreich	100,00%	EUR	3.313	926	
K+S Kali France S.A.S.	Reims	Frankreich	100,00%	EUR	4.425	-3.774	
K+S Kali GmbH	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	447.083	449.787	¹⁾
K+S KALI Rodez S.A.S.	Onet le Château	Frankreich	97,45%	EUR	1.924	323	
K+S KALI Wittenheim S.A.S.	Wittenheim	Frankreich	100,00%	EUR	3.139	536	
K+S Mining Argentina SA	Buenos Aires	Argentinien	100,00%	ARS	7.842	-432	
K+S Montana Holding LLC	Chicago	USA	100,00%	USD	633.639	52.052	
K+S Nitrogen France SAS	Levallois-Perret	Frankreich	100,00%	EUR	50	0	³⁾
K+S Nitrogen GmbH	Mannheim	Deutschland	100,00%	EUR	167.557	32.902	¹⁾
K+S North America Corporation	New York	USA	100,00%	USD	7.534	926	
K+S North America Salt Holdings, LLC	Chicago	USA	100,00%	USD	1.729.728	74.565	
K+S Polska Sp. z o.o.	Poznan	Polen	100,00%	PLN	2.954	5.561	
K+S Salt of the Americas Holding B.V.	Harlingen	Niederlande	100,00%	EUR	181.820	13.539	
K+S Salz GmbH	Hannover	Deutschland	100,00%	EUR	316.679	49.481	¹⁾
K+S UK & Eire Ltd.	Hertford	Großbritannien	100,00%	GBP	918	408	
K+S Versicherungsvermittlungs GmbH	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	25	135	¹⁾
Kali (U.K.) Ltd.	Hertford	Großbritannien	100,00%	GBP	-	-	⁴⁾
Kali AG	Frauenkappeln	Schweiz	100,00%	CHF	1.443	311	
Kali-Importen A/S	Kopenhagen	Dänemark	100,00%	DKK	288	-116	²⁾
Kali-Transport Gesellschaft m.b.H.	Hamburg	Deutschland	100,00%	EUR	2.521	10.927	¹⁾

Kali-Union Verwaltungsgesellschaft mbH	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	10.669	1.234	1)
Lehrter Wohnungsbau GmbH	Lehrte	Deutschland	6,70%	EUR	12.560	419	2)
Montana US Parent Inc.	Chicago	USA	100,00%	USD	0	0	
Morton Bahamas Ltd.	Chicago	USA	100,00%	USD	12.690	9.770	
Morton China National Salt (Shanghai) Salt Co., Ltd.	Shanghai	China	45,00%	CNY	-	-	8)
Morton Salt, Inc.	Chicago	USA	100,00%	USD	1.087.931	13.067	
MS "Basalt" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	12,00%	EUR	1.467	-191	2)
MS "Butes" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	82,35%	EUR	54	-7	2)
MS "Dolomit" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	11,90%	EUR	1.772	-216	2)
MS "Echion" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	82,35%	EUR	84	-5	2)
MS "Granit" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	12,00%	EUR	1.689	-223	2)
MS "Lava" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	11,50%	EUR	1.678	-213	2)
MS "Magma" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	11,90%	EUR	1.732	-199	2)
MS "Marmor" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	11,40%	EUR	1.675	-194	2)
MS "Melas" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	38,90%	EUR	30	-18	2)
MS "Paganini" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	12,10%	EUR	287	-274	2)
MS "Peleus" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	30,20%	EUR	653	-196	2)
MS "Telamon" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	10,70%	EUR	2.223	-295	2)
MS "Theseus" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	10,70%	EUR	2.244	-371	2)
MSW -Chemie GmbH	Langelsheim	Deutschland	68,50%	EUR	974	224	
Navigation Sonamar Inc.	Pointe Claire, Québec	Kanada	100,00%	CAD	1.273	0	
Nieders. Gesellschaft zur Endablagerung von Sonderabfall mbH	Hannover	Deutschland	0,10%	EUR	9.534	913	7)
OOO K+S Rus	Moskau	Russ. Föderation	100,00%	RUR	11.674	132	2)
park GmbH	Recklinghausen	Deutschland	100,00%	EUR	25	2.996	1)
PHH Personaldienstleistung GmbH	Hamburg	Deutschland	2,60%	EUR	1.448	-558	2)
Poldergemeinschaft Hohe Schaar	Hamburg	Deutschland	8,66%	EUR	120	58	
Potash Company of Canada (1998) Ltd.	Toronto	Kanada	100,00%	CAD	0	0	

Potash S.A. (Pty) Ltd.	Johannesburg	Südafrika	100,00%	ZAR	114	6	²⁾
S.P.L.-USA, LLC	Clarks Summit	USA	100,00%	USD	12.774	4.117	
Saleable - Importacao e Exportacao Ltda.	Lissabon	Portugal	100,00%	EUR	528	30	²⁾
Salina Diamante Branco Ltda.	Rio de Janeiro	Brasilien	100,00%	BRL	11.495	3.392	
Salines Cérébos et de Bayonne S.A.S.	Levallois-Perret	Frankreich	100,00%	EUR	-4.707	-13.656	
Serveis de Mexico S.A. de C.V.	Mexico-City	Mexico	100,00%	MXN	483	80	
Servicios Maritimos Patillos S.A.	Santiago de Chile	Chile	49,82%	USD	2.186	1.643	
Servicios Portuarios Patillos S.A.	Santiago de Chile	Chile	99,53%	USD	11.814	1.048	
Shenzhen K+S Trading Co. Ltd.	Shenzhen	China	100,00%	CNY	22.060	631	
SIA Livanu Kudras Fabrika.	Livani	Lettland	28,72%	LVL	1.988	434	²⁾
Sociedad Punta de Lobos S.A.	Santiago de Chile	Chile	99,64%	USD	301.582	48.986	
Société des Engrais de Berry au Bac S.A.	Reims	Frankreich	34,00%	EUR	2.863	101	⁵⁾
The Canadian Salt Company Limited	Pointe Claire, Québec	Kanada	100,00%	CAD	152.616	61.064	
Torf- und Humuswerk Gnarrenburg	Gnarrenburg	Deutschland	100,00%	EUR	4.970	259	¹⁾
Torf- und Humuswerke Uchte GmbH	Uchte	Deutschland	100,00%	EUR	1.600	-31	¹⁾
Transporte por Containers S.A.	Valparaiso	Chile	48,04%	USD	5.245	916	
UBT See- und Hafen-Spedition GmbH Rostock	Rostock	Deutschland	100,00%	EUR	154	1.013	¹⁾
VATEL Companhia de Produtos Alimentares S.A.	Alverca	Portugal	100,00%	EUR	1.293	89	
Verlagsgesellschaft für Ackerbau mbH	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	26	-2	¹⁾
Weeks Island Landowner, LLC	Chicago	USA	100,00%	USD	28	0	
Werra Kombi Terminal Betriebsgesellschaft mbH	Philippsthal	Deutschland	50,00%	EUR	23	-2	²⁾
Wohnbau Salzdetfurth GmbH	Bad Salzdetfurth	Deutschland	100,00%	EUR	1.820	3	¹⁾
Zoll Pool Hafen Hamburg AG	Hamburg	Deutschland	1,96%	EUR	277	4	²⁾

1) Ergebnisabführungsvertrag mit Muttergesellschaft (Jahresüberschuss/-fehlbetrag vor Ergebnisabführung)

2) Jahresabschluss per 31. Dezember 2009

3) Neugründung in Dezember 2010

4) vom Jahresabschluss freigestellt

5) Geschäftsjahr vom 01.07. bis 30.06. - Jahresabschluss per 30.06.2009

6) Geschäftsjahr vom 01.08. bis 31.07. - Jahresabschluss per 31.07.2010

7) Jahresabschluss per 31. Dezember 2008

8) Keine Angaben möglich

Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats

Gerhard R. Wolf (75), Diplom-Kaufmann, Worms

ehem. Mitglied des Vorstands der BASF AG, Ludwigshafen

ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der K+S Aktiengesellschaft

Mandat und Vorsitz bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung am 14. Mai 2008

Mitglieder des Aufsichtsrats

(Stand der Angaben: 31. Dezember 2010)

**Dr. Ralf Bethke (68), Diplom-Kaufmann, Deidesheim, Aufsichtsratsvorsitzender
Anteilseignervertreter**

ehem. Vorsitzender des Vorstands der K+S Aktiengesellschaft

Aufsichtsratsvorsitz seit 14. Mai 2008

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2012

Erstbestellung: 1. Juli 2007

weitere Aufsichtsratsmandate: Benteler International AG, Salzburg (stellv. Vorsitzender)
Dr. Jens Ehrhardt Kapital AG, Pullach (Aufsichtsratsvorsitzender)
Süddeutsche Zuckerrübenverwertungs-Genossenschaft eG,
Stuttgart-Ochsenfurt
Südzucker AG, Mannheim

**Michael Vassiliadis (46), Chemielaborant, Hannover, stellv. Vorsitzender
Arbeitnehmervertreter**

Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie, Hannover

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 7. Mai 2003

weitere Aufsichtsratsmandate: BASF SE, Ludwigshafen
Evonik Steag GmbH, Essen (stellv. Vorsitzender)
Henkel AG & Co. KGaA, Düsseldorf

**Ralf Becker (45), Gewerkschaftssekretär, Lindwedel
Arbeitnehmervertreter**

Landesbezirksleiter Nord der IG Bergbau, Chemie, Energie, Hannover

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 1. August 2009

weitere Aufsichtsratsmandate: Continental Reifen Deutschland GmbH, Hannover

Jella S. Benner-Heinacher (50), Juristin, Meerbusch

Anteilseignervertreterin

Bundesgeschäftsführerin der Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.,
Düsseldorf

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 7. Mai 2003

weitere Aufsichtsratsmandate: A.S. Création Tapeten AG, Gummersbach
TUI AG, Hannover

George Cardona (59), Ökonom, Monaco

Anteilseignervertreter

Mitglied des Direktorenrats der OJSC EuroChem Mineral and Chemical Co., Russland

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2015

Erstbestellung: 9. Oktober 2009

weitere Kontrollgremien: Board der Cardona Lloyd Hedge Portfolio Ltd., Guernsey,
Channel Islands – bis Juli 2010
Board der Cardona Lloyd Ltd., Guernsey, Channel Islands
– bis Juli 2010
Board der Diversified Macro Solutions plc, Irland
Board der Donalink Ltd., Zypern
Board der Erglis Ltd., Zypern (Vorsitzender)
Board der EuroChem Group SE, Zypern (Vorsitzender,
bis 22. September 2010: MCC Holding plc)
Board der Hamilton Art Ltd., Isle of Man (Vorsitzender)
Board der Hamilton Jets Ltd., Bermuda (Vorsitzender)
Board der Harewood House Ltd., Jersey, Channel Islands (Vorsitzender)
Board der Linea Ltd., Bermuda (Vorsitzender)
Board der Linetrust PTC Ltd., Bermuda (Vorsitzender)
Direktorenrat der OJSC Siberian Coal Energy Co., Russland
Board der Valise Ltd., Bermuda (Vorsitzender)
Board der Valton Ltd., Bermuda – seit Dezember 2010 (Vorsitzender)

Harald Döll (46), Energieanlagenelektroniker, Philippsthal

Arbeitnehmervertreter

Vorsitzender des Betriebsrats des Werks Werra der K+S KALI GmbH

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 1. August 2009

Dr. Rainer Gerling (52), Diplom-Ingenieur, Heringen (Werra)

Arbeitnehmervertreter

Leiter des Werks Werra der K+S KALI GmbH

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 14. Mai 2008

Rainer Grohe (70), Diplom-Ingenieur, Otterstadt

Anteilseignervertreter

Lehrbeauftragter an der Universität der Bundeswehr München

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 6. Mai 1998

weitere Aufsichtsratsmandate: Aurubis AG, Hamburg

Graphit Kropfmühl AG, Hauzenberg (stellv. Vorsitzender)

PFW Aerospace AG, Speyer

weitere Kontrollgremien: Beirat VRD GmbH und VRD GbR, Heidelberg

Dr. Karl Heidenreich (69), Diplom-Kaufmann, Mannheim

Anteilseignervertreter

ehem. Mitglied des Vorstands der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart/Karlsruhe/Mannheim

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 7. Mai 2003

Rüdiger Kienitz (50), Bergbautechnologe, Geisa

Arbeitnehmervertreter

Mitglied des Betriebsrats des Werks Werra der K+S KALI GmbH

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 26. März 1998

Klaus Krüger (56), Bergbautechnologe, Wolmirstedt

Arbeitnehmervertreter

Vorsitzender des Betriebsrats des Werks Zielitz der K+S KALI GmbH

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der K+S Gruppe

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 9. August 1999

Dieter Kuhn (52), Bergbaumaschinist, Bernburg

Arbeitnehmervertreter

Betriebsratsvorsitzender des Werks Bernburg der esco GmbH & Co. KG
erster stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der K+S Gruppe

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 7. Mai 2003

Dr. Bernd Malmström (69), Jurist, Berlin

Anteilseignervertreter

Rechtsanwalt

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 7. Mai 2003

weitere Aufsichtsratsmandate: HHLA Intermodal GmbH, Hamburg

IFCO-Systems N.V., Amsterdam (Vorsitzender)

Lehnkering GmbH, Duisburg (Vorsitzender)

SBB Schweizer Bundesbahnen AG, Bern (Verwaltungsrat)

VTG AG, Hamburg

weitere Kontrollgremien:

DAL – Deutsche-Afrika-Linien GmbH & Co. KG,
Hamburg

time:matters GmbH, Neu-Isenburg (Vorsitzender)

Dr. Rudolf Müller (67), Diplom-Ingenieur agr., Ochsenfurt

Anteilseignervertreter

ehem. Mitglied des Vorstands der Südzucker AG, Mannheim

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 7. Mai 2003

weitere Kontrollgremien:

Hochschulrat Fachhochschule Weihenstephan-
Triesdorf, Freising (Vorsitzender)

Universitätsrat der Universität Hohenheim, Stuttgart

Renato De Salvo (46), Betriebsschlosser, Auhagen

Arbeitnehmervertreter

Betriebsschlosser im Werk Sigmundshall der K+S KALI GmbH

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 7. Mai 2003

Dr. Eckart Sünner (66), Jurist, Neustadt a. d. Weinstraße

Anteilseignervertreter

Chief Compliance Officer der BASF SE, Ludwigshafen

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 28. April 1992

weitere Aufsichtsratsmandate: Infineon Technologies AG, Neubiberg

Aufsichtsratsausschüsse

Prüfungsausschuss

Anteilseignervertreter

- Dr. Eckart Sünner (Vorsitzender)
- Dr. Ralf Bethke
- Dr. Karl Heidenreich

Arbeitnehmervertreter

- Klaus Krüger
- Michael Vassiliadis

Personalausschuss

Anteilseignervertreter

- Dr. Ralf Bethke (Vorsitzender)
- Rainer Grohe

Arbeitnehmervertreter

- Klaus Krüger
- Michael Vassiliadis

Nominierungsausschuss

Anteilseignervertreter

- Dr. Ralf Bethke (Vorsitzender)
- Jella S. Benner-Heinacher
- Dr. Bernd Malmström
- Dr. Rudolf Müller

Vermittlungsausschuss

Anteilseignervertreter

- Dr. Ralf Bethke (Vorsitzender)
- Dr. Eckart Sünner

Arbeitnehmervertreter

- Klaus Krüger
- Michael Vassiliadis

Mitglieder des Vorstands

Norbert Steiner (56), Jurist, Baunatal, Vorsitzender

Unternehmensentwicklung und Controlling
Recht / Compliance
Investor Relations
Kommunikation und Medien
Oberer Führungskreis / Internationale HR-Koordination
Salz

Mandat bis 11. Mai 2015
Erstbestellung: 12. Mai 2000

Aufsichtsratsmandate: E.ON Mitte AG, Kassel
K+S KALI GmbH (Vorsitzender), Kassel

Joachim Felker (58), Industriekaufmann, München

Kali- und Magnesiumprodukte
Stickstoffdüngemittel

Mandat bis 30. September 2012
Erstbestellung: 1. Oktober 2005

Aufsichtsratsmandate: K+S KALI GmbH, Kassel

Gerd Grimmig (57), Diplom-Ingenieur, Söhrewald

Bergbau
Geologie
Technik / Energie
Forschung und Entwicklung
Umwelt, Arbeitssicherheit, Qualitätsmanagement
Inaktive Werke
Entsorgung und Recycling
Tierhygieneprodukte
Consulting
MSW Chemie

Mandat bis 30. September 2013
Erstbestellung: 1. Oktober 2000

Aufsichtsratsmandate: K+S KALI GmbH, Kassel

Dr. Thomas Nöcker (52), Jurist, Kassel, Arbeitsdirektor

Personal

IT-Services

Organisations- und Projektmanagement

Immobilienmanagement

Wissensmanagement

Gesundheitsmanagement

Globale Logistik Strategie

Logistikeinkauf

Kali-Transport GmbH (KTG)

Handelsgeschäfte (CFK)

Mandat bis 31. Juli 2016

Erstbestellung: 1. August 2003

Aufsichtsratsmandate: K+S KALI GmbH, Kassel

Kontrollgremien: Beirat der RAG Bildung GmbH, Essen – bis Juli 2010

Jan Peter Nonnenkamp (47), Diplom-Ökonom, München

Finanzen und Rechnungswesen

Einkauf, Material- und Lagerwirtschaft

Revision

Steuern

Versicherungen

Mandat bis 31. Mai 2012

Erstbestellung: 1. Juni 2009

Beteiligungen an der Gesellschaft

Meritus Trust Company Limited, Bermuda, hält über die EuroChem Group SE und ihr zuzurechnende Tochterunternehmen knapp 15 % der Aktien. Meritus hält treuhänderisch Industriebeteiligungen von Andrey Melnichenko. Die BASF SE, Ludwigshafen, hält weiterhin etwas über 10 % unserer Aktien. Nachdem BlackRock Inc., New York (USA), uns am 2. September zunächst mitgeteilt hatte, dass sie die Schwelle von 3 % unterschritten habe, veröffentlichte das Unternehmen am 13. September wieder eine Überschreitung dieser Schwelle und einen Anteilsbesitz von 3,63 %. Am 26. November wurden wir von AXA S.A., Paris (Frankreich), darüber informiert, dass sie 3,06% der K+S-Aktien halte.

Gewinnverwendungsvorschlag

Der im Geschäftsjahr 2010 erzielte Jahresüberschuss der K+S Aktiengesellschaft beläuft sich auf 217.822 T€. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags in Höhe von 7.870 T€ ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 225.692 T€. Der Vorstand beabsichtigt, die Ausschüttung einer Dividende von 1,00 € je nennwertloser Stückaktie (191.400 T€) aus dem Bilanzgewinn vorzuschlagen und den Restbetrag von 34.292 T€ auf neue Rechnung vorzutragen.

Kassel, 1. März 2011

K+S Aktiengesellschaft
Der Vorstand

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der K+S Aktiengesellschaft, Kassel, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

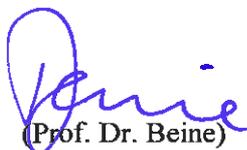
Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

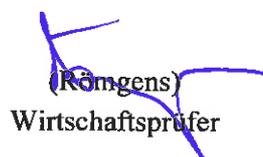
Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der K+S Aktiengesellschaft, Kassel, den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, den 1. März 2011

Deloitte & Touche GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


(Prof. Dr. Beine)
Wirtschaftsprüfer


(Römgens)
Wirtschaftsprüfer

